

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Inland 1,10 M., Ausland 1,20 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in der Post-Zustellungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Zeitschriften und Besondere-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Zusätze für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Erhebungen bis zu Wochenenden bis 7 Uhr abends, am Sonntag und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

System Rheinbaben.

Wenn das preussische Abgeordnetenhaus nicht durch das Ueberschreiten des Dreiklassenstadiums vollständig zermorscht wäre, so würde der derzeitige Minister der Finanzen Herr v. Rheinbaben am Dienstag eine Exekution erlebt haben, die selbst an einem preussischen Minister nicht spurlos vorüber gegangen wäre. Das offizielle Preussen aber und seine dreifach gefaltete Vertretung hat gegenwärtig einen intellektuellen und moralischen Tiefstand erreicht, daß auch das Unerhörte die schlaffen Seelen nicht mehr aufzuputtschen vermag. Das Leben ist in ihr erstarrt, weil aus dem Volke kein Blut ihr zuströmt. Höchstens ein matter, milder Widerstand wird geäußert, sonst herrscht allmächtig der Geist eines offenkundigen Stillschweigens. Das preussische Parlament ist in seinem jetzigen Bestand nur noch eine Freistadt für die Ausschreitungen ministerieller Unfähigkeit und Anmaßung.

Nicht umsonst hatte Herr v. Rheinbaben es vorgezogen, dem Reichstag fernzubleiben, anstatt dort über den Fall Löhnung Rede zu stehen. Im Reichstage hätte man den Herrn festgehalten und schonungslos die Qualitäten eines preussischen Ministers von heute aufgezeigt. Im Abgeordnetenhaus aber darf sich ein Minister gestatten, zu reden, wie in einem Rätegremium. Und niemand ruft ihm zur Ordnung.

Herr v. Rheinbaben wollte betwählen, daß er ein Stratego sei, und so ergriß er im Fall Löhnung die Offensive. Ohne von einem Mitgliede dazu veranlaßt worden zu sein, hielt er sofort bei Beginn der Beratung des Etats der indirekten Steuern eine Verteidigungsrede, die in Wirklichkeit die schwerste, vernichtendste Bloßstellung des heutigen Systems ist. Herr v. Rheinbaben suchte die mit der gewanzerten Faust des Germanisierens und mimte den starken, aber — deutschen Mann in einer Weise, daß man den Polen nur dankbar sein würde, wenn sie diese Sorte germanischen Heldentums ausrotteten.

Die Verteidigung Rheinbabens hat man schon vor Monaten in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ lesen können, die offenbar sehr intime Beziehungen zum Finanzministerium unterhalten: Nicht die Feldwebelstochter sei an der Minderleistung Löhnungs Schuld, sondern seine nationale Unzuverlässigkeit.

Gegenüber den bestimmten, klaren Darlegungen Löhnungs über die Verlobungsaffäre tunkte Herr v. Rheinbaben nur allgemeine Verschönerungen abzugeben, daß auch ein höchster Beamter getrost eine Feldwebelstochter heiraten dürfe. Dafür leistete Herr v. Rheinbaben aber etwas anderes, offenbar um eine erleuchtende Probe des stiftlichen Empfindens der Germanisatoren zu geben. Der Mann brachte es fertig, aus dem schärfsten Versteck einer preussischen Ministerbank seinen Gegner mit dunklen Andeutungen zu verdächtigen, ohne daß dieser sich wehren konnte. Es war ein überaus widerwärtiges Spiel, das Herr v. Rheinbaben mit seinem früheren Beamten trieb, der es gewagt hatte, die Wahrheit höher zu schätzen als irgend einen gleichgültigen Minister. Jeder Mensch muß nach den Anspielungen Rheinbabens glauben, daß Herr Löhnung sich unehrenhafte Handlungen hat zu schulden kommen lassen, die ihn als Beamten unmöglich machen, die der Minister aber aus zarter Rücksicht nicht der Öffentlichkeit preisgeben wollte. Da man weiß, daß man in den Ostmarken so wenig peinlich ist, daß selbst ein Endell dort ein großer Mann bleiben darf, so muß man folgern, daß Herr Löhnung sich ganz besonders schwere Verfehlungen hat zu schulden kommen lassen. Aber Herr Rheinbaben deutet nur distinkt an, er schweigt rücksichtsvoll. Man kennt die Panzer, die bisher bei allen anständigen Deuten für verurteilenswerter gegolten, als selbst Verleumdungen.

Wodurch will aber Rheinbaben mit Herrn Löhnung zur Pensionierung genötigt haben? Was hat Löhnung verbrochen, daß man ihn zwang, sein Abschiedsgesuch einzureichen? Nichts Geringeres, als daß er das erste und heiligste Gebot der preussischen Regierung: „Die Beamten dürfen keine eigene Meinung haben“, mit Füßen getreten hat. Herr Löhnung hat sich nach der Darstellung des Ministers den Frevel zu schulden kommen lassen, sogar als Untergebener Rheinbabens vernünftige und ehrliche Anschauungen zu hegen, er hat sich erlaubt, das sinnlos schneidige Vorgehen gegen die Polen zu mißbilligen; er hat gefordert, daß man die Polen in Ruhe lassen solle und offen erklärt, er könne sich für die jetzige Stimmung nicht begeistern. Das erscheint dem an Kaisergehörigkeit gewöhnten Minister als eine „kolossale Verleumdung seiner Pflichten“, als eine Sünde, für die es nur eine Sühne, die Entlassung aus dem Staatsdienst, giebt. Die Beamten sollen der Regierung mit Herz und Hand ergeben sein, sie sollen das thun, was ihre Vorgesetzten verlangen. So entspricht es dem Charakter Preussens als Militärstaat. Wechselt der Regierungskurs, so haben die Beamten wie auf Kommando einzuschwenken. Jede Berliner Laune muß auch die Ueberzeugungen der ganzen Bureaucratie umändern. Für charaktervolle Männer ist im preussischen Beamtenreich kein Platz.

Damit nicht genug! Das Schlimmste, was Löhnung zur Last gelegt wird, ist seine Achtung vor Gesetz, Recht und Verfassung. Man höre! Im streifen Kaufstadt trieb der Landrat offen Agitation für die deutschen gegen die polnischen Stadtverordneten-Kandidaten. Diese gefesselt wählbeeinträchtigung wollte Herr Löhnung nicht nur nicht mitmachen, sondern er hatte sogar den Mut zu sagen, daß der Landrat seine Befugnisse überschreite und eine verfassungswidrige Handlung verlange. Und er fügte hinzu, er könne es einem Steuerbeamten nicht verdenken, wenn er einen Polen wähle, denn auch die Minorität müsse vertreten sein. Schon das allein hätte nach Ansicht des Ministers genügt, den Beamten zu maßregeln. Das also ist das System Rheinbaben: Jeder Beamte in Preussen hat die Pflicht, wenn

es von oben gewünscht ist, Recht und Gesetz zu mißachten! Gätten wir eine wirkliche Ministerverantwortlichkeit, Herr v. Rheinbaben müßte wegen seiner Verharmungen sofort vor Gericht gestellt werden!

Nebenbei ist dieses schneidige Verhalten des Ministers nicht nur abstoßend, sondern auch lächerlich. Es soll so aussehen, als ob die Berliner Autorität draußen im Lande mit eiserner Energie aufrecht erhalten würde. Gewiß, ein Löhnung hat daran glauben müssen, weil er so led war, eine eigene, verständige Meinung zu haben. Im übrigen aber pfeifen die leitenden Beamten im Lande auf die Berliner Regierung. Sie sind durchweg die Werkzeuge der agrarischen Frowde. Und wenn der spähstige Herr Bobbielaki zehnmal das Tischgeschneidert, die Landräte und Regierungspräsidenten schwören doch auf den Mund der Landwirte. Die Geschichte des Kanalstreits hat die Ohnmacht der Berliner Centralregierung aller Welt bloßgestellt. So lieh man dem seinen Heldennut an dem armen Löhnung aus.

Wie recht Herr v. Rheinbaben daran that, seine Ansichten im Abgeordnetenhaus zu entwickeln, hat die Debatte bewiesen. Eine wirkliche Verteidigung Löhnungs und eine energische Zurückweisung der unerhörten und verfassungswidrigen Ausschreitungen des Ministers wurde von keiner Seite versucht. Schwache Ansätze dazu unternahm freilich die Abgeordneten Kinder (Sr. Sp.) und Dr. Kirsch (C.), aber beide blieben auf halbem Wege stehen. Der Freisinnsmann begnügte sich damit, die Regierung in Zukunft zu etwas größerer Vorsicht aufzufordern, und dem Redner des Centrums merkte man es an, wie schwer es ihm wurde, sich für einen Katholiken ins Zeug zu legen, der nicht dem Ultramontanismus huldigt. Auch die Rede des Polen Ehröder blieb ohne jeden Eindruck. Dagegen fanden die Worte der Herren Graf Limburg-Stirum (Rp.), Freiherr von Jedlich (frl.) und Dr. Sattler (natl.) lebhaften Beifall. Graf Limburg ging noch weiter als der Minister und wollte dem Hause überhaupt das Recht absprechen, Auskunft über den Fall Löhnung zu verlangen. Freiherr v. Jedlich betrachtete den Rücktritt Löhnungs nicht als Verlust für die Regierung. Das Verhalten dieser Herren beweist, daß trotz des zerstückelten Nichtstuhles gegenwärtig die Konfessionen mit ihren Ministern ein Herz und eine Seele sind. Ein starkes Stillschweigen herrscht am lauffesten die Subordination der Beamten forderte. Allerdings hat Herr v. Jedlich im Gegenzug in Löhnung als Beamter seine Opposition gegen die Regierung heimlich, als Hinter-treppen-Zutritt, betrieben und er hat sich diese Opposition noch — honorieren lassen. Von dem wilden Kampf für die Unabhängigkeit der Beamten wollen die Kanalrebellen jetzt nichts mehr hören, weil sie nämlich genau wissen, daß die Beamten jetzt von ihnen abhängig sind und ihre Politik treiben.

Daß Herrn Sattler, der nicht glücklich ist, wenn er nicht mindestens drei Polen täglich mit Haut und Haaren verschluckt hat, das Verhalten des Ministers durchaus gefällt, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Jeder, der sich ein unbefangenes Urteil bewahrt hat, muß zu der Ansicht kommen, daß Herr Löhnung trotz der von allen Seiten auf ihn niederfallenden Angriffe völlig gereinigt aus dem Prozeß hervorgeht; daß er in die Pensionierung willigte, war freilich ein Fehler. Gerichtet ist einzig und allein die Regierung, vor allem der Finanzminister Herr v. Rheinbaben. Das von ihm verteidigte System bedeutet den Verfall, den moralischen Zusammenbruch Preussens.

Am Mittwoch wird der Trakeher Prozeß weiter besprochen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Februar.

Jesuiten statt Diäten!

Ueber eine Reihe grundsätzlicher Fragen hat der Reichstag anlässlich der Beratung über den Etat des Reichstags und den des Reichskanzlers am Dienstag verhandelt. Es hat sich dabei gezeigt, wie tief sich der Geist der Schacherpolitik in diesem Parlament eingegraben hat und wie sehr seinen führenden Parteien ebensogut wie der Regierung selbst das Gesetz für ihre „sittlichen, ihre ethischen Pflichten“ abhandeln gekommen ist.

Die Verhandlungen über den Etat des Reichstags gaben zunächst dem Genossen Singer und dem Abg. Pahnke von der freisinnigen Vereinigung erwünschte Gelegenheit, alles Unrecht und alle Gewaltthatigkeit zu brandmarken, die in den letzten Monaten von der Mehrheit und ihren Präsidenten verübt worden sind. Die Herren wollen daran nicht gerne erinnern sein; sie vertragen die Wahrheit in diesem Punkte so wenig, daß sie ihren beschämtesten Wahrheitsbekenntler, den Abg. Vachem, ins Gesicht schlugen. So wie Herr Vachem aber darf man's doch nicht machen, sein Erfundungsgeheiß ist zu arm. Dinge, die allen noch unmittelbar in Erinnerung stehen, zum Gegenstande literaler Geschichtsklitterung zu machen und Thatsachen abzuleugnen, für die es vierhundert Augen und Ohrenzeugen giebt — das ist zum mindesten nicht klug gewesen. So konnte Genosse Singer feststellen, daß schon wieder einmal das Gegenteil von dem wahr war, was der Legendenheilige des Centrums lächelnd behauptet hatte.

Nach einigen Klagen über die Verhältnisse des Hauses, über seine Ordnung, die Bezahlung der Angestellten u. dergl. mehr, erhob sich zum Etat des Reichskanzlers Herr Spahn vom Centrum, um an die Aufhebung des vom Reichstag mehrfach beschlossenen Diätengesetzes, sowie die gleichfalls vom Reichstag mehrfach beschlossene Aufhebung des Jesuitengesetzes zu mahnen. Graf Ballow antwortete dahin, daß er die teilweise Aufhebung des Jesuitengesetzes anläudigte, sich dagegen in Sachen des Diätengesetzes, dessen

persönlicher Anhänger er zu sein vorgab, hinter irgend ein mystisches Gewand steckte. Es bestätigt sich also, was gleich nach dem Zustandekommen des Wählergesetzes behauptet worden ist: Das „patriotische Entgegenkommen“ des Centrums soll damit belohnt werden, daß die Aufhebung und Internierung einzelner Mitglieder der Gesellschaft Jesu aus dem Jesuitengesetz ausgemerzt wird, das Gesetz aber in seinem übrigen Umfang aufrechterhalten bleibt. Für diese in Aussicht gestellte Abschlagszahlung dankte Herr Spahn gefühlvollen Dank. Genosse v. Solimar mußte ihn erst darauf aufmerksam machen, wie wenig Dankbarkeit am Platze sei einem so unzulänglichen Versprechen gegenüber, das einen bestehenden gesetzlichen Ausnahmezustand gar nicht anzulasten wagte. „Ueberhaupt kein Ausnahmegesetz!“ wird auch nach der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes die Devise der Socialdemokratie bleiben.

Sehr wertvoll war der Hinweis des Reichskanzlers, daß bedeutende Politiker sich „ohne Kompensationen“ auf die Durchführung des Diätengesetzes nicht einlassen. Sollen diese Politiker auch in Regierungskreisen Einfluß haben? Dann wäre damit zugestanden, was vor wenigen Tagen noch mit dem Bruststone der Ueberzeugung bestritten wurde, daß nämlich bei den verbündeten Regierungen Stimmung für eine Verschlechterung des Wahlrechts vorhanden sei. Niemand wagte es, sich über diese Eröffnung erckent zu zeigen, als der Fürst Herbert Bismarck, der dafür vom Genossen v. Solimar verbittend Lohm einheimste.

Die Ausführungen des Reichskanzlers ließen völlig unklar, wer denn an der Verweigerung der Diäten schuld sei. Wenn der Reichskanzler, der ja auch Chef der preussischen Regierung ist, wirklich für Diäten ohne Wahlrechts-Verschlechterung eintritt, dann wird man wohl auch Preussen im Bundesrat in diesem Sinne stimmen. Den nicht-preussischen Regierungen wird damit die Schuld dafür zugeschoben, daß „die Kerls“ keine Diäten bekommen. Widerspruch gegen die Ausführungen des Kanzlers wurde allerdings von den nicht-preussischen Bundesratsmitgliedern nicht erhoben; dagegen gab der Abg. Richter seinen Freund; über diese Darstellung Ausdruck.

Offenbar aber stehen die Ausführungen des Reichskanzlers insoweit mit den Thatsachen in Widerspruch, als er das bestehende Reichstags-Wahlrecht als ein allgemeines, gleiches und direktes bezeichnete. Wie es mit der Gleichheit des Wahlrechts stehe, darüber befragte ihn der Abg. Barth, der mit jugendlichen Gründen den bekannten freisinnigen Wunsch nach einer Neueinteilung der Wahlkreise vertrat. Der Reichskanzler unterließ es vorläufig, sich darüber zu äußern, wie er sich dieser „sittlichen Pflicht“ gegenüber verhalten wolle. Wohl aber hat es der nationalliberale Abg. Wasserhann gar nicht erwaarten können, daß der Antragsteller seinen Antrag begründete. Er sagte sein: „Daraus wird nichts!“ dazwischen, noch ehe der Abg. Barth zu Worte gekommen war. Mit der Begriffs des parlamentarischen Anstandes, auf den Herr Wasserhann angeblich so viel hält, läßt sich ein solches Vorgehen schwer vereinbaren. Nach Herrn Barth kam Herr Richter zum Wort, der die Frage der Wahlkreiseinteilung mißhandelt ließ.

Ein bisheriger Aufhebung des Jesuitengesetzes ist also das einzige greifbare Resultat, das diese Sitzung zu Tage gefördert hat.

Oder nicht! Der Reichstag erhielt noch ein anderes Geschenk: eine ihm vom Kaiser gewidmete „Gegenüberstellung der englischen und der deutschen Kistenkäufe, Panzerkreuzer und Panzerbedeckter.“ Und in der Hosloge sah Prinz Heinrich, der Seefahrer. . .

So wählte die Seelust in die Dienstagssitzung des Reichstags hinein. Aber dem Sprichwort zum Trost machte sie nicht freil. —

Der Sieg der holländischen Transportarbeiter.

Je mehr die Einzelheiten des kurzen, aber großartigen Kampfes der holländischen Transportarbeiter bekannt werden, umso mehr erkennt man, wiewohl ein bedeutender Erfolg hier durch das solidarische Zusammenwirken der verschiedenen Arbeiterorganisationen erreicht worden ist. Zwar wurden keine unmittelbaren Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt. Das war aber auch gar nicht der Zweck dieses Streiks. Die Vereinigungen des Eisenbahn- und Straßenbahn-Personals haben tatsächlich durchaus richtig gehandelt, als sie, nachdem ihre Hauptforderung: weder Streikarbeit verrichten zu müssen, noch Streikbrechern in die Hände zu arbeiten, bewilligt war, im Interesse der ganzen Bewegung darauf verzichteten, ihre Lohnforderungen sofort durchzuführen. Ueber diesen Punkt heißt es in einem Manifest, das seitens der Organisation verbreitet wurde:

„Wir haben die Direction der Holländischen Eisenbahn-Gesellschaft darauf hingewiesen, daß, wenn nicht innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit sehr große Verbesserungen eingeführt werden, ein zweiter Streik zu erwarten steht, der noch besser vorbereitet sein wird als der jetzige und wobei unsere Klagen dann schnell Gehör gefunden werden muß.“

Es ist bereits telegraphisch gemeldet worden, daß auch die sämtlichen Forderungen der Postarbeiter bewilligt wurden und damit die eigentliche Ursache des Riesenstreiks beseitigt ist. Die 68 Arbeiter, die an der „Singapore-Liga“ entlassen wurden, werden auf ihre früheren Plätze gegen Lohn wieder eingestellt; alle Arbeiter, die zum Ersatz der Streikenden eingestellt wurden, werden entlassen. Die Arbeiter brauchen nicht mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten. Alle Arbeiter, die wegen des Streiks gemahregelt oder entlassen wurden, treten in ihre früheren Plätze bei ihrem früheren Lohn wieder ein. Alle anderen Streikpunkte werden, nachdem die Arbeitgeber versprochen, dahin zu wirken, daß ein Uebereinkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern im Transportgewerbe zu Stande kommt, einem Schiedsgericht überwiesen. Das sind im allgemeinen die Bedingungen, die der Hafenarbeiter-Verband gestellt hat und die Unternehmer anerkannt haben.

Die Versammlung, in der dieser Sieg verkündet wurde, war von ca. 6000 der Föderation der Transportarbeiter angehörenden Arbeitern besucht und fand in der Kaufmannsbörse statt, zu deren Benutzung der Bürgermeister und Magistrat ihre Einwilligung gegeben hatten. — Von der Gemeindebehörde waren 37 an den städtischen Krähen beschäftigte Arbeiter wegen Weigerung von Streikarbeit entlassen worden. Nachdem eine Versammlung der Gemeindearbeiter erklärt, daß falls jene nicht wieder eingestellt würden, sämtliche im Gemeindefeld stehenden Arbeiter in den Streik treten würden, gab die Behörde sofort nach.

Ein Streik, der so weit uns bis jetzt Nachrichten vorliegen, noch nicht beendet ist, ist der der Arbeiter der Amsterdamer Fuhrwerksgesellschaft. Diese Gesellschaft hatte drei Vorstandsmitglieder der Fuhrmannvereinigungen entlassen wegen ihrer Weigerung, Güter der boykottierten Transportgesellschaften zu verladen. Der Forderung, die Leute wieder einzustellen, gab die Gesellschaft nicht nach. 300 Fuhrleute traten deshalb in den Streik.

Unter den vielen Arbeitern, die zu Gunsten der Transportarbeiter thätig eintreten, waren auch die Bäcker. Sie beschloßen in einer Versammlung von 800 Personen, kein Material zu verarbeiten, das mittels der boykottierten Transportgesellschaften geliefert würde und eventuell den allgemeinen Zustand zu proklamieren. Die Ausführung des Beschlusses wurde dann durch die schnelle Beendigung des Streiks überflüssig gemacht.

Dieser große Streik hat übrigens auch wieder einen glänzenden Beweis für die gewaltige kulturelle Wirkung erbracht, die die Arbeiterorganisationen ausüben. Wenn man weiß, wie wenig Staat und Gemeinde in Holland durch die lange Vernachlässigung des Schulwesens für die Erziehung des Volkes getan haben, dann muß man staunen, daß die Tausende von Arbeitern, erdittert über die Herausforderungen des Unternehmertums, nicht die geringsten Ausschreitungen begingen. Das „Amsterdamer Handelsblatt“ bringt einen Artikel, worin hierüber gesagt wird:

„Der Verband (der Eisenbahner) hat bewiesen, daß er eine kräftige Organisation ist, ausgezeichnet diszipliniert und geleitet. Keine einzige Gewalttat ist von dieser Seite ausgeht, kein Mißklang gehört worden. Ohne Zaudern hat man, was man als seine Pflicht den Mitarbeitern gegenüber ansah. Ohne Furcht stellte man dafür sein eignes Los aufs Spiel. Das hat allgemeine Sympathie geweckt, weil der Mensch nun einmal so geartet ist, daß er etwas auf Kraft hält, die sich selbst beherrschen kann und Maß zu halten weiß.“

Es ist übrigens von den Arbeiterorganisationen alles angesetzt worden, um einen ruhigen Verlauf des Streiks zu sichern, und nicht nur in den eigenen Reihen. Das Amsterdamer Gewerkschaftsblatt hat auf Veranlassung von Soldaten den Minister telegraphisch ersucht, in den Kantinen der konfignierten Truppen den Gebrauch starker Getränke zu verbieten, um den Gefahren vorzubeugen, die erfahrungsgemäß entstehen, wenn in unruhigen Zeiten Truppen zusammengezogen werden und tagelang in ihren Quartieren liegen und dadurch zum Alkoholsmißbrauch verleitet werden. Von einer Antwort des Ministers ist bis jetzt nichts bekannt geworden.

Deutsches Reich.

Die neue Marineflotte, die der Kaiser dem Reichstag gewidmet hat, giebt eine Gegenüberstellung der englischen und deutschen Flotte.

Was ist die politische Absicht dieser Gegenüberstellung? Diese Frage muß gestellt werden, wenn man nicht annehmen soll, daß der Kaiser nur Rechenübungen bezweckt.

Natürlich hat trotz der gewaltigen Marineerhöhungen der letzten Jahre — der neue Marine-Gtat fordert über 200 Millionen — Deutschland noch weit weniger Panzerkreuzer als England. Soll die Gegenüberstellung zu noch gesteigertem Stolztempo anreizen? Will man dem Traum nachjagen, daß Deutschland, die erste Landmacht, auch mit der ersten Seemacht in Marinekonkurrenz eintreten solle?

Jüngst wieder hat der Reichskanzler im Reichstage bestritten, daß die deutsche Marinevermehrung ihre Spitze gegen England richte. Welche Schlüsse wird man in England ziehen, wenn jetzt der Kaiser zeigt, wie sehr ihn der Vergleich gerade der englischen Flotte mit der deutschen beschäftigt!

Centrum und Wahrecht.

In der Reichstags-Sitzung vom Dienstag hat das Centrum sich um den Antrag auf Neu-Einteilung der Wahlkreise schon geäußert. Nachdem aber diese Partei von anderer Seite unmittelbar zur Erklärung über die Durchführung des gleichen Wahlrechts herausgefordert worden ist, wird sie im weiteren Verlauf der Debatte ihr Schweigen nicht fortsetzen können. Was aber wird das Centrum dazu sagen?

Die „Nürtinger Volkszeitung“ giebt bereits eine Auskunft an, deren sich das Centrum bedienen dürfte, wenn es nicht länger ausweichen kann. Das Centrumblatt sagt:

„Erstens beruht die Gerechtigkeit überhaupt nicht in der Gleichheit und zweitens ist gerade der jetzige Zeitpunkt für die Forderung so ungünstig wie möglich. Es sieht ja so aus, als sei gegenwärtig die ländliche Bevölkerung auf Kosten der städtischen und industriellen bevorzugt. Sollte man aber hier die „Gleichheit“ herstellen, so wäre das eine schwere Vernachlässigung der ländlichen Bevölkerung. Die Vertreter der städtischen und industriellen Wahlkreise würden im Reichstage in einer Weise das Uebergewicht erhalten, die keineswegs der Bedeutung der städtischen und ländlichen Bevölkerung für das Staatswesen entspricht. An der bloßen Zahl läßt sich diese Bedeutung doch nicht abmessen. Mit dem Uebergewicht der nicht ländlichen Vertreter wäre ein Einfluß von ihnen auf die Gesetzgebung zu befürchten, der dem platten Lande zu schwerem Schaden gereichte.“

Natürlich würde nicht „das platte Land“ Schaden haben von der Verwirklichung des gleichen Wahlrechts, sondern lediglich die Agrarier, die das platte Land ausbeuten. Die Neueinteilung der Wahlkreise würde gerade den Keinen Bayern und insbesondere den Arbeitern auf dem Lande die Erlösung bringen. Die Gegnerschaft des Centrum gegen die Neueinteilung beruht nur in der Gegnerschaft dieser Partei gegen die Interessen der unmittelbaren Landbevölkerung.

Bemerkenswert ist, daß das Centrumblatt bei dieser Gelegenheit seine prinzipielle Feindschaft gegen das gleiche Wahlrecht unvorsichtig verrät. Wenn sich das Centrum zu den Gedanken bekennt, daß „Gerechtigkeit überhaupt nicht in der Gleichheit beruht“ und daß „die bloße Zahl“ nicht das Maß der Wahlrechtverteilung bestimmen dürfe, so ist das Centrum vollständig zu Anschauungen gelangt, von denen aus die konservative Feindseligkeit gegen das Reichstags-Wahlrecht ihre Begründungsversuche unternimmt!

Ausführliche Entschuldigungsversuche

für den Grafen Ballestrem unternahmen nachträglich einige Blätter. Die „Nürtinger Zeitung“ entwirft sich nämlich, daß Herr v. Ballestrem wie der gesamte sozialdemokratische Fraktionsvorstand nicht nur den Reichstag, sondern die ganze öffentliche Meinung in Deutschland in unerhörter Weise irregeführt habe. Die unerhörte Fälschung soll darin zu finden sein, daß gesagt worden war, die Kaiserreden von Gen und Breslau wären im „Reichs-

Anzeiger“ veröffentlicht gewesen. Nun ist allerdings ein Zertum unterlaufen; die Rede von Gen stand im „Reichs-Anzeiger“, nicht aber die Rede von Breslau. Die „unerhörte Fälschung“ war also dem Zertum entsprungen, daß der „Reichs-Anzeiger“, nach der Wiedergabe der Geneser Rede, sich unmöglich der Unterschlagung der Fortsetzung jener Rede und damit der majestätsbeleidigenden Rigorosität der Breslauer Kampfsache gegen die Socialdemokratie schuldig gemacht haben könnte. Es stellt sich heraus, daß der „Reichs-Anzeiger“ tatsächlich diese Majestätsbeleidigung begangen hat. In der Sache selbst ändert der nebenläufige Zertum natürlich nichts. Nach den früheren Erklärungen des Grafen v. Ballestrem sollten nicht nur Reden des Kaisers, die der „Reichs-Anzeiger“ mitgeteilt hat, besprochen werden dürfen, sondern alle als authentisch verbürgten Reden des Kaisers. Die Breslauer Rede aber war vom offiziellen „Bollschiffen Depeschencourier“ verbreitet worden, über ihren Wortlaut gab es keinerlei Zweifel und es ist dem Grafen Ballestrem selbst nicht in den Sinn gekommen, sein Verbot gegenüber v. Bollmar durch den Hinweis zu begründen, die Breslauer Rede habe nicht im „Reichs-Anzeiger“ gestanden.

Ebenso unglücklich verläuft ein anderer Rettungsversuch. Um den Widerspruch zwischen der Zulassung der Besprechung über die Schweinminder-Depesche und dem Verbot gegenüber der Geneser und Breslauer Kaiserrede zu verwickeln, erzählen einige Blätter, daß Graf Ballestrem überhaupt nicht präsidirt habe, als Dr. Schädel die Schweinminder-Depesche besprach, sondern der Vicepräsident Wülfing. Dieser Hinweis sagt nichts Neues. Aber im Reichstag ist es schon seit dem Tage, da der Zusammenstoß des Grafen Ballestrem mit dem Abg. Bollmar erfolgte, allgemein bekannt, daß der Vicepräsident Wülfing die Besprechung der Schweinminder-Depesche zugelassen hat auf ausdrücklichen Wunsch des Grafen Ballestrem, der diesen Wunsch seinem Kollegen im Präsidium, als dieser ihn ablöste, zu erkennen gegeben hat. Ebenso ist allgemein bekannt, daß auch der Reichskanzler von dem Verhaben des Abg. Schädel unterrichtet und auf seine Antwort sorgfältig vorbereitet war.

Alle Fälschereien, den Grafen Ballestrem nachträglich zu säubern, sind vergeblich und ausfichtslos.

Die „agrarische Woche“ hat am Dienstag mit der ersten Sitzung des deutschen Landwirtschaftsrates begonnen. Herr v. Pöbbeckel war mit einem Schwarm höherer Beamten erschienen, um dem Agrarierturn Aufschwung zu machen. In der ersten Sitzung trat alsbald das Gespänkel zwischen den 750 Kart-Köllnern und den regierungstommen Bewilligern des Antrages Kardorffs in die Erscheinung. Kammerherr Abg. v. Didenourg-Jansohn brachte einen Antrag ein, der bedauerte, daß der Ausschuß des Landwirtschaftsrates sich für ein Zurückgehen auf die Starbühnen-Vollzüge erklärt habe, ohne das Plenum zu befragen. Der Vorsitzende, Graf v. Schwerin-Völsig verteidigte den Ausschuß. Schließlich glug man mit erheblicher Majorität über den Mißbilligungs-Antrag zur Tagesordnung über.

Demnach, im Cirkus Busch, wird der Groß des Bündertums sich befeigen entladen.

Ministerworte. Wie aus dem Stenogramm hervorgeht, hat Herr v. Pöbbeckel neulich gegenüber Herrn Kopsch, der scharfhaft vom „Lausepavillon“ sprach, im Abgeordnetenhaus wörtlich gesagt: „Ich möchte noch kurz auf einen Punkt hinweisen, welcher in Verbindung gebracht ist mit dem Babilon. Dem der Herr Vordredner so freundlich war, eine gewisse Bezeichnung beizulegen. (Zuruf). — Das weiß ich nicht; aber wenn die Herren so mit diesem Namen umgehen, gewinnt es den Anschein, daß sie dazu Beziehungen haben.“

Nämlich: Beziehungen zu Lauen! Man weiß nun wenigstens, welche Art von Wigen gegenwärtig in höheren Kreisen geträgt werden!

Eine ebenso gemeine wie dumme Denunziation findet sich in der „konservativen Korrespondenz“:

„Der Vorwärts“ kündigt eine Separatenausgabe der bekannten Reichstags-Reden und v. Bollmars an. Verfassungsmäßig bleiben allerdings „wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstags von jeder Verantwortlichkeit frei.“ Aber wir möchten bezweifeln, daß sich diese Immunität auch auf die Verbreitung solcher Reden in Proschürenform ausdehnt, die wie die Bebel'sche, tatsächlich gegen das Strafgesetz verstoßen. Die Einzelverbreitung einer solchen Rede ist etwas ganz anderes, als die eines Verhandlungsberichts. Die Absicht dieser Verbreitung geht doch unweifelhaft dahin, — wie schon aus den Kommentaren der Bebel'schen Rede in der sozialdemokratischen Presse ersichtlich war —, daß damit das Volk im republikanischen Sinne beeinflusst und gegen die allerhöchste Person aufgereizt werden soll. Die Verbreitung solcher Ausführungen, die nur durch die Reichstags-Immunität vor strafrechtlichem Einschreiten geschützt sind, in Proschürenform kann unmöglich als zulässig angesehen werden.“

Erstens enthält die Rede Bebel's keine Majestätsbeleidigungen, die Herr v. Ballestrem wohl scharflich ungerügt hätte durchgehen lassen. Zweitens ist es bisher das Recht jedes Staatsbürgers, das Volk im republikanischen Sinne zu beeinflussen. Und endlich unterscheiden sich die parlamentarischen Proschüren, die von der Socialdemokratie herausgegeben werden, gerade dadurch von den bürgerlichen Flugchriften, daß sie im Sinne der Verfassung „wahrheitsgetreue Berichte“ bringen, weil sie Rede und Gegenrede mitteilen, während die Konservativen es nicht wagen, auch die sozialdemokratischen Reden zu verbreiten. Das ist der Unterschied. Wir vertrauen nur der Macht der Wahrheit, vor der sich unsre Feinde so sehr fürchten, daß sie nicht nur die Klage und Verleumdung, sondern auch die rohe geistlose Gewalt gegen sie zu Hilfe rufen.

Die Breslauer Landtagswahl-Resolution. Der uns jetzt vorliegende Bericht über den sächsischen Parteitag bestätigt vollumfänglich unsere gestrige Vermutung. Nun hat die Resolution gegen die bedingungslose Unterthürung der Freistimmen nur deshalb abgelehnt, weil es Sorge des Parteivorstandes ist, diese Fragen zu entscheiden. Außerdem sah man an ihm eine nachträgliche Schulmeisterlei des früheren Verhaltens der Breslauer Genossen, außerdem wies man auf den bevorstehenden preussischen Parteitag, der unsre Landtagswahl-Taktik bestimmen wird.

Ueber die Erbschaftswahl in Schleswig-Oldenburg liegt, wie wir bereits gestern unter den letzten Depeschen mitteilten, manneche das amtliche Resultat vor, das mit um so größerer Spannung erwartet werden mußte, als das offiziöse „Vollschiffen Bureau“ so wunderfam abweichende Zahlenangaben gemacht hatte. Nach dem amtlichen Resultat erhielten: Speidmann (fr. Vp.) 5124 Stimmen, Hoffmann (Soz.) 4480 Stimmen, Graf Reventlow (V. d. L.) 3231 Stimmen, Hansen (nat.) 2952 Stimmen und Professor Lehmann-Hohenberg 219 Stimmen.

Danach ist die Socialdemokratie die einzige Partei, die bei der Wahl gut abgeschnitten hat. Sie hat, da sie 1893 416 Stimmen erhalten hatte, 364 Stimmen gewonnen. Der Freistimm, der 1893 5895 Stimmen erhielt, hat dagegen 771 Stimmen verloren. Aber auch die Agrarier der scharferen und milderer Donart haben zusammen 154 Stimmen verloren, da Wandler und Nationalliberale zusammen 6188 Stimmen erhalten haben, während der Reichsparteiler 1893 6337 erhalten hatte.

Centrumspiel. Während auf dem bairischen Centrum-Parteitage in München gegen den Kaiser und das Kabinett Crailsheim losgezogen wurde, haben, wie liberale Blätter mitteilen, zahlreiche Centrum-Abgeordnete in den Ministerien Besuche abgehalten, um allerlei Anliegen für ihre Wahlkreise vorzubringen. Die „Münchener N. N.“ bemerken dazu, kein Minister habe in diesen Tagen einem Centrum-Abgeordneten die Thür geöffnet, denn sie hätten, wie andre Leute, gewußt, daß die ganze Art über das System Crailsheim eine lächerliche Farce war. Die Centrumspresse selbst empfindet diesen Widerspruch, und das Augsburgere Centrumblatt ruft ängstlich aus: „Wenn die Mitteilung richtig sein

sollte, dann wäre der Spott nicht bloß begreiflich, sondern auch berechtigt — das muß offen herausgesagt werden.“ In Wahrheit ist die gesamte heutige Centrumspolitik — im Reich wie in Bayern — nichts anderes als solche politische Harlekinade: Auf der Tribüne donnert man, um sich dem Volke in stürmischer Tröge zu zeigen; hinter den Coulissen schneuzelt man um Geheimräte und Minister und sucht kriecherisch nach allerlei Vorteilen.

Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. Das preussische Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten ist jetzt dem Abgeordnetenhaus zugegangen.

Außer den in dem § 1 des Reichsgesetzes aufgeführten Fällen der Anzeigepflicht — bei Ausbruch (Lepra), Cholera (asiatische), Fleckfieber (Pest), Gelbfieber, Pest (orientalische Weulenpest), Pocken (Malaria) — ist nach dem Gesetzentwurf jede Erkrankung und jeder Todesfall an: Diphtherie, Genickstarre, Scharlachfieber, Körnerkrankheit, Lungen- und Kehlkopfentzündung (die Erkrankung jedoch nur, wenn ein an vorgeschrittener Lungen- und Kehlkopfentzündung Erkrankter seine Wohnung wechselt), Rückfallfieber, Ruhr, Scharlach, Geschlechtskrankheiten bei Personen, welche gewerbmäßig Anzüge tragen, Typhus, Milzbrand, Moll, Tollwut, Fleckfieber und Wurftvergiftung, Trichinose, sowie jeder Fall, welcher den Verdacht von Scharlachfieber, Rückfallfieber, Typhus oder Cholera erweckt, der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbort zuständigen Polizeibehörde unverzüglich anzuzeigen.

Wechselt der Erkrankte die Wohnung oder den Aufenthaltsort, so ist dies unverzüglich bei der Polizeibehörde, bei einem Wechsel des Aufenthaltsortes auch bei derjenigen des neuen Aufenthaltsortes, zur Anzeige zu bringen.

Zur Anzeige verpflichtet sind: 1. der zugezogene Arzt, 2. der Haushaltungsvorstand, 3. jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigte Person, 4. derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkrankte oder Todesfall sich ereignet hat, 5. der Leichenschauer. Die Verpflichtung der unter Nr. 2 bis 5 genannten Personen tritt aber nur dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden ist.

Die Anzeige kann mündlich oder schriftlich erstattet werden. Die Polizeibehörden haben auf Verlangen Meldedaten für schriftliche Anzeigen unentgeltlich zu verabfolgen.

Weiter giebt der Gesetzentwurf ausführliche Bestimmungen über die Absperrung und Aufsicht für die verschiedenen Krankheitsfälle, desgleichen Strafverordnungen für Uebertretungen.

Eine der auffecherregendsten Kriegesgerichts-Urteile, die jemals gefällt wurden, beschäftigte am Montag das Oberkriegsgericht Magdeburg als Berufungsinstanz. Es handelte sich um den „degenerierten“ (wie ihn die militärischen Sachverständigen nannten) Fällter Jede vom 30. Regiment in Halle. Dieser wurde, wie im „Vorwärts“ seiner Zeit mitgeteilt, vom Kriegsgericht dalebst wegen Simulation, Fahnenraub, schändlichen Angriffs auf Vorgesetzte usw. zu der unglücklich hohen Strafe von acht Jahren Gefängnis, Degradation und Verurteilung und das, obwohl zwei Sachverständige konstatierten, daß J. bereits früher in Zrenhaus gesperrt worden mußte, weil er „an der bei Soldaten so oft vorkommenden Krankheit: „Frühzeitiger Verblöding“ litt! Selbst während der kriegesgerichtlichen Verhandlung hatte der Wöde allerlei Unlug getrieben, die Richter angeulst, Unsim geschwaht usw. Sein Verteidiger hatte gegen dieses Urteil Verufung eingelegt. Inzwischen ist in der Haft der Angestellte von dem Gefängniswärtern („beobachtet“ worden. Die Resultate kamen in der Verhandlung am Montag zur Sprache und wirkten einfach verblüffend. Bemerk sei, daß der Angestellte auch in dieser Verhandlung für jeden Unbefangenen den Eindruck völliger Stupidität machte. Kämpelnd und schnurrend kam er in den Sitzungssaal getrippelt, formte aus Papier allerlei Nügelchen usw. und gab apathische Antworten auf alle Fragen. Die Gefängnisbeamten sagten aus, der Angestellte habe in der Zelle einmal seinen Urat unter die Wangen gemacht, mit dem Löffel denselben „breitgetriebscht“ und sich dann mit dem Gesicht hineingelegt! Aber das sei weiter nichts Auffälliges!! Ferner habe er seinen Urin in den Wasser-Strug gethan und ausgetrunken. Auch das wollten sie nicht als Ausdruck von Geistesgestörtheit gelten lassen! Schließlich habe der Angestellte, der in der Zelle fortwährend die Gebärden des Fliegenfangens mache, an den Kaiser einen Brief geschrieben, worin es u. a. hieß: „Lieber Herr Kaiser! Mit Ihnen muß ich mal reden. Ich warte hier schon seit 3 Wochen auf den Schurken von Krst. halt ich's hier wie in einem Hundeloch — nicht zum Aushalten“ usw. Auch das ist — nach Ansicht der Beamten — nichts Auffälliges!! Grinsend hört der Angestellte dem zu und nimmt kaum teil an der Verhandlung.

Man sollte nun meinen, das Gericht habe das Urteil nun sofort umgekehrt, wie es in letzter Zeit bereits drei Urteile desselben Kriegsgerichts Halle kassiert hatte. Allein das geschah nicht. Dastir beschloß es auf Antrag des Verteidigers, den Angestellten nochmals durch zwei Sachverständige — diesmal keine militärischen! — untersuchen und ihn inszwischen in eine Privatankast — nicht wie das erste Mal im Militärkasarett — unterbringen zu lassen.

Die letzteren Maßnahmen weisen darauf hin, daß das Oberkriegsgericht an den ersten Gutachten der militärischen Sachverständigen starken Zweifel hegte und daß man alle Ursache hatte, den Wöden der militärischen Unternehmung zu entziehen.

Man darf mit Recht gespannt sein, ob dieser notorisch Degenerierte wirklich die 8 Jahre absitzen muß.

Schuh vor Schuhten! Aus Mannheim wird uns geschrieben: Ein schwerer Polizei-Übergriff fand am Montag vor dem hiesigen Schöffengericht seine Retifikation. Vor einigen Wochen sistierte der Schuhmann Jeller auf der Redarbrücke die auf einem Geschäftsgang befindliche Frau des Schuhmachermeisters Rhey unter der Anschuldigung der wiederholten Veteilei und führte sie zur Wache ab. Alle Unfallsbedenken der geängstigten Frau, deren Mann seit bald 10 Jahren ein eigenes Geschäft betreibt und in den geordneten Verhältnissen lebt, halfen nichts, der Schuhmann ließ sich im Uegenteil noch zu unflätigen Redensarten gegen die Frau hinreißen, die sich auf ihre bald zu erwartende Riederkunft bezogen. Auf der Wache hielt man die Sistierte einige Zeit zurück, bis es ihrem unterdessen auf Reauifikation eines Bekannten herbeigeeilten Ehemann gelang, ihre Entlassung zu erreichen. Die schwer gekränkte Eheleute suchten sich durch eine Beschwerde gegen den Schuhmann Jeller für die ihnen widerfahrte Unbill Genugthuung zu verschaffen, und auch unsrer hiesiges Parteigang nahm sich des Falles an, um den Leuten zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Folge war eine polizeiliche Strafverfügung von drei Tagen Haft gegen Frau Rhey wegen Veteilei, und zwar wurde die Höhe dieses Strafmaßes ausdrücklich mit ihrem „hartnäckigen Leugnen“ begründet. Gegen diese Verfügung, die mit dem Ergebnis der polizeilichen Nachforschungen, die die Unfallsbedenken der Angaben des Schuhmanns nachwiesen, durchaus unvereinbar waren, appellierte Frau Rhey an das ordentliche Gericht und erzielte damit gestern vor den Schöffen nach kürzester Verhandlung ihre glatte Freisprechung unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse. Alle Behauptungen des Schuhmanns wurden von den vereidigten Zeugen aufs schärfste widerlegt und sein Vorgehen gegen die Frau damit als schwerer Übergriff charakterisiert.

Husland.

Regierungsmehrheit Nr. 2. — Mano Regra und Drehfus.

Paris, 31. Januar. (Eig. Ber.) Die liberal-melancholische Opposition hat neben dem rechten Flügel des „Voc“ die Regierung in der Haushaltsbudget-Debatte gerettet. In der Debatte über das Budget des Meuzern trat dieselbe „Mehrheit Nr. 2“, wie Genosse Sembat die glückselige Parteigruppierung unter dem Kabinett Waldeck-Rousseau

benannt hat, wiederholt als Helfershelferin der Regierung gegen die Kerntruppen des Regierungspartells auf.

Die französische Woiwacht beim Vatikan, sowie die Kreuze für die katholischen Missionen im Orient und in Ostasien (China) wurden von jener Hilfsmehrheit gegen 205 bzw. 212 radikale und sozialistische Stimmen votiert. Die Anträge auf Streichung des ersten Artikels und auf Verwendung der letzteren Kredite ausschließlich für weltliche Schulen und Spitäler waren von der revolutionär-sozialistischen Fraktion eingebracht worden. In der Debatte betonte Genosse Sembat wieder einmal die Schuld der Missionare an dem Völkeraufstand in China und ihre Mäanderei mit dem Bischof Fabier an der Spitze im Gefolge des China-Feldzuges, was seither im amtlichen Bericht des Generals Voiron konstatiert wurde. Ferner bewies er an der Hand eines reichen Materials, daß die Missionen im Orient, an deren Spitze übrigens nicht französische Mönche stehen, mit Hilfe der diplomatischen Agenten der Republik die weltlichen Schulen französischer Bürger auf jede Weise niederzulampfen suchen. Nur ein Beispiel. In die französische von Jesuiten geleitete medizinische Fakultät zu Beyrouth wurden bis vor kurzem die Jüglinge französischer weltlicher Mittelschulen grundsätzlich nicht zugelassen. Diese Thatsache hat der Minister erst aus dem letzten Bericht der Budgetkommission erfahren! Seine Agenten machen ja gemeinsame Sache mit den staatlich subventionierten Kongregationen. Seither hat Delcassé die Gleichberechtigung der weltlichen Jüglinge anbefohlen, aber die thätsschliche Verneinung der letzteren bei den Prüfungen macht die ministeriellen Befehle illusorisch.

Die einbringliche Beweisführung der revolutionär-sozialistischen Redner wurde in Bezug auf die Missionare von Dubief, dem linksradikalen Berichterstatter des Budgets des Reichens, energisch unterstützt. Aber die Mehrheit Nr. 2, worunter der dritte Teil des „Bloc“ stimmte auf Wunsch der Regierung die revolutionär-sozialistischen Anträge nieder. Nach wie vor gilt Gambettas Wort: „Der Antiklerikalismus ist kein Ausfuhrartikel“ — auch für das im Inland klerikalfeindliche französische Ministerium.

Millierand blieb auch in diesen beiden Abstimmungen „seiner ministeriellen Vergangenheit treu“: im Gegensatz zu „seiner“ Fraktion und zur Mehrheit der bürgerlichen Linken stimmte er mit den klerikal-Religionisten.

Der Justizmord von 1888, begangen an den andalusischen Anarchisten im Prozeß der „Mano Negra“ (Schwarze Hand), bildet hier den Gegenstand einer lebhaften Agitation. Nach einer Reihe von Zeitungsartikeln, die die Campagne eröffnet haben, wurde eine große Versammlung einberufen, an der sich fast sämtliche hervorragende „Drehfusards“ als Redner beteiligten. Von sozialistischer Seite sprachen Jaurès, Pressensé, der den Vorsitz führte, und Sembat. Schon die Anfänge der französischen Prehkampagne haben die spanische Regierung bewogen, Cristobal Duran, einen der osten im Bagno von Centa überlebenden Opfer, freizulassen. Es gilt jetzt die Freilassung der übrigen sieben Opfer und insbesondere auch die Revision des infamen an die Nachschichten der Inquisition erinnernden Prozesses zu erzwingen. Dieser Gedanke kam in den Reden und in der scharfen Resolution der imposanten Versammlung zum Ausdruck.

Die Versammlung ist aber in anderer Hinsicht von noch größerem Interesse, nämlich unter dem Gesichtspunkt der französischen Politik. Jaurès hat mit aller Deutlichkeit und Bestimmtheit die nicht mehr ferne Wiederaufnahme der Revisions-campagne für Drehfus angeündigt, und zwar auf Grund neuer Entdeckungen, die inzwischen gemacht worden wären: „Neue Verbrechen werden ans Tageslicht kommen.“ Man werde dann sehen, daß die „auf dem Marsche begriffene Wahrheit“ sich nicht, wie manche Septiker gemeint, „erniedert am Saume des Weges niederlegt“ hätte. Und Jaurès gelobte, „bis ans Ende“ für die gerichtliche Rehabilitierung von Drehfus zu kämpfen.

Venezuela.

Bowen ist damit einverstanden, daß die Verbündeten einen Monat hindurch vorzugsweise Behandlung erhalten, vorausgesetzt, daß sie den noch übrigen Punkten seines Vorschlages zustimmen und mit der sofortigen Aufhebung der Blockade einverstanden sind. Er hat den Vertretern der verbündeten Mächte in dieser Hinsicht vor mehreren Tagen Mitteilung gemacht, hat aber noch keine Antwort erhalten. Die Lage ist etwas kompliziert geworden durch den gestrigen Eingang eines Telegrammes von Castro, in dem dieser dem Bunde Ausdruck giebt, alle Gläubiger sollen dieselbe Behandlung erfahren. Bowen wird die Verbündeten sofort mit dem Inhalt des Telegramms bekannt machen. Ferner meldet ein „Laffan-Telegramm“ aus Washington vom 3. Februar:

Bei dem Besuch, den die Vertreter der Mächte gestern dem Gesandten Bowen abstatte, verlas der britische Woiwacht, Lord Herbert, eine Depesche vom britischen Minister des Auswärtigen, Lord Lansdowne, worin die Bereitwilligkeit erklärt wird, den Vorschlag bezüglich 30 Prozent der Zolleinkünfte anzunehmen, vorausgesetzt, daß die verbündeten Mächte 20 Prozent und die anderen Gläubiger 10 Prozent davon erhalten. Bowen lehnte diese Anregung ohne weiteres ab und wandte sich darauf in direkter Ansprache an Lord Herbert, um ihm die Gründe für seine Ablehnung darzulegen. Er sagte, die Ansicht, daß man durch Blockaden und Beschießungen einen Anspruch auf Vorzugsbehandlung rechtmäßig erlange, könne er schon grundsätzlich nicht annehmen. Die Anerkennung eines solchen Grundgesetzes würde durchaus gegen die Gebote der Zivilisation verstoßen und außerdem die Einführung dieses Grundgesetzes in das Völkerrecht zur Folge haben, wenn alle Mächte ihm zustimmten. Wegen seines Vorschlag sei eingetauscht worden, daß er die verbündeten Mächte weitere 6 Jahre in ihrem Bündnis halten würde. Es würde große Ueberraschung und Verdauern verursachen, wenn allgemein bekannt würde, daß Großbritannien auch nur daran gedacht habe, das Bündnis einen Augenblick länger als durchaus nötig bestehen zu lassen. Bowen schlug dann Verweisung der Frage der Vorzugsbehandlung an das Hanger Schiedsgericht vor und ersuchte um sofortige Aufhebung der Blockade. Diese Stellungnahme Bowens macht die Lage ernstlicher als sie vorher war. Nach der Beratung besuchte Bowen den Staatssekretär Hay und hatte mit ihm eine Besprechung. Hieraus wird geschlossen, daß Bowens Haltung die Ansicht der amerikanischen Regierung zum Ausdruck bringt. — Der deutsche Geschäftsträger in Caracas ist hier angekommen und hatte eine Besprechung mit dem hiesigen diplomatischen Vertreter Deutschlands, Frhn. Sped von Sternburg.

Frankreich.

Jaurès teilt mit, daß er die von ihm erwähnten neuen Enthüllungen in der Drehfus-Affäre anlässlich der Debatte über die Gültigkeit der Wahl des Sozialisten Syveton, welche in 14 Tagen stattfindet, zur Sprache bringen werde.

Der Ex-Oberst Vicquart veröffentlicht in der „Grande Revue“ einen längeren Artikel über die Disziplin und die Verurteilungen in der französischen Armee. Er weist

darauf hin, daß die jetzige Methode, welche auf der Unfehlbarkeit der Führer basiert, veraltet sei und wenigstens teilweise abgeändert werden müsse.

Belgien.

Den Beschlüssen der internationalen Zeitungs-Konferenz sind nunmehr sämtliche Regierungen, die an derselben beteiligt waren, wie aus Brüssel berichtet wird, beigetreten. Von der österreichischen, italienischen und englischen Regierung liefen die Zustimmungen in letzter Stunde ein.

Die verbotene Inschrift. Die Brüsseler Arbeiterpartei hatte beschlossen, ihren in der blutigen Nacht vom 12. April v. J. von den Angeln der Gendarmen niedergestreckten Genossen Fiorez und Demarez einen Denkstein zu setzen. Der Bürgermeister von Brüssel hat auf Anfrage geantwortet, daß der Magistrat gegen die Aufstellung eines Denksteins an der betreffenden Stelle nichts einzuwenden habe, daß er aber die für den Stein bestimmte Inschrift nicht genehmigen könne. Die Inschrift sollte lauten: „Den Märtyrern des allgemeinen Wahlrechts.“

Spanien.

Nur Streikbewegung. Aus Barcelona wird vom Montag gemeldet: Heute abend wurde eine Versammlung von Arbeitervereinen abgehalten, um die Solidarität mit den Ausständigen in Reus zum Ausdruck zu bringen. Die Versammlung, in welcher der meiste Redner den Beginn eines Generalstreikes befürwortete, artete schließlich in eine anarchische Kundgebung aus, bei der zu Gewaltthatigkeiten gegen die Polizeibeamten aufgefordert wurde.

Eine Meldung vom 3. Februar besagt: Der Zustand in Reus und Umgebung dauert fort, doch glaubt man, daß heute eine günstigere Wendung eintreten werde, da mehrere Fabrikanten die Absicht kundgegeben haben, ihre Fabriken wieder zu eröffnen und dabei auf die Unterstützung der Behörden rechnen. Mehrere „Mädelsführer“ sind von der Polizei verhaftet worden.

Türkei.

Trohende Unruhen in Mazedonien. Die Forts teiste den hiesigen Woiwachten einen Bericht des türkischen Handelsagenten in Kuitiani mit, welcher meldet, daß sieben bulgarische Banden, 6730 Mann stark, organisiert worden seien, und welcher die Namen der Führer der Banden und die Distrikte nennt, in denen sie operieren sollen. Die Hauptoperation soll vom Vilajet Saloniki ausgehen.

Amerika.

Regerehe. Ein „Laffan“-Telegramm meldet aus New York: Die immer härter in Fluß geratene Bewegung gegen die Regere macht auch vor Männern wie Booker T. Washington, dem Begründer der berühmten Erziehungsanstalt für Neger in Tuskegee und Freund des Präsidenten Roosevelt, nicht Halt. Der Staats-Superintendent von Florida hatte Booker T. Washington, der ein hervorragender Redner ist, eingeladen, bei der Versammlung des Erziehungs-Kollegiums, das am 1. Februar in Gainesville zusammentritt, eine Ansprache zu halten. Diese Einladung eines Negers durch einen Staatsbeamten erregte in dem ehemaligen Sklavenhalter-Staat Florida geradezu einen Sturm der Entrüstung, der sich in massenhaften Protestkundgebungen entäu. Der Grasshopper-Superintendent sah sich denn auch genötigt, Dr. Washington zu unterlagen, in der Sitzung des Erziehungs-Kollegiums zu sprechen.

Der Senatsauschuss hat infolge des Einspruches mehrerer republikanischer Senatoren die Ernennung des Negers Dr. Crum zum Vize-Gouverneur in Charleston, die Präsident Roosevelt vollzogen hatte, noch nicht bestätigt und seine Entscheidung darüber vertagt.

Parlamentarisches.

Budget-Kommission.

In der Sitzung am Dienstag wurden die fortdauernden Ausgaben des Staats der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung erledigt. Fast alle Positionen wurden nach unerheblicher Debatte unüberändert angenommen. Nur die Forderung für den Erweiterungsbau in Miesla wurde vorläufig zurückgestellt, damit die Postbehörde noch nähere Erkundigung darüber einziehen kann, ob nicht den Wünschen der dortigen Bevölkerung bezüglich einer günstigeren Lage der Hauptpost mehr Rechnung getragen werden könne. Eine längere Debatte wurde hervorgerufen durch die Anregung des Abg. Paasche, daß die Postverwaltung alljährlich eine angemessene Summe zur Verzinsung und Abtragung derjenigen Schulden verwenden möge, welche für die Zwecke der Post- und Telegraphenbetriebe gemacht worden sind. Abg. Paasche wendet sich dagegen, daß man von Ueberflüssen der Post- und Telegraphenverwaltung spreche. In Wahrheit haben wir es hier mit einer Defizitwirtschaft zu thun. Der sogenannte Ueberfluß stelle noch nicht einmal die sonst übliche Verzinsung des Kapitals dar, mit dem die Post- und Telegraphenverwaltung arbeite! Zu wünschen sei es, daß in Zukunft ein klares Bild von dem finanziellen Ergebnis der Post- und Telegraphenverwaltung gegeben werde. Dies sei zu erreichen dadurch, daß von dem angebliehen Ueberfluß alljährlich diejenige Summe in Abzug gebracht und als Ausgabe in den Etat eingestellt werde, welche zur Verzinsung und Amortisation der für die Zwecke der Post aufgenommenen Anleihen notwendig sei. Der leitende Direktor im Reichs-Schatzamt Zwele: So lange die Finanzlage eine so schlechte wie jetzt sei und die laufenden Einnahmen nicht zur Bestreitung der laufenden Ausgaben reichen, würde jede Verfüzung des Ueberflusses der Post nur zur Vergrößerung des Defizitbetrages führen. Die Folge sei dann, daß eine größere Zuschußanleihe aufgenommen oder die ungedeckten Matrizenbeiträge entsprechend erhöht werden müßten. Abg. Graf v. Stolberg-Wernigerode schließt sich diesen Ausführungen an. Abg. Singer: Wenn die Kommission die angeregte Resolution annehmen würde, werde die Regierung sich ihr ja doch erst nach längerer Zeit anschließen. Inzwischen werde sich die Finanzlage soweit geändert haben, daß das Reich an eine regelmäßige Tilgung der Schulden herantreten könne. Eine vernünftige Art der allmählichen Schuldentilgung sei aber dringend notwendig. Wir werden sie um so sicherer bekommen, wenn wir damit bei den einzelnen Verwaltungen beginnen. Außerdem entspräche die Anregung des Abg. Paasche dem Grundsatze einer geordneten Finanzwirtschaft, daß ein jeder Betrieb aus seinen Einnahmen das angelegte Kapital amortisieren müsse. Diesen Grundsatze habe z. B. die Stadt Berlin schon seit jeher durchgeführt. Er empfehle daher dringend, der Anregung des Abg. Paasche Folge zu geben. Die Abg. Stöckmann, Müller-Sagan, Müller-Julda, Schwarze-Lippstadt, Wähing und Frese verhielten sich ebenfalls „im Prinzip“ für eine allmähliche Tilgung der Schulden des Reiches seien, jedoch läme diesem Gedanken erst bei der Beratung der allgemeinen Finanzlage näher getreten werden. Sie empfahlen daher, daß Abgeordneter Paasche die angelegte Resolution bis zur Beratung der allgemeinen Finanzlage zurückstellen möge. Abg. Paasche erklärt sich dazu bereit, wenn er auch fürchte, daß eine allgemeine Schuldentilgung doch von Jahr zu Jahr hinausgeschoben wird, so daß wir schließlich auf diesem Wege in Wahrheit keinen Schritt weiter kommen. Der Staatssekretär im Reichs-Schatzamt Zwele weist den Vorwurf der Defizitwirtschaft zurück. Die Post arbeite zwar mit einem Kapital von 600 Millionen Mark. Aber selbst wenn man die Zinsen für diese ganze Summe dem Ueberfluß gegenüberstelle, ergebe sich noch immer ein erheblicher Mehretrag der Einnahmen, also kein Defizit. Ueberdies sei der allergrößte Teil dieses Kapitals nicht durch Anleihen aufgebracht, sondern aus den regelmäßigen Einnahmen des Reiches entnommen.

Nächste Sitzung am Donnerstag.

Partei-Nachrichten.

Der zehnte schlesische Parteitag fand Sonntag, den 1. Februar, im Breslauer Gewerkschaftshaus statt. Aus dem Bericht der Agitationskommission entnehmen wir, daß die Zahl der organisierten Genossen eine Zunahme von 3500 auf 5000 aufweist, imgerechnet die auf Grund des Vertrauensmänner-Systems Organisierten. Auch die Presse der schlesischen Sozialdemokratie hat in der Berichtsperiode eine erheblich weitere Ausbreitung erfahren; die Auflage der im Verlage der „Vollswacht“ erscheinenden Parteiblätter hat um 1450 zugenommen und die Auflage des „Proletarier“ ist ebenfalls erheblich gestiegen. Beim Punkt Reichstagswahl, über welchen Genosse Kühn-Langenbielau referierte, wurde mitgeteilt, daß die Auffstellung der Kandidaten in Mittel- und Niederschlesien nahezu vollständig erledigt ist. Wir teilen die Kandidatenliste unten mit. Genosse Brubns-Breslau hielt einen informativischen Vortrag über die nächsten preussischen Landtagswahlen, an denen sich die Genossen mit aller Kraft beteiligen wollen. An anderer Stelle dieses Blattes sind die Verhandlungen über diesen Punkt besonders erwähnt. Die übrigen Verhandlungen waren nur geschäftlicher Natur.

Reichstags-Kandidaturen. Der schlesische Parteitag der Sozialdemokratie stellt folgende Kandidaten für die einzelnen Wahlkreise auf:

Bezirk Breslau.

1. Guhran-Steinbohlau: Genosse Johann Kommerl-Breslau.
2. Müllsch-Trebnitz: Neulirch-Breslau.
3. Wartenberg-Oels: Neulirch-Breslau.
4. Ramlau-Brieg: Schüy-Breslau.
5. Ohlau-Kimptich: Schüy-Breslau.
6. Breslau-Ost: J. Zugauer-Breslau.
7. Breslau-West: Ed. Bernstein-Breslau.
8. Breslau-Land-Neumarkt: Schüy-Breslau.
9. Striegau-Schweidnitz: Feldmann-Langenbielau.
10. Waldenburg: Hermann Sasse-Breslau.
11. Reichenbach-Neurode: August Kühn-Langenbielau.
12. Glatz-Habelschwerdt: Kühn-Langenbielau.
13. Frankenstein-Münsterberg: Kühn-Langenbielau.

In Niederschlesien:

1. Grünberg-Freystadt: Stolpe-Grünberg.
2. Sagan-Sprottau: Stolpe-Grünberg.
3. Hagen: Zimmer-Breslau.
4. Lüben-Bunzlau: Stolpe-Grünberg.
5. Löwenberg: Steinbrücker-Staudinger-Leipzig.
6. Liegnitz-Goldberg-Hannau noch nicht besetzt.
7. Landeshut-Tauer-Vollsdamm: Krähig-Landeshut.
8. Hirschberg-Schönau: Feldmann-Langenbielau.
9. Landau-Görlitz: Keller-Görlitz.
10. Rothenburg-Hoherswerda noch nicht besetzt.

Die Kandidaten für Oberschlesien werden nach der Einigung mit der polnischen Sozialdemokratischen Partei aufgestellt.

Partei-Presse. Die „Vollswacht“ in Düsseldorf hat in den letzten sechs Wochen gegen 500 neue Abonnenten und seit der Neugründung, das heißt seit noch nicht ganz zwei Jahren, hat sie 2500 Abonnenten gewonnen.

Gemeindevahlen. In den braunschweigischen Orten Bevern, Ammenen und Seesen wurde je ein Parteigenosse gewählt, in Seesen kam auch noch ein zweiter in ausfichtsvoller Stichwahl. Auch in Holzhausen im Kreise Siegen wurde ein Parteigenosse gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Deutsches Prekrecht.

Das Reichs-Prekrecht überläßt bekanntlich die Regelung des Plakatwesens der Landesgesetzgebung und daher kommt es, daß wir in Preußen in dieser Hinsicht noch mit einem Gesetze aus dem Jahre 1851 befaßt sind. In diesem Gesetze heißt § 9:

„Anschlagzettel und Plakate, welche einen andren Inhalt haben als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergütungen, über geklebene oder verlorene Sachen, über Verläufe oder andre Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, dürfen nicht angehängt oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden.“

Auf Grund dieser Vorschrift unterlag die Polizei in Frankfurt a. M. den Anschlag eines Plakats mit folgendem Inhalt:

Arbeitslosen-Zählung.

Sonntag, den 1. Februar 1906 werden die Arbeitslosen in Frankfurt a. M. und Vororten gezählt werden. Zu diesem Zwecke werden in allen Haushaltungen Nachfragen nach beschäftigungslosen Personen gehalten und, falls solche vorhanden sind, Zählkarten zur Ausfüllung zurückgelassen. Es wird gebeten, die Zählkarten sofort auszufüllen, da sie noch an demselben Tage abgeholt werden. An die Einwohner wird das höfliche Ersuchen gerichtet, die Zähler bei ihrem schwierigen Amte zu unterstützen. Anmeldungen von freiwilligen Hilfskräften bitten wir an folgende Adressen gelangen zu lassen: Bergerstr. 118, Hinterhaus; Wörlenstr. 20, parterre; Gewerkschaftshaus, Am Schwimmbad; Sämmtstraße, Rainfall 12, und Volkshaus Bockenheim, Bockheimer Landstr. 185. Der Ausschuss für die Arbeitslosenzählung: H. Bernhardt, Dr. Böhm, Gewerkschaftssekretär L. Dorich, Arbeitersekretär E. Graf, Hl. Gewerkschaftsleiter, Dr. Klumler, Prof. Dr. Böhle, Dr. M. Quars, Thomas.

It schon das Verbot des Anschlages von Plakaten politischen Inhalts heutzutage lächerlich, so noch umfomehr das Verbot der Ankündigung einer Arbeitslosenzählung. Wenn zugegeben werden kann, daß die Polizeibehörde in Frankfurt den Wächtern, ja vielleicht sogar den wirklichen Sinn und die Absichten des Prekgesetzes von 1851 für sich hat, so muß man umfomehr den Zustand verurteilen, daß ein solches Gesetz heute noch zu Recht besteht. Im übrigen aber wird es natürlich praktisch einfach dadurch beseitigt, daß man die Bekanntmachung in allen frankfurter Zeitungen als Interat veröffentlicht. Wären unsere maßgebenden politischen Kreise nicht in gar so rücksichtlosen Polizey-Anschauungen befangen, dann würden Gesetzesbestimmungen, die jedermann lachend findet und die zudem vollständig ihren Zweck verfehlen, schleunigst beseitigt.

— Zu 200 M. Geldstrafe wurde in Königsberg der Redakteur unseres dortigen Parteiblattes, Genosse J. Vordardt, verurteilt. Aus Anlaß der Differenzen zwischen Ober-Verwaltungsgericht und Kammergericht über das Verbot öffentlicher Versammlungen an Aufzügen hatte seiner Zeit der Genosse Koske in demselben Blatte einen Artikel geschrieben, durch den sich der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen beleidigt gefühlt hatte. Koske war zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden und nachdem das Urteil vom Reichsgericht bestätigt worden war, hatte Vordardt an die Mitteilung darüber einige Bemerkungen geknüpft. Darin war in bedingter Form gesagt, was Koske dem Oberpräsidenten vorgeworfen habe. Der Oberpräsident fühlte sich hierdurch abermals beleidigt und auf seinen Antrag wurde deshalb jetzt auch Vordardt verurteilt.

— Wegen öffentlicher Beleidigung zweier Beamten des Landgerichts Bochum wurde Genosse Herzog dort unter Zubilligung des Schutzes des § 193 Str.-G.-B. zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Herzog hatte gegen ein Urteil des Schöffengerichts, wonach er wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu 10 M. Geldstrafe verurteilt war, Berufung an das Landgericht eingelegt und da diese Berufung verworfen wurde, so legte er Revision dagegen ein. Hierfür ist eine Frist von einer Woche vorgefchrieben. Am nächsten Tage dieser Frist morgens hatte Herzog die Revisionsanmeldung in einem Briefkasten des Landgerichts werfen lassen. Die Anmeldung soll aber erst zwei Tage später, also nachdem die Frist verstrichen war, dem Landgericht präsentiert worden sein, weshalb die Revision verworfen wurde. Herzog kritisierte dies in einem Bericht auf dem vorjährigen Provinzial-Parteitage in Hamm und durch die dabei gesprochenen Worte soll er die Beleidigung begangen haben.

Die Weisungsaufnahme ergab, daß die Revision am nächsten Tage, also zwei Tage vor Ablauf der Frist eingereicht sei. Das Landgericht hat aber zwei Briefkästen. Der eine trägt den Namen Staatsanwaltschaft. Dieser Name ist jedoch, wenn man ihn nicht besonders sucht, kaum zu sehen. In diesen Kästen ist die Revisionsanmeldung geworfen worden. Mindestens 24 Stunden hat es gedauert, bis bei der Staatsanwaltschaft die Auskunft befragt wurde, und, trotzdem sie an das Landgericht adressiert war, weitere 24 Stunden, ehe sie diesen präferiert wurde. Demnach waren die Briefkästen der Staatsanwaltschaft nach Ansicht des Richters beleidigend, so doch dem Sinne nach zutreffend.

Aus Industrie und Handel.

Der englische Eisenmarkt zeigt nach dem Bericht des „Ironmonger“ dieselben Züge, wie in den letzten Wochen. Der Umfang des Geschäfts, soweit Aufträge für spätere Termine in Betracht kommen, hat keine wesentliche Erweiterung gewonnen. Für amerikanische Rechnung besteht noch immer Nachfrage und es wird als möglich angesehen, daß weitere Anläufe von Eisenerzschmelzen von Amerika aus vorgenommen werden. In günstiger Lage befindet sich der Schienenmarkt; die Preise für Schienen sind sehr gut gehalten. Für die Staatsbahnen von Siam sollen 30 000 Tonnen Stahlschienen in Auftrag gegeben werden, ferner sind, wie das Blatt erzählt, kürzlich Aufträge auf 85 000 Tonnen Schienen für Südafrika erteilt worden. Für Brückenbaumaterial hat sich die Nachfrage in der letzten Zeit gesteigert. In Trägern liegen für mehrere Wochen Aufträge vor, und man nimmt an, daß beträchtliche Aufträge, welche vor einiger Zeit in der Erwartung, daß ein Rückgang der Preise stattfinden werde, zurückgestellt wurden, nunmehr zur Ausführung gebracht werden dürften.

Die Goldproduktion Transvaals hat im Jahre 1902 mit einem recht guten Resultat abgeschlossen, wenn auch die Ausbeute weit hinter jener der beiden Jahre vor dem Kriege zurückbleibt. Nach dem Londoner „Economist“ belief sich der Gewinn im Randbezirk, einschließlich 6486 Unzen, die außerhalb dieses Bezirks gewonnen wurden, im Dezember 1902 auf 106 023 Unzen Feingold, während im Dezember 1901 nur 52 897 Unzen gewonnen wurden. Die Gold-erzeugung Transvaals in den einzelnen Monaten der letzten fünf Jahre — in der Zeit von April 1900 bis Mai 1901 ruhte die Goldgewinnung — betrug:

	In Unzen				
	1902	1901	1900	1899	1898
Januar	70 340	—	90 797	410 143	313 826
Februar	81 405	—	75 170	404 335	297 975
März	104 127	—	85 834	441 578	325 907
April	119 588	—	—	430 111	335 125
Mai	138 002	7 478	—	444 983	344 160
Juni	142 780	19 779	—	445 768	344 070
Juli	149 179	25 959	—	456 474	359 343
August	162 750	28 474	—	459 709	376 911
September	170 802	31 936	—	411 762	384 080
Oktober	181 430	33 393	—	19 906	400 791
November	187 375	39 075	—	61 780	363 810
Dezember	196 023	82 897	—	73 670	419 504
Zusammen	1 704 410	238 991	251 801	4 069 166	4 293 692

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tischler, Koffermacher, Galanterie- und Hüttenarbeiter haben vor zwei Jahren mit den Fabrikanten einen Tarif abgeschlossen, der am 15. Februar d. J. abläuft. Sie sind geneigt, den Tarif wieder auf zwei Jahre abzuschieben, doch in Anbetracht der erhöhten Miet- und Lebensmittelpreise wünschen sie eine geringe Erhöhung der Löhne. Sie haben deshalb den Fabrikanten folgende Forderungen unterbreitet: 1. Eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Proz. 2. Für Ausgeleitete im ersten Jahre 37 Pf. und im zweiten Jahre 42 Pf. pro Stunde. 3. Für die auf Kindelei arbeitenden Tischler ein Mindestlohn von 50 Pf. 4. Für Kleider ein Mindestlohn von 55 Pf. 5. Für Steppertinen ein Wochenlohn von mindestens 18 M. 6. Abschaffung der Accordarbeit und Berechnung des Lohnes nach dem Durchschnittslohn des letzten Jahres. 7. Sonntags eine Stunde früher Feierabend ohne Abzug. 8. Regelung des Vehringswesens dahingehend, daß auf je drei Gehilfen nur ein Lehrling gehalten werden darf. 9. Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Die Vereinigung der Berliner Lederverarbeiter hat sämtliche Forderungen bis auf Punkt 8 rundweg abgelehnt. Die Unternehmer erkennen zwar an, daß die Forderungen der Arbeiter sehr sachlich motiviert sind, doch könne eine Lohnerhöhung nicht zugelassen werden, weil infolge der süddeutschen und teilweise auch der ausländischen Konkurrenz die Branche seit ca. drei Jahren ziemlich lahm liege. Die Fabrikanten lehnen auch die Errichtung des paritätischen Arbeitsnachweises ab, weil ein solcher nur für Großbetriebe passend sei. Im übrigen erklären sie sich gegen jede Kommissionsbehandlung, um bei den Arbeitern nicht falsche Hoffnungen zu erwecken.

Am Montag beschäftigte sich eine Versammlung der betreffenden Branche des Sattlerverbandes mit dieser Angelegenheit. Es wurde allgemein bekräftigt, an den minimalen Forderungen festzuhalten. Die Konjunktur sei durchaus nicht so schlecht, wie sie von den Fabrikanten gemalt werde, das beweise die volle Beschäftigung der Arbeiter und die vielen Ueberstunden in einer Reihe von Betrieben. Bezüglich der süddeutschen Konkurrenz führte ein Redner aus: Er habe unlängst bei einem Thüringer Fabrikanten gearbeitet. Dieser beschäftigte wenig Gehilfen, dafür aber viel Lehrlinge und noch viel mehr Mädchen, welche den jämmerlichen Lohn von 5 bis 6 M. pro Woche erhalten. Lohnausbesserungen aber lehnte der Mann ab, indem er sich auf die Konkurrenz der Berliner Fabrikanten berief. Dieses Beispiel beweise zur Genüge, was man von dem Konkurrenz-Roschrei zu halten habe. Es seien dieselben Aussprüche wie vor zwei Jahren, nur daß die Antwort in eine etwas höflichere Form gekleidet ist.

Zur einstimmigen Annahme gelangte schließlich eine Resolution, durch welche die Lohnkommission beauftragt wurde, die Fabrikanten nochmals zu einer Besprechung einzuladen. Bei Ablehnung derselben soll das Einigungsamt angerufen werden. Falls auch dieser Schritt ergebnislos bleibt, so behält sich eine spätere Branchenversammlung die notwendige Entscheidung vor. — Der Vorsitzende teilte noch mit, daß die Tischler usw. diesmal auf ernstere Differenzen mit den Fabrikanten gefaßt seien, und daher schon jetzt der Hauptvorstand des Verbandes wie auch die Berliner Gewerkschaftskommission von dem gegenwärtigen Stand der Dinge unterrichtet sei.

Der Arbeitsnachweis der Metallindustriellen, das sogenannte „Schwarze Kabinett“ in der Gartenstraße, ist nachgerade zu einem gemeinschaftlichen Unternehmer-Institut geworden. Kürzlich wurde ein Arbeiter, der seit 10 Monaten auf einem größeren Elektrizitätswerk im Norden der Stadt beschäftigt war, von seinem Meister entlassen. Da man ihm widerrechtlich den Lohn für mehrere Stunden verweigerte, so verlagte er die Firma bei dem Gewerbegericht. Kurz vor dem Termin wartete ihn der Vertreter der Firma ab und erklärte ihm, es würde wohl sicher nicht zu seinem Vorteil ausfallen, daß er wegen solch paar Pfennigen die Angelegenheit eingeleitet habe. Der Termin wurde dann umhänfshalber vertagt. Inzwischen hatte der Arbeiter in einer anderen Fabrik Arbeit bekommen und ging nach dem Arbeitsnachweis der Kabinett-Kammer, um sich den erforderlichen Handschein zu holen. Derselbe wurde ihm jedoch verweigert. Nach dreimaligem Vorfragen mußte er dann zu dem Geschäftsführer Hauptmann a. D. Kleffel hinauf, der ihm ein Schreiben der von ihm beklagten Firma vorlas, laut dessen er wegen angeblicher Beleidigung seines früheren Meisters in die schwarze Liste eingetragen war. Auf die Bemerkung des Arbeiters, daß der Meister ihn durch seine fort-

währenden großen Schimpereien doch ungleich stärker beleidigt habe, als er den Meister, bekam er schließlich den Handschein mit dem Bemerkung, er möge sich versehen, daß in Zukunft keine Klagen mehr über ihn einlaufen, sonst würde ihm der Handschein dauernd verweigert werden. Durch diese mehrfache Scherelei auf dem Arbeitsnachweise war die dem Arbeiter angebotene Stelle in der zweiten Fabrik aber bereits anderweitig besetzt worden, und so mußte ihm der mit Akkord und Akkord erhaltene Handschein wieder nichts. Die Familie des Arbeiters mußte eben weiter darben. Letzterer hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die wiederholte Verweigerung des Scheins seinerseits ihre Ursache in der Differenz mit dem Meister hatte, als vielmehr darin, daß er sein Recht bei dem Gewerbegericht suchte.

So dient dieser berüchtigte Arbeitsnachweis nicht nur dazu, die Arbeiter wegen der Ausübung ihres Koalitionsrechtes zu verfechten, sondern auch das Klagerrecht wegen willkürlich vorenthaltenen Lohnes soll ihnen durch Anwendung der Hungerperestroika verleidet werden. An den Früchten dieser Art von Arbeiterbeleidigung werden die Unternehmer sich selber den Magen verderben.

Deutsches Reich.

Ausperrung auf der Werft des Bremer „Sultan“ in Begegnung. Wie die „Bremer Bürger-Zeitung“ mitteilt, hat die Direktion des Bremer „Sultan“ 500 Arbeiter ausgesperrt. Die Ursache dieser Aussperrung sind nicht etwa Konflikte aus dem Arbeitsverhältnis, sondern die brutale Maßregel erfolgte, weil die Arbeiter eine Pflicht der Weidat ausüben wollten. Sie wollten der Verdrängung eines ihrer Kameraden beiwohnen, aber die Direktion gewährte nur einem Teil der Arbeiter die freie Zeit dazu. Ungeachtet dessen beteiligten sich sämtliche Arbeiter an der Verdrängung und die Folge war, daß sie insgesamt auf 5 Tage ausgesperrt wurden. Nur diejenigen, welche Erlaubnis zur Teilnahme an der Verdrängung hatten, sollten weiter arbeiten. Diese erklärten sich aber mit den ausgesperrten solidarisch. — Da die Direktion den Arbeiter volle fünf Tage lang die Fabrik verbot, also aus eignen Antrieben die Arbeit ruhen ließ, so kam die Verweigerung des Urlaubs zur Verdrängung keinesfalls in notwendigen Mächtigkeiten auf den Betrieb zu haben sein. Es sollte also einzig und allein der brutale Herrschaftspunkt gewahrt werden.

Holzarbeiter. In der Holzbearbeitungsfabrik von S. Salge in Grabow bei Stettin sind Differenzen ausgebrochen wegen Lohnherabsetzung und Maßregelung. Am 6. d. M. wurden sämtliche Drechsler, Tischler und Maschinenarbeiter des genannten Betriebes die Arbeit niederlegen. Um Herabhaltung des Lohnes ersucht die Zahlstelle Grabow a. D. des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Ein Streit der Schmiede ist — wie uns ein Privattelegramm meldet — in der Süddeutschen Waggonfabrik in Kellertbach (Hessen) ausgebrochen. Zugun ist ferngehalten.

Achtung, Glasarbeiter. In der Glasfabrik Niecklein (Oberbayern) sind Differenzen ausgebrochen, die zur Niederlegung der Arbeit führten. Unterhandlungen zur gütlichen Beilegung sollen bereits im Gange sein, doch ist Zugun ferngehalten.

Buchdruckerstreit zur Durchführung des Tarifs. In den beiden großen Buchdruckerbetrieben von Georg und Stenzen in Wachen ist ein Streit der Buchdruckergehilfen ausgebrochen, weil die Prinzipale sich weigern, sich der Tarifgemeinschaft anzuschließen und den vereinbarten Tarif zu zahlen.

Die Buchdrucker-Organisation in Wera (Ordnung des Verbandes) war vor längerer Zeit aus dem Weraer Gewerkschaftsverband ausgeschieden. Den Anlaß dazu boten Differenzen mit dem Kartell, die aus unbedeutenden Ursachen entstanden waren. Jetzt hat der Ortsverein der Weraer Buchdrucker beschlossen, dem Kartell wieder beizutreten.

Sociales.

Die Handlungsordnung der Heilstätte Berlin und unsere geistigen Bemerkungen dazu versehen die ehemals Stummische „Post“ in eine Art Interoffiziersdrucker, mit der wir natürlich nicht rechnen wollen. Jene Sorte Heilstätten, die einen Soldaten zuzug, den eigenen Stolz zu essen, ist moralisch gerade so viel wert, wie der Kerl, der auf unfreie Wohnung, mit armen Lungentranken wie Mensch mit Menschen zu verkehren, schreiben kann:

„Die maßlosesten Sozialdemokraten mit freundlichem Gespür zu beklammern, das wäre gerade so, als wenn man wilde Tiere mit Zucker zähmen wollte.“

Solche Burschen haben natürlich für Humanität und Menschlichkeit kein Verständnis und wir sind weit entfernt davon, ihnen gegenüber das nutzlose Mittel freundlichen Gespürs empfehlen zu wollen.

Das Wesen der Schulverhänmißstrafen.

In einem Strafprozeß wegen ungenügend entschuldigter Schulverhänmiß der Tochter des Angeklagten stark erkannte das Landgericht viel auf Einstellung des Verfahrens, weil Schulverhänmißstrafen keine kriminelle Strafen seien, sondern Erziehungsstrafen, die zur Erfüllung der Pflicht in der Zukunft anhalten sollten. — Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob das Urteil wieder auf und verwies die Sache zur materiellen Entscheidung an das Landgericht zurück. In Uebereinstimmung mit dem Reichsoberverwaltungsamt sind Schulverhänmißstrafen als kriminelle Strafen anzusehen.

Aus dem Zunkerparadiese.

Vor dem Schöffengericht in Gommern bei Magdeburg hatte sich die Frau eines Futterhändlers wegen Selbstschädigung zu verantworten. Ihr Mann arbeitete im Jahre 1901 bei dem Amtsrat S. Nieck in Kallitz im Kreise Jeridow l. Laut Anzeige des Herrn Amtsrates soll sie den Fußboden der Dienstwohnung ausgegraben und verfeuert haben. Der Fußboden bestand aus Ziefernknäpeln, die mit sehr verschmiert waren. Die Frau gab die That zu. Zur Entschuldigung sagte sie, daß sie in großer Not gewesen sei, da ihr Mann nur 8 Mark Wochenlohn bekommen habe.

Der angerichtete Schaden beträgt 4 bis 6 M., die Strafe der Frau 20 M.

Verfammlungen.

Der Verein der Zimmerer Berlins und der Umgegend hielt am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung ab, um über eine Umänderung der Beitragsleistung zu beraten. Der Vorstand beantragte hierzu, daß statt des bisherigen Wochenbeitrags von 40 Pf. für 21 in das Winterhalbjahr fallende Wochen ein Beitrag von 30 Pf. für die übrigen 31 Wochen des Jahres ein solcher von 50 Pf. eingeführt werde. Für das laufende Jahr sollte jedoch diese Beitragsleistung so geregelt werden, daß im Jahresdurchschnitt keine Erhöhung, sondern eine kleine Erniedrigung eingetreten wäre. Außerdem wurden noch acht verschiedene Anträge eingebracht, die teils eine Umänderung, teils die Beibehaltung der jetzt bestehenden Beitragsleistung bezweckten, teils auf eine Erhöhung des Eintrittsgeldes gerichtet waren. Nach langer Diskussion lebte die Versammlung jedoch mit 148 gegen 76 Stimmen jede Umänderung der Beitragsleistung ab. — Einstimmig erklärte sich die Generalversammlung mit der Ueberweisung von 2000 M. an die streitenden Zimmerer in Mästrin einverstanden. Dann wurde von dem Kartell-delegierten Wäslar die Frage einer Einigung der Lokalen und zentralen Gewerkschaften und die im „Vorwärts“ und der „Einigkeit“ geführte Polemik zur Sprache gebracht. Der Redner erklärte, daß die „Einigkeit“ sich ungeachtet und in einer Weise zu der Frage äußert habe, die für die betreffenden Organisationen nicht von Vorteil sei. Ebenso rügte der Geschäftsführer Fischer die ungeschickte Art der Polemik, wie sie von der Redaktion der „Einigkeit“ geführt wird. Was in der „Einigkeit“ ausgeführt worden sei, ent-

sprechend nicht der Meinung der Mitglieder. In der Sache selbst könne nichts unternommen werden, so lange man nicht wisse, was für Vorschläge zur Einigung gemacht würden. Diefen Ausführungen stimmte die Versammlung zu. Man nahm davon Abstand, einen besonderen Protest gegen die Polemik der „Einigkeit“ zu beschließen und überließ es dem Vorstand, in dieser Hinsicht die nötigen Schritte zu thun.

Centralverband der Zimmerer. Die Zahlstelle hielt am Sonntag im Gewerkschaftshause eine Delegiertenversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung entspann sich eine lebhafte Debatte darüber, ob diese Versammlung überhaupt kompetent sei, die Vorstandswahlen vorzunehmen. Seit dem 1. Oktober 1902 sind sämtliche Zahlstellen der Berliner Umgegend, soweit für sie gleichmäßige Lohn- und Arbeitsbedingungen gelten, zu einer einzigen Zahlstelle verschmolzen, die in 20 Bezirke eingeteilt ist. Jeder Bezirk wählt Delegierte, welche mindestens alle Vierteljahre zu einer Beratung zusammentreten und damit die früheren Generalversammlungen ersetzen. Ein Bezirk hatte jedoch Einspruch gegen die vorzunehmende Vorstandswahl erhoben, weil er nur eine öffentliche Mitglieder-Versammlung hierin für zuständig hielt. Die Delegierten erklärten sich aber auf Grund des angenommenen Regulativs auch zur Vornahme der Vorstandswahl kompetent. Hierauf gab Kube den Hakenbericht vom 4. Quartal v. J. Einnahme und Ausgabe balanzieren in der Summe von 50 316,97 M., der Bestand der Lokalkasse beträgt 39 451,32 M. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. — Wegen der vorgerückten Zeit mußte die Errichtung des Vorstandsberichts vertagt werden. Die abgelaufenen vorgeschlagenen Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: An Stelle des von der Provinzialkonferenz zum Geleitern bestimmten Kollegen Knäuper wurde Witt als erster Vorsitzender und an Stelle des in der Generalkommission tätigen Kassierers Kube wurde Welfso als erster Kassierer gewählt. Sodann wurden gewählt: Reimann als erster Schriftführer, Schulze als zweiter Vorsitzender, Kube, dessen Mitwirkung im Vorstande auch weiterhin allseitig gewünscht wurde, als zweiter Kassierer, Siegmann als zweiter Schriftführer, als Revisoren Bergels, Kirchhoff und Behr-Kirchdorf und als Kontrollreue Sommer und Schönborn. Die übrigen Wahlen wurden ebenfalls vertagt.

Eine öffentliche Stuccateur-Versammlung, die am Montag im Frankes Festsaal tagte, beschäftigte sich mit dem Thema: Unsere wirtschaftliche Lage und wer ist berufen, unsere Interessen zu vertreten? Kube, der das einleitende Referat hielt, führte aus, daß die Freie Vereinigung der Stuccateure, mit der die Arbeiter seiner Zeit die Tarifvereinbarungen getroffen haben, nicht berufen noch im Stande sei, die Interessen der Stuccateure Berlins zu vertreten. Schon im vorigen Jahre hat eine öffentliche Stuccateur-Versammlung erklärt, daß dies Aufgabe der Filiale des Centralverbandes sei, und wurde dieser aufgetragen, eine einheitliche Grundlage für den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Der Vorstand der Filiale hat nun, da die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dringender einer Regelung bedürfen, einen Tarifentwurf ausgearbeitet. Von der Forderung, die Accordarbeit gänzlich abzuschaffen, mußte aus Rücksicht auf die Feinde im eigenen Lager Abstand genommen werden. Am auch die Werkschreiber in die Lohnbewegung einzubeziehen, hat die Filiale eine Werkschreiberenquete veranlaßt. Von den 300 verhandelt Begehrten ist leider ein Teil nicht an die Arbeiter gelangt und nachschicklich seitens der Firmen unterschlagen worden. Nur 47 Werkschreiber haben die Fragen beantwortet. Fast alle äußerten sich für Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden — jezt wird in den Werkschreibern noch 9 bis 10 Stunden gearbeitet —, für Erhöhung der Löhne und gegen die Zulassung der Accordarbeit. Der Redner ging dann auf einzelne Forderungen des Tarifentwurfs ein. Mit der gründlichen Beratung des Entwurfs soll in der am 10. Februar stattfindenden Mitgliederversammlung der Filiale begonnen werden. In der Diskussion befaßten sich noch mehrere Redner mit der Freien Vereinigung und äußerten sich im Sinne des Referenten. Diese Organisation, deren Leiter sich als berufenen Vertreter der Berliner Stuccateure aussprachen, war besonders zu der Versammlung eingeladen worden, aber nicht durch ein einziges Mitglied vertreten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die öffentliche Versammlung der Stuccateure Berlins hält die Filiale Berlin des Centralverbandes der Stuccateure Deutschlands für die berufene Organisation, die in der diesjährigen Lohnbewegung unsere wirtschaftlichen Interessen zu vertreten hat. Die Versammlung erbt in den heute entwickelten Grundzügen das Ziel, nach welchem in diesem Frühjahr den Unternehmern unsere Forderungen zu unterbreiten sind, und erwartet demzufolge von allen Mäglgen, daß sie sich dieser Verbandsorganisation anschließen, um maßvoll und geschloffen für Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage rechtzeitig einzutreten zu können.“

Als Delegierten zum diesjährigen Ganarbeiterkongress wählte die Versammlung Wilhelm Schulz.

Groß-Vichtersfeld. In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins wurden in den Vorstand neu resp. wiedergewählt: P. Hoff, Vorsitzender; K. Vorheimer, stellvertretender Vorsitzender; S. Senf, Kassierer und F. Weisen-Kerling, Schriftführer. An Stelle des Bibliothekars wurde als stellvertretender Kassierer, welcher auch die Geschäfte der Bibliothek zu versehen hat, H. Lehmann gewählt; zu Revisoren A. Engel und Reiche; in die Lokalkommission Aloß und Theunig. Der Mitgliederstand beläuft sich auf 177 gegen 161 im Vorjahre; in der Generalversammlung neu aufgenommen wurden noch 5 Parteigenossen. Das Durchschnittsalter der Mitglieder beträgt 32 1/2 Jahre. Die Einnahmen erhöhten sich im letzten Geschäftsjahre um 29,03 M. gegen das Vorjahr und beliefen sich auf 454 M. Die Ausgaben am Ort betragen 123,31 M., während 515,76 M. an den Centralvorstand abgeliefert wurden. Bestand 12,57 M.

Ueber Schöneweide. Am Mittwoch hielt der Wahlverein Hierselbst eine gut besuchte Versammlung ab, in der Herr Schütte einen Vortrag über: „Zwei Lockfische“ hielt. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen, doch hatten die meisten Anwesenden erwartet, Redner würde mehr auf die letzten Ereignisse eingehen. — Aufgenommen wurden 22 Mitglieder.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

50 Proz. Dividende.

Hannover, 3. Februar. (B. I. B.) Der Aufsichtsrat der Continental Caoutchouc und Guttapercha Co. beschloß, der am 30. März stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 50 Proz. gegen 45 Proz. im Vorjahre vorzuschlagen.

Dynamit-Explosion.

Budapest, 3. Februar. In der Ortschaft Sztrasso im Trentiner Komitat explodierte infolge Unvorsichtigkeit im Hause eines Steinbruchs-Arbeiters eine Schachtel mit drei Kilogramm Dynamit. Das Haus wurde vollständig zerstört und im Umkreise von 100 Meter sämtliche Fenster demoliert. Zwei im Hause wohnende Arbeiter wurden getötet.

Glasarbeiter-Streit in Sicht.

Charleroi, 3. Februar. (B. G.) Ein neuer Ausstand der Glasarbeiter steht bevor. Die Glasfabriken von Marimont haben durch Maueranschläge bekannt gemacht, daß vom 1. Februar ab eine Lohnherabsetzung von 15 Proz. erfolgen soll. Falls die Bedingungen nicht angenommen werden sollten, würden die Fabriken vom 1. März geschlossen werden. Da diese Bedingungen von den Arbeitern nicht acceptiert werden, ist ein Streit unausweichlich.

Stuttgart, 3. Februar. (B. I. B.) Die Kammer der Abgeordneten nahm die Volkshul-Novelle nach Ablehnung der sozialdemokratischen und demokratischen Anträge nach dem Reglerungsentwurf an, welcher auf der geistlichen Erbschaftsaufsicht festhält.

Reichstag.

240. Sitzung, Dienstag, den 3. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Pasadowski.

Vizepräsident Graf Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung und läßt daran folgende Mitteilungen: Se. Majestät der Kaiser hat dem Reichstag als Geschenk zu überreichen geruht eine Gegenüberstellung der englischen und der deutschen Vinienschniffe, Panzerkreuzer und Panzerdeckkreuzer mit den Unterabteilungen: in der Heimat, im Mittelmeer, im Auslande, Reserve. Ich werde Seiner Majestät dem Kaiser den Dank des Reichstages abstellen. Die unter Glas und Rahmen befindlichen Darstellungen werde ich im Auktionsraum der Wandelhalle zur Ansicht der Herren ausstellen lassen.

Am 1. d. M. ist im Alter von beinahe 86 Jahren der Staatsminister Dr. von Delbrück entschlafen. Er war einer der letzten Begründer des Deutschen Reiches, und mit ihm ist der letzte der großen Männer aus jener großen Epoche von uns geschieden. Meine Herren! Sie haben sich nun Gedächtnis des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich stelle das hiernit fest.

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein: Zweite Beratung des Etats, und zwar zunächst des Etats des Reichstages.

Abg. Dr. Pasquide (fr. Bg.):

Die Bemerkungen, die ich zu machen habe, beziehen sich zunächst auf die Geschäftsordnung. Ich will dabei nicht auf den materiellen Inhalt der Geschäftsordnung eingehen, nicht schildern, wie die Deputierten die Verfassung des Reichstages verstanden haben und wie Männer von juristischem Gewissen die Verlegungen der Geschäftsordnung beurteilt haben. Ich habe lediglich im Auge die Veranstaltung einer Ausgabe unserer Geschäftsordnung, die mehr enthält als die bloßen Paragraphen. Wir schenken nicht etwa ein Kommentar unserer Geschäftsordnung vor, wohl aber Anmerkungen zu den einzelnen Paragraphen, Hinweise auf Verhandlungen, Beschlüsse des Hauses usw. Man könnte dabei das schon vorhandene Handexemplar des Präsidenten benutzen, es vielleicht mit einigen Erweiterungen vervielfältigen. Im Bureau des Reichstages werden ja schon jetzt alle einschlägigen Vorgänge mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Eine gänzlich Revision unserer Geschäftsordnung wird sich ja auf die Dauer nicht vermeiden lassen. Für eine solche wird die von mir gewünschte Ausgabe die passendste Unterlage sein. So wird man ja dem Präsidenten auf die Dauer nicht Befugnisse lassen können, die in ihrer Handhabung den Reichstag auf das Niveau einer Volksversammlung bringen müssen. Eine solche Ausgabe könnte sich auswaschen zu einem Handbuch der parlamentarischen Praxis, wie es in England besteht.

Weiter komme ich auf die Praxis der Eisenbahnen und Eisenbahnbeamten gegenüber den Reichstags-Abgeordneten. Vielfach stehen Eisenbahnbeamte, besonders Unterbeamte, den Freiheiten der Abgeordneten mit völliger Verachtung und Unhöflichkeit gegenüber. Besonders die Handhabung der Gepäckförderung verursacht den Beamten oft Verlegenheiten. Von Seiten der beteiligten Verwaltungen sollte die Aufmerksamkeit der Eisenbahnbeamten erneut auf diese Verhältnisse gelenkt werden, etwa durch einen Erlaß, der ihnen die Befolgung der vorhandenen Vorschriften nochmals einschärft. Das Privileg freier Reise der Abgeordneten zwischen dem Wohnort und Berlin ist ein so dürftiges und kümmerliches, daß man sich die Ausübung dieses Privilegs nicht auch noch erschweren lassen sollte.

Abg. Singer (Zoc.):

Was die Anregung des Herrn Vorredners betrifft, so kann ich nur wünschen, daß dieser Reichstag nicht eine Revision der Geschäftsordnung vornimmt. Denn bei dieser Mehrheit kann die Geschäftsordnung nur verschlechtert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das einzige, was ich beifügen möchte, ist, daß diese Geschäftsordnung neu gedruckt wird, damit sie ein dauerndes Denkmal für die glorreiche Tätigkeit der Reichstagsmehrheit auf diesem Gebiete bildet. Neben der Behandlung von Seiten der Eisenbahnbeamten haben wir unfruchtbar keine Klage zu führen. Im Gegenteil, ich habe mich manchmal gewünscht, wie bereitwillig die Leute sich einfach damit begnügen, daß sie die Karten zu sehen bekommen. Was ich wünsche, wäre nur, daß die Abgeordneten endlich freie Fahrt auf allen Bahnen des Reiches bekommen, damit sie z. B. die Lokalitäten, für die sie Millionen bewilligen sollen, vorher selbst in Augenschein nehmen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Redner tritt des weiteren dafür ein, daß die Hilfsbeamten des Reichstages, welche nur für die Dauer der Session angeheilt sind, für die Zeit, wo der Reichstag nicht tagt, eine Art Wartegeld bekommen, da es diesen Beamten sehr schwer sei, im Sommer eine andre Beschäftigung zu finden.

Weiter möchte ich hinweisen auf den dritten Teil der Verfügung des Präsidenten vom 7. Dezember der vorigen Jahres über die Aufrechterhaltung der Ordnung im Reichstage. Danach dürfen Personen, die einen Abgeordneten zu sprechen wünschen, den Reichstag nur dann betreten, wenn sie eine Legitimation von dem betreffenden Abgeordneten haben. Die Konsequenz dieser Verfügung ist der Abschluß der Abgeordneten vom Verkehr. Sie führt zu ganz unzulässigen Zuständen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte den Präsidenten, diesen Teil der Verfügung, der geradezu eine Quarantäne für die Abgeordneten anordnet (Weiterleit.), aufzuheben und Vorkehrungen zu treffen, wonach den betreffenden Personen der Eintritt in das Reichstagsgebäude ermöglicht und es der Entscheidung des Abgeordneten überlassen wird, ob er jemand empfangen will oder nicht. Auch für dringende Fälle im Geschäft oder in der Familie eines Abgeordneten ist das notwendig. Die Verfügung ist erlassen aus Anlaß der außerordentlichen Vorgänge im Dezember, die zu einem Ansturm auf die Tribünen führten. Heute haben aber gewiß alle Parteien ein Interesse daran, daß dieser Teil der Verfügung aufgehoben wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Vachem (C.):

Die Verfügung des Präsidenten vom 7. Dezember d. J. war durch die damaligen außergewöhnlichen Verhältnisse vollkommen gerechtfertigt. Der durch die Sensationslust des Publikums hervorgerufene ungeordnete Andrang zu den Tribünen hat damals die Abgeordneten in ihrer Bewegungsfreiheit empfindlich beeinträchtigt. Die Verfügung hat nach meiner Erfahrung jene unangenehmen Erscheinungen, von denen Abg. Singer sprach, nicht gerettet. (Zust. bei den Sozialdemokraten: Doch!) Da aber Kollege Singer diese Beschränkung vorgebracht hat, so wird der Präsident gewiß gerne bereit sein, die damalige Verfügung noch einmal zu revidieren, um etwaigen Mängeln abzuhelfen.

Was die unteren Beamten des Reichstages anlangt, so kann ich Herrn Singer darin bestätigen, daß auch wir ein Interesse daran haben, die alten Beamten zu erhalten. Ich wünsche auch, daß ein Weg gefunden werde, der die bisher in der That nicht befriedigende Stellung dieser Beamten etwas verbesserte. Die Befehle des Herrn Dr. Pasquide über die Eisenbahnbeamten beruht wohl nur auf einem ganz vereinzelten Fall. Der Behauptung des Herrn Singer, daß die Minderheit durch Änderungen der Geschäftsordnung verungünstigt worden sei, muß ich entschieden widersprechen. (Lachen bei den Sozialdem.) Auch die Beschränkung der Redezeit zur Geschäftsordnung bedeutet

keine Beschränkung der Minderheit; sie sollte nur Mißbräuche der Geschäftsordnung zur Vergeßlichkeit der Majorität abwenden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die neuen Bestimmungen entsprechen lediglich dem Sinne und Geiste der Geschäftsordnung. Änderungen, welche wie diese den Zweck haben, einen sachlichen Fortgang unserer Verhandlungen zu sichern, werden wir stets begrüßen. Die einzige Bestimmung, die neu in der Geschäftsordnung ist, ist die, daß der Präsident nicht mehr verpflichtet ist, einem jeden Mitgliede des Hauses das Wort zur Geschäftsordnung zu geben. Dieser aber hat der Herr Präsident eine Änderung seiner Machtbefugnisse noch niemals ausgenutzt (Große Ironie und lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn er bei bestimmter Veranlassung das Wort nicht erteilt hat, so geschah dies in Uebereinstimmung mit der Ansicht der übergroßen Mehrheit dieses Hauses, weil sonst eine geordnete Weiterführung der Geschäfte nicht möglich gewesen wäre.

Abg. Singer (Zoc.):

Herr Vachem hat seine Behauptung, daß der Präsident niemals von seiner Befugnis, das Wort nicht zu erteilen, Gebrauch gemacht habe, auf einen Jurist nachher dahin eingeschränkt, wenn er es gethan hat, dann hat er es nach Ansicht der Mehrheit mit Recht gethan. Es ist ihm da ein Wort entfallen, welches den gegenwärtigen Zustand so recht kennzeichnet. Das ist das Malheur, daß wir jetzt einen Präsidenten der Mehrheit haben, während wir früher einen Präsidenten des Reichstages hatten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sämtliche Herren Präsidenten haben von ihrer Befugnis meinem Freunde Vebel und mir gegenüber Gebrauch gemacht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also das Gegenteil von dem ist wahr, was Herr Vachem behauptete. Die beschlossenen Änderungen der Geschäftsordnung sind nicht durch das Verfahren der Minorität erzwungen, sondern durch den Willen der Majorität, die Redefreiheit einzuschränken, um zu dem erstrebten Ziele des Jolltarifs möglichst bald zu gelangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das muß um so öfter festgesetzt werden, als gerade Herr Vachem immer versucht, die Schuld von seiner Partei abzuwälzen. Wir wollen doch über lex Vachem und lex Gröber nicht vergessen, daß die Mehrheit noch ganz andre Vergewaltigungen der Minderheit verübt hat durch ihre sinnlose und geschwätzte Auslegung der Geschäftsordnung. Seien Sie doch die Auffassung der Juristen über den Antrag Kardorff, das, was ein Visz z. B. darüber geschrieben hat, der doch gewiß nicht im Verdacht steht, Sozialdemokrat zu sein. Mein Wunsch also, daß die neue Geschäftsordnung als Denkmal dafür neu gedruckt werde, was eine Parlamentsmajorität, wenn es sich um Erreichung materieller Ziele handelt, fähig ist zu leisten, war durchaus gerechtfertigt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

(Der Reichskanzler Graf Bülow ist inzwischen im Saale erschienen.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Zul.): Wie mühsam auch die lex Vachem und die Jolltarif-Redezeit war, die neue Bestimmung, daß der Präsident auch einem Abgeordneten das Wort zur Geschäftsordnung versagen darf, muß jedenfalls beseitigt werden, denn allwissend ist der Präsident nicht, er kann nicht wissen, was ein Abgeordneter sagen will.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bg.) ermahnt den Präsidenten um Nachprüfung, ob die Meldung richtig sei, daß während der Jolltarif-Verhandlungen 15 Reichstags-Diener, die gerade am Schwersten zu thun hätten, die den übrigen Dienern gewährten Extradiäten von zwei Mark pro Tag nicht erhalten hätten. Redner tritt weiter für Besserstellung der antiken Stenographen, von denen einige immer noch nicht etatsmäßig angestellt seien, ein. Den Beisitzer über die Abperrung der Abgeordneten von der Außenwelt kann ich mich nur anschließen. Auch die Restaurationsverhältnisse sind trotz der wiederholten Klagen noch immer nicht genügend.

Abg. Ledebour (Zoc.):

Es ist begreiflich, daß Dr. Vachem und seine Freunde unter der vom Abg. Singer erwähnten Verfügung nicht so sehr leiden, wie diejenigen Parteien, die in Berlin vertreten sind. Jene Verfügung schafft zweifelhafte Zustände, die der Abgeordneten unzulässig sind. Ich möchte weiter darauf hinweisen, daß unbedingt die Schreibgelegenheiten in den für die Abgeordneten bestimmten Mannschaften vermehrt werden müssen. In normalen Zeiten, wenn nur 30 bis 40 Abgeordnete hier anwesend sind (Weiterleit.), mögen ja die vorhandenen Schreibzimmer genügen, bei etwas härteren Besuch aber findet man alle besetzt. Weiter möchte ich darauf aufmerksam, daß der Teppich im Sitzungssaal niemals aufgerollt und geklopft werden kann. Was würde wohl ein Arzt oder ein Hygieniker zu diesem Zustande sagen! Vielleicht läßt sich ein Einleuchtentisch mit Plümtelange anbringen. Redner weist ferner auf die elektrische Beleuchtung des Sitzungssaales hin, das blendende Licht verursacht manchem Abgeordneten Augenmerzen. Die Restaurationsräume für die Abgeordneten, die auch vielfach getadelt worden sind, sind noch geradezu Gold gegenüber dem Restaurationsraum für die Presse. Es giebt dort nur einige wenige Gerichte à la carte, die, wie mir berichtet ist, meistens lauwarm sind. Der Mann selbst ist des Reichstages direkt unwürdig; es ist ein kleiner enger Raum, in dem eine große Anzahl von Herren, die hier angestrengt beschäftigt sind, event. ihre Mahlzeit einnehmen müssen. Der Raum hat den Weinamen Ententeich bekommen. (Weiterleit.) Nicht um irgend welche idealen Beziehungen zur Schloßkammer auszudrücken, sondern weil der Kaiser sich den Saal gemacht hat, Enten an die Wände als Dekoration zu malen. (Weiterleit.) Es muß ein würdiger Restaurationsraum für die Presse geschaffen und weiter auf den Restaurationsraum eingewirkt werden, daß er den Journalisten daselbst Essen giebt, wie den Abgeordneten. Auf den verbotenen Zugang durch den Tiergarten zum Reichstag hat schon Herr Gamp im vorigen Jahre hingewiesen. Trotzdem er ein einflussreiches Mitglied der Rechten ist (Weiterleit.), ist nichts geschehen. Wenn aber vielleicht einmal ein Prinz, der nur alle zehn Jahre einmal in den Reichstag kommt, Ihnen einen solchen Wunsch äußerte, wäre die Sache am folgenden Tage gemacht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) — Prinz Heinrich ist inzwischen in der Postloge erschienen, wohin sich zu einer Begrüßung alsbald der Vizepräsident Graf Stolberg begibt.)

Abg. Dr. Pasquide (fr. Bg.): Auch ich möchte empfehlen, daß den Unterbeamten des Reichstages für die Zeit, in der keine Sitzungen stattfinden, irgend eine Subvention gewährt wird. Die Änderung der Geschäftsordnung, wonach der Präsident nach freiem Ermessen das Wort zur Geschäftsordnung erteilen oder verweigern kann, ist geradezu ungeheuerlich. Aber freilich, die Nothwehr erzwang diese Geschäftsordnungs-Änderungen, um den Jolltarif ohne jede wirkliche Specialberatung durchzuführen. Eine staatsrechtliche Autorität wie Professor Laband hat das Vorgehen (zur Mehrheit) als geschäftsordnungs-widrig und ungerecht gebrandmarkt. (Große Ironie und Gelächter bei der Mehrheit.) Dies Brandmalhafte auf der Mehrheit! (Höhnisches Gelächter rechts.)

Abg. Dr. Spahn (C.) weist darauf hin, daß der Reichstag in Bezug auf die etatsmäßige Anstellung seiner Beamten denselben gesetzlichen Bedingungen unterliege, wie jede andre Behörde.

Vizepräsident Bülow: Das Präsidium wird alle geäußerten Wünsche und Anregungen in Erwägung ziehen.

Abg. Vech-Roburg (fr. Bg.) äußert Wünsche in Bezug auf die Aufständigung des Reichstags-Gebäudes, deren langsame Fortgang er tadelt. Der Reichstag sieht jetzt aus wie ein Zeughaus. (Weiterleit.) Beim Portal II sind ganz im Dunkeln eine Anzahl von Statuen verflochten überführt oder Herrscher angebracht, die niemand erkennen kann. Sie wirken dort wie Statisten. (Weiterleit.)

Abg. Dr. Dertel (L.): Es ist hier nicht der Ort zu künstlerischen Urteilen über das Reichstags-Gebäude. Ich finde nicht, daß es wie ein Zeughaus aussieht, sondern wie ein monumentaler Bau, mit dem die Volksoberleitung zufrieden sein kann. Der Herr Vorredner hat es bemängelt, daß Herr Bülow in Uniform vor den Reichstag gestellt ist. Wir haben den Herrn Reichskanzler Herr Bülow nie anders kennen gelernt als in der Uniform eines preussischen Generals. Herr Vebel hat sich weiter über die verflochtenen Herrscher bei Portal II aufgehalten. Ich weiß nicht, ob er vielleicht dort lieber die Standbilder lebender bedeutender Parlamentarier aufgestellt wissen will. (Große Heiterkeit.)

Abg. Vech-Roburg (fr. Bg.): Mit Fiedelhaube und Säbel haben wir doch wohl den Herrn Bülow hier nie gesehen. (Große Heiterkeit), so aber ist er vor den Reichstag gestellt.

Der Etat des Reichstages wird hierauf bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichskanzlers.

In den fortdauernden Ausgaben Titel I liegt ein Antrag Dr. Barth (fr. Bg.), Dr. Müller-Sagan (fr. Bg.) vor, die Regierung zu ersuchen, sie möge dem Reichstage alsbald einen Gesetzentwurf betreffend die Neu-Einteilung der Reichstags-Wahlkreise unter Berücksichtigung der seit Gründung des Deutschen Reiches erfolgten Verschiebung der Bevölkerung vorlegen.

Abg. Dr. Spahn (C.): Der Reichstag hat im Laufe dieser Legislaturperiode verschiedene Anträge mit großer Majorität angenommen. Einen davon, dem Antrag zur Sicherung des Wahlgheimnisses, hat jetzt zu unsrer Freude der Bundesrat seine Zustimmung erteilt. Im jeden Verdacht der Beschränkung zu zerstreuen, wäre es sehr erwünscht, wenn auch bestimmte Vorschriften über Größe und Gewicht der Wahlzettel in das neue Reglement aufgenommen würden. (Zehnfaches Bravo im Centrum, sehr richtig! links.) Es liegen aber auch noch andre Beschlüsse des Reichstages vor, über die wir bisher keine Auskunft erhalten haben, so über die Diätenvorlage und die Anträge Dompesch und Limburg-Stürum betreffend Aufhebung des Jesuitengesetzes. Der Gewährung von Diäten wird sich die Regierung nicht mehr entziehen können, nachdem von höchster Stelle der Ruf nach Arbeitervereinen ergangen ist. Eine Aenderung zum Jesuitengesetz hat uns Graf Pasadowski bereits im vorigen Jahre zugelegt. Wie widersinnig dieses Ausnahmegesetz ist, geht daraus hervor, daß ein Jesuit, dem der Kaiser für seine Verdienste um das religiöse Wohl der deutschen Krone in China eine China-Denkmalstätte verliehen hatte, zur Empfangnahme der Münze auf ein Schiff gebeten werden mußte. Hätte der Kaiser ihn auf deutschem Boden dekoriert wollen, so wäre er über das Jesuitengesetz gefallen. (Hört! hört! im Centrum.)

Reichskanzler Graf Bülow:

Der Herr Vorredner hat die Diätenfrage berührt und hat für den Antrag des Reichstages auf Zahlung von Anwesenheitsgeldeu namentlich praktische Gesichtspunkte angeführt, wie die Erleichterung der Auswahl geeigneter Kandidaten, einen stärkeren Besuch der Reichstagsitzungen und damit eine Förderung der parlamentarischen Geschäfte. Ich habe gegenüber einzelnen Mitgliedern dieses hohen Hauses keinen Zweifel darüber gelassen, und will auch hier gern bekennen, daß ich mich diesen Zweckmäßigkeitserwägungen nicht verschließen (Hört! hört! links), ihnen vielmehr erheblichen Wert beimesse, wenn auch nach den in den andern Parlamenten gemachten Erfahrungen der Erfolg der Maßnahme nicht ganz sicher erscheint. Aber auch, wenn ich von der unbedingten Nützlichkeit der Gewährung von Diäten völlig überzeugt wäre, so sehe ich dieser Frage doch gegenüber als oberster Reichsbeamter, der über die Interessen und Anschauungen der verbündeten Regierungen nicht weggehen kann, jündern ihnen entsprechend seine Haltung einzurichten hat. Der Reichstag des Reichstages vom 9. oder 10. November 1901 fordert die Aenderung eines Artikels der Reichsverfassung, welchem von den Schöpfern der Reichsverfassung besonderes Gewicht beilegt wurde. Ich brauche hier auf die Geschichte des Artikels 82 der Reichsverfassung nicht näher einzugehen. Wir alle wissen, daß die Diätenlosigkeit als notwendiges Korrelat der Vorschrift des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechtes gedacht war, und wenn auch die Ansicht von der Zweckmäßigkeit der Diäten im Laufe der letzten Jahre sicherlich an Boden gewonnen hat, so vertreten doch auch heute noch zahlreiche Anhänger von zweifellos nationaler Gesinnung grundsätzliche Standpunkte, daß eine Ausbreitung der Diäten ohne den Ausgleich einer Aenderung des Wahlrechtes nicht zu gewähren sei. (Sehr richtig! rechts.) Also z. B. der Einführung einer Altersgrenze für das aktive Wahlrecht oder einer Wahlfrist. Alles Vorstehende, das meines Erachtens auf eine Mehrheit in diesem hohen Hause laun zu rechnen haben werden. Ferner bedenken Sie auch, daß die verbündeten Fürsten beim Abschluß des Bundes zu Gunsten der Reichseinheit auf wertvolle Rechte verzichtet haben. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, wenn die Regierung für eine Maßnahme, welche zweifellos, namentlich im Hinblick auf die Einführung der Reichsverfassung, eine itegehende Aenderung der Reichsverfassung bedeutet, keine große ist. Ebenso zweifellos ist es, daß jede Aenderung der Reichsverfassung gründlichster Prüfung bedarf, wie denn überhaupt einschneidende grundsätzliche Verfassungsfragen nicht ohne die zwingendsten Umstände ausgetragen werden müssen. Aus diesen Gründen bin ich heute noch mit in der Lage, die Zustimmung des Bundesrats zu dem Beschluß dieses hohen Hauses wegen Gewährung von Anwesenheitsgeldeu auszusprechen zu können.

Was nun die Anträge der Herren Grafen Dompesch und Grafen Limburg-Stürum angeht, so habe ich das Nachstehende zu sagen. Die Zulassung aller Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu dürfte aus den Gründen, die den Erlaß des Gesetzes vom 4. Juli 1872 herbeigeführt haben, die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht finden. Dagegen bin ich der Ansicht, daß die konfessionellen Verhältnisse innerhalb des Deutschen Reiches es nicht länger notwendig erscheinen lassen, einzelne deutsche Staatsbürger deswegen, weil sie der Gesellschaft Jesu angehören, unter ein Ausnahmegesetz zu stellen oder gegenüber solchen Angehörigen dieses Ordens besondere Ausnahmegesetze zu verhängen. Ich glaube vielmehr, daß die allgemeinen Reichs- und Staatsgesetze genügen werden, um den kirchlichen Frieden zwischen den beiden christlichen Bekenntnissen zu sichern. In diesem Sinne werde ich, so weit ich Einspruch auf die Instruktionen der preussischen Stimmen im Bundesrat habe, zu den vorliegenden Initiativanträgen des Reichstages Stellung nehmen.

Abg. Dr. Spahn (C.): Wie im Centrum erachten es für recht und billig, daß das ganze Jesuitengesetz aufgehoben werde. (Sehr richtig! im C.) Trotzdem glaube ich im Namen des ganzen Reichstages dem Reichskanzler danken zu sollen, weil ein Beschluß, der vom Reichstag ist, die Zustimmung des Bundesrats finden soll. Besonders danke ich dem Reichskanzler für seine Erklärung namens der deutschen Katholiken. Freilich empfindet das katholische Volk das Jesuitengesetz als einen Dorn, der ihm erst dann völlig ausgezogen wird, wenn das ganze Gesetz aufgehoben wird. Aber hoffentlich ist die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes ein Anfang, denn in allen Bundesstaaten die Gewährung der vollen konfessionellen Parität und die Befreiung auch aller einzelstaatlichen Ausnahmegesetzungen folgt. (Beifall im C.)

Abg. Veffermann (nail.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dem angelegentlichsten Gesetzentwurf betr. die Sicherung des Wahlgheimnisses. Die Frage der Diätenbewilligung sei gerade jetzt vor den Neuwahlen spruchreif. Nach der heutigen Erklärung des Reichskanzlers sei die Bewilligung von Diäten ja in nicht allzu ferner

zu erwarten. (Widerspruch links.) Redner erörtert ferner die Frage der Wahlkreiseinteilung und die im Laufe der Jahre eingetretenen Verschiebungen. Er schließt damit, daß seine Partei es ablehne, sich auf den Boden des Antrags des Abg. Barth zu stellen.

Abg. Fürst v. Bismarck (b. l. F.):
teilt die Bedenken des Grafen Bülow und des Bundesrats gegen die Bewilligung von Diäten für die Reichstagsmitglieder. In der Diätenfrage sei 1867 die ganze Verfassung beinahe geändert. Die Erfahrungen mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht seien nicht so beruhigend, daß man Diäten bewilligen dürfe. Auch liberale Blätter sind der Meinung, daß Diäten das Niveau des Reichstages nicht heben werden. Eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse wird anzubahnen sein in der Richtung, auf die das allgemeine Parlament hinweist. Dort beträgt die Beschäftigungsfähigkeit-Biffer nur ein Sechstel der Abgeordneten-Zahl. So weit wollen wir natürlich nicht gehen — das würde ja auch eine Veränderung der Verfassung bedeuten. Ich würde schon allein deswegen gegen Diäten stimmen, weil andernfalls das Reich der socialdemokratischen Parteiklasse sehr große Summen zuwenden würde. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ich gratuliere der Weisheit der Majorität der verbündeten Regierungen, daß sie das, was vor 36 Jahren hochgehalten wurde, auch heute noch als richtig anerkennen! (Lebhafter Beifall rechts. Zwischen bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Volkmar (Soz.):
Dr. Spahn hat den Reichsanwalt im Namen des ganzen Reichstages gedankt für sein Zugeständnis betreffend des Jesuitengesetzes. Keine Parteigenossen können sich diesem Dank nicht anschließen. Wenn das Centrum so beschneidend geworden ist, daß es sich in einer principiell so wichtigen Frage, um die es jahrzehntelang gekämpft hat, mit einer solchen Abschlagszahlung begnügt, so ist das keine Sache. Wir Socialdemokraten stellen uns auf den rein principiellen Standpunkt. Wir verurteilen jedes Ausnahmegesetz, ob es uns oder andere trifft. In dieser Frage liegt nicht nur ein, sondern viele Beschlüsse des Reichstages vor. Es ist mir aus den letzten Jahren übrigens kaum ein Fall bekannt, in dem ein deutscher Jesuit ausgewiesen worden wäre. (Zuruf im Centrum: O doch!) Das ändert an meiner Verurteilung des Gesetzes nichts. Denn ob ein Jesuit mehr oder weniger in Deutschland wirkt, — die Herren vom Centrum mögen entschuldigen; einer der Ihren, ich glaube es war Herr v. Orterer, hat ja einmal gesagt: „Wir sind alle Jesuiten“ (Große Heiterkeit) — das ist vollkommen gleichgültig. Freilich muß ich sagen, daß ich die Stellung Dr. Spahns einigermassen begreife. Praktisch hat er, was er will, und principiell hat seine Partei den außerordentlichen Vorteil, daß das Jesuitengesetz fortbesteht und sie noch immer darauf herumtrampeln kann. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie (zum Centrum) wieder den Antrag auf Aufhebung einbringen, werden wir Sie wieder unterstützen. In der Diätenfrage will der Reichsanwalt auch heute noch nicht die Zustimmung des Bundesrates befristeten. Was sich aber gewisse Leute vor 36 Jahren bei der Verweigerung von Diäten gedacht haben, kann uns heute durchaus gleichgültig sein. Uns Socialdemokraten hat die Diätenlosigkeit absolut nichts geschadet. Wir haben unsere Mandate außerordentlich vermehrt und auch weiterhin die schönsten Aussichten dazu. Der Reichsanwalt führte als weiteren Grund an, daß zwei große Reaktionen sich nach wie vor gegen Diäten erklären. Die Regierung scheint ja die Konserwativen so sehr als maßgebende Parteien zu betrachten, daß sie nichts gegen deren Willen zu unternehmen wagt. Man sollte glauben, die Erfahrung mit den Konserwativen auf wirtschaftspolitischen Gebieten hätte sie doch einigermassen zweifeln lassen sollen. Der wahre Grund, weshalb die Konserwativen gegen Diäten sind, ist ihre Hoffnung, daß sie vielleicht eines schönen Tages die Diäten als eine Kompensation mit der Verschlechterung des Wahlrechts benutzen können. Wenn die Regierung diese Absichten der Konserwativen kennt, so hätte sie umso mehr Veranlassung, sich in dieser Angelegenheit mit den Konserwativen nicht zu identifizieren, um nicht in den Verdacht zu kommen, daß sie ähnliche Hoffnungen auf Aenderung des Wahlrechtes habe. Abg. Fürst Bismarck wies anstatt der Diäten darauf hin, daß man umgekehrt die Fehlbewillenden in Geldstrafe nehmen könne. Dabei würde Fürst Bismarck selbst sehr schlecht wegkommen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Wenige bekannte Mitglieder des Reichstages sehen so häufig unentschuldig ab wie Fürst Bismarck. Man könnte die Strafe nicht gleichmäßig, sondern etwa nach der Höhe des Einkommens festsetzen. (Große Heiterkeit.) Dabei würde die Reichsstimme sehr gut wegkommen. Wir Socialdemokraten treten für Diäten ein aus principiellen Gründen, die sich aus dem Begriff des allgemeinen Wahlrechtes ergeben. Die Diäten gewähren eine genügend große Anwartschaft von Mandataten ohne Rücksicht auf den Geldbeutel. Selbst bei den Angehörigen der wohlhabendsten Kreise zeigt sich jetzt ja vielfach ein Mangel an Kandidaten. Unsere Partei ist ohne Diäten vorwärts gekommen und wird auch weiter vorwärts kommen. Trotzdem treten wir nach wie vor energisch für die Gewährung von Diäten ein. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.):
Den Widerstand gegen das Jesuitengesetz seitens des Bundesrates habe ich mich recht begriffen. Der Einfluß der Jesuiten ist doch in der katholischen Kirche der herrschende und es ist doch ein Widerspruch, auf der einen Seite alles zu thun, um mit der katholischen Kirche auf guten Fuß zu kommen und auf der anderen Seite gerade die herrschende Richtung in der katholischen Kirche zu bekämpfen. Der Teil des Jesuitengesetzes, der jetzt aufgehoben werden soll, ist das einzige, was an dem Ausnahmegesetz noch praktische Bedeutung hatte. Der übrig bleibende Rest hat nur agitatorische Bedeutung und zwar agitatorische Bedeutung für das Centrum, das immer noch von einem Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten reden kann.

Was die Diätenfrage anlangt, so habe ich den Reichsanwalt im Gegensatz zu dem Abg. Fürsten Bismarck so verstanden, daß er die Frage der sogenannten Kompensation durch Reformierung des Wahlrechtes ausschiede, weil dieser Weg völlig ungangbar erscheine. Ich kann hier namens der Linken und wohl über sie hinaus auch für das Centrum erklären, daß von uns eine Einschränkung des Wahlrechtes nie concediert werden wird. (Sehr richtig! links.) Der Reichsanwalt hat bei den Auseinandersetzungen über die Diätenfrage auf die Entstehung der Verfassung hingewiesen. Gerade die Verfassung, die eine gleichmäßige Vertretung der Wähler vorsieht, führt mich zur Begründung meines Antrages auf eine gleichmäßige Einteilung der Wahlkreise. Gerade die Konserwativen Parteien sind hier viel stärker vertreten, als der Zahl ihrer Anhänger im Lande entspricht. Der Abg. Wasserhann hat hier ein langes historisches Exposé über die Wahlkreis-Einteilung gegeben, wohl um sich bei der Stellungnahme zu meinen Anträgen um so länger fassen zu können. Es ist mir nämlich, daß der Vertreter der Nationalliberalen hier über die Frage hinwegzugleiten sucht, ob seine Partei zu unserem Antrag ja oder nein sagt. Denn dem absehenden Votum hier steht gegenüber, daß die Nationalliberalen im Landtag einen von uns eingebrachten Antrag nach derselben Richtung unterstützt haben. Das ist nur ein neuer Beweis für die alte Thatsache, daß die nationalliberale Partei des Reichstages erblich reaktionärer ist als die nationalliberale Partei des Abgeordnetenhauses. Der Wahlkreis Deutsch-Krone, das wird Herr Camp interessieren (Heiterkeit) hatte im Jahre 1868 12 756 Wahlberechtigte. Ich will gegen Deutsch-Krone nichts sagen, auch das Verdienst, Herrn Camp als Abgeordneten hierher geschickt zu haben, nicht schmälern. (Heiterkeit.) Aber Bochum-Gelsenkirchen, ein Kreis, der es doch an wirtschaftlicher Bedeutung mit Deutsch-

Krone aufnehmen kann, hat 108 441 und Berlin VI gar 142 226 Wahlberechtigte, d. h. zehn- bis zwölffach so viel wie Deutsch-Krone. Ist es nun überhaupt berechtigt, daß jeder Wähler von Deutsch-Krone ein zehn- bis zwölffach so großes Wahlrecht wie Bochum-Gelsenkirchen oder Berlin besitzt; so hoch ist das Verdienst, den Abg. Camp hierher geschickt zu haben, doch wohl nicht zu bewerten. (Große Heiterkeit.) Ähnlich liegt es auch in vielen anderen Kreisen. Es ist deshalb schlechterdings erforderlich, mit Wahlkreis-Reformen vorzugehen, um endlich eine repräsentative Versammlung herzustellen, die wirklich ein Abbild und nicht ein Herrbild der Verhältnisse im Deutschen Reich darstellt. (Sehr richtig! links.) In andern Ländern ist es ganz selbstverständlich, daß von Zeit zu Zeit eine Neueinteilung der Wahlkreise, oder, was auf dasselbe hinausläuft, eine Erhöhung der Zahl der Abgeordneten stattfindet. In Frankreich, Amerika, Belgien und der Schweiz sind solche Reformen zu verzeichnen. Selbst bei uns in Deutschland hat man sich in den Einzelstaaten, wenigstens in Süddeutschland, dazu bereit finden lassen, entsprechend der Veränderung der Bevölkerungszahl die Wahlkreise zu vergrößern. In Bayern ist eine solche Neueinteilung der Wahlkreise von der großen Mehrheit des Landtags, einschließlich des Centrums, ins Auge gefaßt worden, und dabei liegen die Verhältnisse in Bayern noch nicht so schlimm wie bei uns, da dort die letzte Regelung im Jahre 1875 stattgefunden hat. In Preußen liegen die Verhältnisse noch schlimmer wie selbst im Reich. Dort aber ist das Centrum für unsre Forderung der Wahlkreisreform nicht zu haben. Hier im Reichstag aber rechnen wir auf das Centrum. Hat doch Herr Schädler neulich gesagt, daß seine Partei das allgemeine, geheime, direkte und, wie er ausdrücklich hinzusetzte, gleiche Wahlrecht nicht veräußern lassen werde. In dieser ungerechten Wahlkreis-Einteilung liegt aber eine Verflüchtigung der Gleichheit des Wahlrechtes, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Das Centrum als Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht wird sich einer solchen Forderung der Gerechtigkeit, wie sie unser Antrag will, nicht entziehen können. Daß die beiden Konserwativen Parteien keine besondere Reizung finden werden, sich unserem Antrag anzuschließen, darüber gebe ich mich keinen Illusionen hin, unsoweniger, seit wir gesehen haben, mit welchem Entzügen die Herren, besonders ihre Presse, schon die Ankündigung vernommen haben, daß einmal mit dem Mißbrauch bei den Wahlen in Bezug auf das Wahlgeheimnis eine kleine Aenderung eintreten soll.

Ich habe noch einige allgemeine politische Bemerkungen zu machen. Es wird bei der jetzigen Zoll- und Handelspolitik der Regierung eine außerordentlich schwierige Aufgabe sein, überhaupt noch neue Handelsverträge zu bekommen. Wenn überhaupt Handelsverträge abgeschlossen werden, so fürchten wir, daß sie außer dem Namen Handelsvertrag nichts enthalten werden, was der Mühe wert ist. Die auswärtigen Staaten treten jetzt ebenfalls mit neuen hochschützenderen Zolltarifen hervor. Ueberall werden die Zolltarife angezogen, und nun kommt es darauf an, wer denn am besten auf die Hühneraugen treten kann. (Heiterkeit.) Das nennt man die Einföhrung zu neuen Handelsverträgen. (Sehr gut! links.) Juan Lieberkühn wird dem Reichsanwalt seine schwierige Aufgabe von seinen eignen Freunden in der allerhöchsten Weise erschwert. Ueberall werden die schützenderen Instinkte in der schlimmsten Weise wachgerufen. Wir verlangen eine Rückkehr in die Bahnen gesunder Vernunft (Cho! rechts), in die Bahnen der Captrivischen Handelsverträge. (Beifall links.)

Abg. Richter (fr. Vg.):
Der Abgeordnete Fürst Bismarck hat für die Diätenlosigkeit alle die Gründe vorgebracht, die sein Herr Vater schon seiner Zeit anzuführen pflegte. Er hat nichts hinzugefügt. (Heiterkeit.) Ein milderer Umstand ist allerdings, daß wir so selten die Ehre haben, ihn hier unter uns zu sehen, und daß er sich noch weniger an Kommissionen und Verhandlungen beteiligt. Die Diätenfrage hat aufgehört, eine politische Frage zu sein, sie ist einfach eine Frage der ordnungsmäßigen Geschäftsführung des Reichstages. Es ist ganz irrig, die Sache so darzustellen, als ob die Diätenlosigkeit eine Bedingung für das Zustandekommen der norddeutschen Bundes- und der Reichsverfassung gewesen wäre. Fürst Bismarck hat später im preussischen Abgeordnetenhause selbst offen zugestanden, er hätte in der Verfassung viel mehr Konzessionen an den Liberalismus gemacht, wüßte er nicht, was er nötig gehabt hätte. Inzwischen haben auch die Nationalliberalen ihren Widerspruch gegen die Diäten aufgegeben und nur die Konserwativen halten noch daran fest. Von den Regierungen haben die außerpreussischen ein besonders lebhaftes Interesse an der Einföhrung von Diäten. Die schwach sind hier im Reichstag fast regelmäßig die Süddeutschen ohne Unterschied der Partei vertreten! Nur wenn bei seltenen Gelegenheiten einmal der bayerische Landtag anrückt, sind wir beschlußfähig. (Sehr richtig!) Am Samstag und Montag pflegt der Reichstag immer beschlußfähig zu sein und man kann keine wichtige Sache auf die Tagesordnung setzen, wenn sich nicht der Präsident vorher verständigt, daß sie die Beschlußfähigkeit nicht anzuwehrt. Auch die Entwicklung von Berufsparlamentariern hat die Diätenlosigkeit nicht verhindert. Ebensovienig beweiskräftig ist der Einwand, man dürfe die Verfassung nicht ändern.

Die Verfassung ist doch nicht mehr die von 1867. Sie ist 1888 geändert worden durch die Einföhrung der fünfjährigen Wahlperiode an Stelle der dreijährigen. Der Kaiser forderte in Proklam die Arbeiter auf, den „ächtlichen Mann aus der Werkstatt“ in den Reichstag zu entsenden. Wenn man aber nicht die Absicht hatte, Diäten zu gewähren, wie hätte man dann solche Worte sprechen können? Dieser Aufforderung können die Arbeiter doch nur dann entsprechen, wenn den Mitgliedern des Reichstages Anwesenheitsgelder gewährt werden. (Beifall links.)

Abg. Dr. Gasse (natl.) bedauert die Haltung der Regierung in der Jesuitenfrage und tadelt, daß sie zu anderen Konzessionen auch noch diese gemacht habe.

Darauf vertritt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Der ärztliche Dienst in den städtischen Krankenhäusern.

Mitte Dezember v. J. wurde vom Stadterordneten Professor Dr. Landau und einer Anzahl Mitglieder der alten Fraktion der Linken bei der Stadterordneten-Versammlung ein Antrag eingebracht, der die Anstellung eines Direktors und eines denselben in ärztlicher Beziehung koordinierten dirigierenden Arztes für die chirurgische Abteilung am Krankenhaus Friedrichshain und die alsbaldige Einföhrung dieser Einrichtung bei den andern Krankenhäusern forderte. Der Antrag wurde in der ersten Plenarsitzung wie in den Ausschussverhandlungen, die in der Zwischenzeit stattgefunden haben, von den Gegnern mit einer Leidenschaft bekämpft, die die verlangte Aenderung an sich nicht recht fertigt. Der Antrag hat eine längere Vorgeschiede. Schon 1894 nämlich hat sich die Stadterordneten-Versammlung mit dem gleichen Antrag beschäftigt. Der Antrag war aber damals noch Lage der damaligen Verhältnisse umfassender und verlangte die Anstellung eines Direktors und eines denselben in ärztlicher Beziehung koordinierten dirigierenden Arztes nicht nur für die chirurgische Abteilung, sondern auch für die inneren Stationen der städtischen Krankenhäuser. Die Organisation auf den inneren Stationen war zu jener Zeit die gleiche wie jetzt auf den äußeren, daß nämlich die Kranken nur von einem Oberhaupte, dem Direktor, mit seinen Assistenten behandelt wurden. Die allgemeine Meinung der Ärzte, des Deutschen Ärztesages, der Deutschen Gesellschaft für das öffentliche Gesundheitswesen, des Ausschusses der

ärztlichen Standesbehörde Berlins, die Gutachten hervorragender Autoritäten gehen nur dahin, daß, soll die Krankenfürsorge nicht leiden, einem dirigierenden Arzt nicht mehr als 100 bis höchstens 150 Kranke zugeteilt werden dürfen. Als daher im Jahre 1894 der Magistrat aus Anlaß des Ablebens des damaligen Direktors des Noabiter Krankenhauses die Deputation für die städtischen Krankenhäuser wegen einer Neuorganisation der Krankenhäuser befragte, entschied sich die Deputation dafür, sowohl für die innere wie für die äußere Station neben dem ärztlichen Direktor koordinierte dirigierende Ärzte anzustellen. Der Magistrat widersetzte sich diesem Beschlusse und wollte nur die Anstellung je eines „Oberarztes“ für beide Stationen vorsehen. Dieses Zugeständnis fand aber nicht die Billigung der Stadterordneten-Versammlung. Die Meinungsverschiedenheit wurde schließlich durch ein Kompromiß erledigt. Für die inneren Abteilungen wurde die Anstellung eines dirigierenden Arztes vom Magistrat zugestanden; der Direktor der chirurgischen Abteilung blieb dagegen unumstößlich. Die Zuteilung eines „Oberarztes“, der die Poliklinik selbständig leitet, dem Direktor in Behinderungsfällen vertritt und ein etwas höheres Gehalt bezieht als die Assistenten, änderte daran nichts, denn unter normalen Verhältnissen darf der Oberarzt nur diejenigen Kranken behandeln, die ihm vom Direktor überwiesen werden und § 10 der Dienstinstruktion bestimmt ausdrücklich: „Der chirurgische Direktor ist befugt (aber nicht verpflichtet), dem Oberarzt eine Abteilung, Kavillon oder Parade zur selbständigen Behandlung zu überlassen.“ Der Oberarzt darf ferner nicht mit der vorgelegten Deputation direkt verkehren, sondern untersteht in allen Beziehungen dem Direktor.

Diese verschiedenartige Organisation der chirurgischen und inneren Stationen besteht seit 1894 bis heute. Der Ende vorigen Jahres erfolgte Tod des Prof. Dr. Hahn ist Veranlassung gewesen, die Frage von neuem aufzurollen.

Vom Antragsteller und den Freunden des Antrages wurde mit Nachdruck angeführt, daß seit 1894 die Verhältnisse sich sehr erheblich zu Ungunsten der Kranken verändert haben. Die Zahl der auf der chirurgischen Station im Friedrichshain befindlichen Kranken ist seit 1892/93 von 3585 Kranken auf 4127 gestiegen. Der Krankenbestand auf der Station, der am 1. April 1893 252 betrug, betrug am 31. März 1902 338. Die Operationsfrequenz betrug im Jahre 1892/93 904, im Jahre 1901/02 1325 Operationen, oder, wenn nur die im Operationsaal vorgenommenen Operationen gezählt werden, 674 bzw. 1161.

Die Vornahme dieser sehr hohen Zahl von Operationen erschöpft jedoch keineswegs die Thätigkeit eines chirurgischen Direktors. Es gehört zu ihr: die präzise Diagnosenstellung; die Bestimmung ob, wann und wie eine Operation gemacht werden soll, die so wichtige Nachbehandlung, die Beaufsichtigung des Personals und des Unterrichts der Pflegerinnen, die Ausbildung der Assistenten, die außerordentlich bedeutsame Thätigkeit der Aufstellung der zahlreicheren Unfalltote, die für die spätere wirtschaftliche Lage der Kranken häufig genug von ausschlaggebender Wichtigkeit sind, eine Thätigkeit, die jetzt mehr und mehr vom Direktor auf den Oberarzt, von diesem auf die Assistenten herabgelassen; schließlich und nicht zum mindesten die Besuche bei den Kranken. Nimmt man die denkbare niedrigsten Ziffern an, daß ein Direktor sich nur zweimal wöchentlich bei den Kranken sehen läßt und rechnet man für diese Besuche inklusive der Untersuchung, der Diagnose, der Judikationsstellung und der Nachbehandlung nur fünf Minuten für jeden Kranken, so erhält man bei dem oben angegebenen Krankenbestand für jeden Tag der Woche eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden, ausschließlich der für die Operationen benötigten Zeit.

Es kommt hinzu, daß die geschilderte Thätigkeit im Krankenhaus nur einen Teil der Arbeit ausmacht, die unsere chirurgischen Direktoren ausüben. Die Wahl zum Leiter eines städtischen Krankenhauses hebt die betreffenden Personen aus der Zahl selbst gleichwertiger Fachgenossen weit heraus und macht ihren Namen dem großen Publikum schnell bekannt und vertraut. Das große Krankenmaterial, über das sie in den Krankenhäusern verfügen, sichert ihnen mit Bezug auf Uebung und Erfahrung ein Uebergewicht, gegen das andere Fachgenossen kaum ankommen können. Die Direktoren der städtischen Krankenhäuser gehören daher bald zu den gefuchtesten Ärzten und diese ausgedehnte konsultative Praxis, wie die Privatkliniken, welche die Herren haben, gewähren ihnen Einkünfte, gegen die das städtische Gehalt vollkommen verschwindet. Nun soll nicht geleugnet werden, daß es Ausnahmefälle giebt, in denen eine ungewöhnlich leistungsfähige Persönlichkeit all den riefigen Anforderungen an Zeit und Kraft entspricht, die eine so vielseitige Thätigkeit erfordert. Dies sind aber seltene Ausnahmefälle. Unter normalen Verhältnissen muß eine Seite der Thätigkeit zu kurz kommen und da naturgemäß die reichen privaten Kranken für ihr schweres Geld eine geminderte Sorgfalt und Beachtung sich nicht bieten lassen, wird die Verantwortung des Direktors für die zahlreichen und wichtigen Funktionen, die ihm im Krankenhaus obliegen, häufig nur eine ganz nominelle sein. Die Anstellung eines dem Direktor in ärztlicher Beziehung koordinierten dirigierenden Arztes würde bis auf die Verwaltungsangelegenheiten, die in einer Hand vereinigt bleiben sollen, Verantwortung, Sorge und Arbeit teilen und daher eine verbesserte Krankenfürsorge herbeiführen.

Von den Gegnern des Antrages wurden zunächst die Vorzüge des jetzigen Systems dargelegt, das so gut funktioniert habe, daß im Laufe von 8 Jahren nicht eine Klage der Verwaltung zu Ohren gekommen sei. Die Arbeitslast des Direktors könne eine so große nicht sein; die Herren hätten bisher nicht um Entlastung gebeten; ja sie wünschten nicht einmal die Anstellung eines zweiten dirigierenden Arztes. Erfolge solche doch, so seien Reibungen zu befürchten, zu der überhaupt die Thätigkeit auf den äußeren Stationen wegen der besonderen Operationsfälle, des Wärterpersonals, der Sterilisation der Instrumente usw. mehr Anlaß bietet, als auf der inneren Station. Es wurde die Behauptung, daß keinem leitenden Arzt mehr als 150 Kranke zugeteilt werden sollten, als unrichtig bestritten und auf das Beispiel anderer Städte verwiesen, in denen ein chirurgischer Direktor 400, 450, ja noch mehr Betten unter sich habe. Die Oberärzte seien nicht subaltern, sondern in ihrem Fache erprobte Männer; der Direktor sei ja auch „befugt“, ihnen Kranke zur selbständigen Behandlung zu überlassen. „Dabei muß man entschieden voraussetzen, daß er von dieser Befugnis Gebrauch machen wird.“ wurde vom Magistratsvertreter wörtlich ausgeführt! Man sei überzeugt, daß wenn die neu anzustellenden dirigierenden Ärzte sich zunächst auch mit den vorhandenen Kräften zufrieden geben würden, sie doch bald die Forderung der Errichtung neuer Operationsäle erheben würden; die Neuorganisation würde also sehr bedeutende Summen erfordern. Von einer Seite wurde ausgeführt, der Antrag sei gar nicht die logische Konsequenz der angegebenen Gründe. Jetzt würde die Krankenbehandlung geführt durch den Direktor und den Oberarzt, der ein ebenso tüchtiger Mann sei, wie es der gewünschte dirigierende Arzt nur sein könne. Direktor plus Oberarzt sei also, was Kraft und Fähigkeit anlangt, das gleiche wie Direktor plus dirigierender Arzt. Etwas anderes wäre es, wenn der Antrag die Anstellung von mehreren leitenden Ärzten verlangte, was er aber nicht thue. Mit großer Festigkeit wurde schließlich dem Antrage jede innere Berechtigung abgesprochen. Was not thue, thue die Verwaltung schon allein. Die Berliner Krankenhäuser ständen nach jeder Richtung hin auf der Höhe. Der Antrag sei nur

geeignet, in weitere Kreise Vertrauen gegen die Berliner Krankenhäuser zu tragen; er liefert Wasser auf die socialdemokratischen Wahlen.

Ueber Motive wird ja bekanntlich nicht abgestimmt. Es soll daher an dieser Stelle nicht näher untersucht werden, welche Gründe der Gegner wohl die richtigen, welche die vorgehobenen sind. Unzweifelhaft echt ist der Kerger, um nicht zu sagen die Empörung, daß jemand aus den eignen Reihen und noch dazu eine ärztliche Autorität es gewagt hat, die Krankenhäuser, dieses Blümlein Nähr-mich-nicht-an-der-städtischen-Verwaltung, anzutasten und zwingendes Beweismaterial gegen bisher dort geduldeten Zustände beizubringen. Verblümt und unverbümt wurde ausgesprochen, der Antrag müsse durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung erledigt werden, damit nachgehenden auch nicht der Schein erweckt werde, als sei nicht alles zum besten bestellt, als habe die socialdemokratische Kritik Berechtigung.

Zugegeben muß werden, daß der Antrag nicht logisch konsequent ist. Gegen jetzt würde seine Durchführung zwar eine verbesserte Krankenfürsorge ergeben. Er geht aber nicht weit genug. Was nicht ist, ist die Anstellung einer größeren Zahl leitender Männer, damit nicht, wie es jetzt leider vielfach vorkommt, die Behandlung der Kranken zum überwiegenden Teil in den Händen der jungen noch unerfahrenen Assistenten liegt. Selbst diese Maßregel wird aber durchgreifenden Wandel gegen jetzt nicht schaffen, wenn nicht die zweite socialdemokratische Forderung erfüllt wird, daß nämlich den leitenden Ärzten der städtischen Krankenhäuser nach angemessener Erhöhung ihres Gehalts verboten wird, private und konsultative Praxis zu treiben. Erst dann wird die Stadt in Wahrheit sich rühmen können, ihren kranken Bürgern die höchste ärztliche Kunst zur Verfügung zu stellen. Diese weitergehenden Forderungen weisen aber die bürgerlichen Verfechter des Antrages Landau von sich. Ausdrücklich betonte der Antragsteller, er halte es für ganz korrekt, daß die Direktoren Privatoperationen und Konsultationen abhalten. Gründe für diese Ansicht brachte er allerdings nicht bei; er blieb hier ebenso auf halbem Wege stehen, wie mit seiner Behauptung, daß keine Vermehrung der chirurgischen Kräfte in unsren städtischen Krankenhäusern notwendig sei.

Ueber das Ergebnis konnte nach dem Gang der Verhandlungen kein Zweifel bestehen. Auch die Thatsache, daß in der gestrigen letzten Sitzung des Ausschusses noch einige besonders traffe Fälle angeführt wurden, konnte einen Umschwung nicht herbeiführen. Der Antrag wurde mit 9 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Das gleiche Schicksal erlitt ein vermittelnder Antrag, der noch hinter dem Antrag Landau zurückblieb.

Der Ausschuss wird nun an die Versammlung berichten, er habe an den städtischen Krankenhäusern nichts zu ändern gefunden, und aller Voraussicht nach wird die Versammlung diesem Votum beitreten.

Durch solchen Beschluß wird die notwendige Neu-Organisation der chirurgischen Stationen nicht aufgeschoben, sondern nur aufgehoben werden, und, wie der greise Stadtverordnete-Vorsteher warnend hervorhob, erst unter dem Zwange der Verhältnisse werden die städtischen Behörden sich zu Änderungen verstehen, die sie jetzt noch freiwillig durchführen könnten.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher. (Zweigverein Berlin). Mittwochabend 10 Uhr: Große außerordentliche Generalversammlung bei Gänzel, Rosenhallerstr. 57.
Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfeninnen Deutschlands, Bezirk Berlin. Mittwochabend 9 Uhr: Sitzung, Kaminhallen, Kommandantenstr. 20.

Eingegangene Druckschriften.

Der Arbeitsmarkt, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. A. Kastrup, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitssachverständiger erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 9 des 6. Jahrganges unter anderem: Neue Arbeitslosen-Zählungen. — Allgemeines: Internationaler Arbeitsmarkt. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Textilgewerbe (Beschäftigungsgrad in Sachsen, West- und Süddeutschland. — Neue Zeit in der Faserindustrie); Holz- und Schnitzstoffe (Abnahme der Beschäftigungsgelagenheit nach Weihnachten); Graphische Gewerbe (Arbeitslosigkeit in der Buch- und Zeitungsdruckerei in Dagebort). — Statistisches Monatsmaterial: Internationale Statistik. — Verzeichnisse: — Karteneris der Landes-Verkehrs-Kontrollen Oktober bis Dezember 1902. — Haushaltskosten: Konsum: Lebensmittelpreise im Januar. — Mitteilungen aus deutschen Arbeitssachverständigen-Verbänden. Verband deutscher Arbeitssachverständiger für Arbeitsnachweis-Statistik. — Verband zur Förderung des Arbeitsnachweises im Regierungsbezirk Düsseldorf: Jahresversammlung.

Das Gewerbegericht, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Berufsgerichte. Herausgeber Dr. Jastrup, Charlottenburg-Berlin, Dr. Reich, Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Die Zeitschrift enthält in Nr. 5 des 8. Jahrganges außer der Rechtprechung in deutschen Gewerbe- und Berufsgerichten (Charlottenburg, Frankfurt a. M., Landgericht Dresden, Bismarck, München), Reichsgericht (III. Civilsenat), anderen deutschen Gerichten (Amtsgericht Hltenberg und Landgericht Dagen) u. a.: Kaufmannsgerichte. Von Rechtsrat Bacher. — Verfahren und Verfahren. Amtshilfe des Vorstehenden und Gewerbegericht München. — Einigungsämter. Das Gewerbegericht Königsherg als Einigungsamt. — Gutachten und Urteile. Petition der badischen Gewerbe- und Berufsgerichte betr. Gutachten und Prüfung der Arbeitsordnungen. — Allgemeines. Wortlaut des Gesetzes betr. Kaufmannsgerichte. — Durchführung der obligatorischen Gewerbegerichte.

Paul Bernheim. Gibt es eine ewigliche Gerechtigkeit in der Landesliche Preußen? Barmen 1903. Druck von Komtauus u. Co.

Beuhl. Die Befreiung der Volksschullehrer aus der geistlichen Herrschaft. Zweite stark vermehrte und verbesserte Auflage. — 50 Pf. Buchverlag der „Nisse“, Berlin-Schöneberg 1903.

Briefkasten der Redaktion.

Rheinländer. Man schreibt amtl. Köln, aber Kassel, Koblenz, Koburg, Köln, Kollada. Nach Duden, Orthographisches Wörterbuch der deutschen Sprache.

J. 26. Stellungen als Hausverwalter werden wohl meist durch Zeitungsinserate oder unter der Hand vermittelt. Vermittlungsstellen für diesen Zweck sind uns nicht bekannt. Vielleicht wenden Sie sich an die Geschäftsstelle des Bundes der Berliner Grundbesitzer-Vereine, Burgstr. 14, 10-1 Uhr.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Willy 31. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **Stachel, Seidel, Straße 21.** **Gutenburg, Sorge.** Wir können Fragen nicht schriftlich beantworten. Kommen Sie in die Sprechstunde. Die 5 Pfennig-Marke steht Ihnen in der Redaktion zu Gebote. — **A. B. 20.** Es bleibt halt Gelebes ohne Vertrag jeder Teil Eigentümer seines Vermögens. — **W. G. 7.** Nein, in der Sprechstunde oder in der Redaktion kann Ihnen ein beim Kammergericht zugelassener Anwalt genannt werden. — **A. B. 3a.** — **G. 2.** Schneidmähne. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **Neunjähriger Abonnent.** Groß-Vieterstraße. Sie müssen die Kosten tragen. Vor dem Termin ist dies billiger. — **G. 77.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **J. W. Pöcher.** In 1: Wiederholen Sie die Anfrage unter Angabe, warum der Dienst ausgeht ist. Es ist dasjenige Einkommen anzugeben, welches Sie thatsächlich gehabt haben.

D. R. P. 100. Ja, ist ausreichend. — **W. 1033.** Nur wegen Unabbarkeit. In 2. Mit genauer Darlegung des Sachverhalts geboten, bevor wir antworten können. — **J. 20.** Geben Sie die Art der Thätigkeit an. Davon hängt die Beantwortung der Frage ab. — **A. B.** Es ist Antrag unter Beifügung aller Papiere beim Polizeipräsidenten zu stellen. — **J. G.** Naturalisation ist dazu nicht erforderlich. — **S. 1.** Ist kein Erlaubnisgrund, daher die Weiterverfolgung der Sache ausgeschlossen. — **G. 7. 369.** Kommen Sie in die Sprechstunde, die Frage ist so wie gestellt, nicht verständlich. — **W. 8. 70.** Nein, sofern das Einkommen nicht 900 M. übersteigt. — **J. 31.** Solche Bestimmung kann in den Statuten enthalten sein. — **W. 23. 62.** Ein mündlicher Lehrvertrag ist nicht gültig. — **J. 7. 9.** Beantworten Sie beim Polizeipräsidenten Untersuchung der Räumlichkeiten. Dieselben sind zum Aufenthalt von Menschen Jöher Schilberung gemäß nicht geeignet. Auch besteht Schadenersatzpflicht des Kleis in vollem Umfang, falls Krankheiten usw. daraus entstehen. — **100 B.** Sölden Sie entweder einen Boten mit geprüfter Rechnung oder schreiben Sie, daß das Geld auf Ihre Kosten Jönen durch die Post zugesandt wird. — **A. 2. 100.** Die Mutter ist berechtigt, jederzeit das Kind zurück zu verlangen. — **M. W., Nieder-Zönuweide.** Nein. — **A. R., Kowawes.** Nur wenn dadurch die Wohnung unbenutzbar wird. Ist Abhilfe möglich, so können Sie diese auf Kosten des Vaters schaffen lassen. In 2: Eines in Berlin. In 3: Nein. In 4: Stofgelebes System. In jeder Buchhandlung. — **M. 1833.** Wenden Sie sich an die Landes-Versicherungsanstalt, Klosterstr. 41. — **Geistliche.** Eine solche Wohlthätigkeitsanstalt ist uns nicht bekannt. — **W. 2. 1897.** Der bisher gezahlte Satz ist so gering, daß eine Ermäßigung ausgeschlossen ist. Sie können erheblich mehr einlagen. Bis zum 1. März, aber falls das Kind sich dann nicht selbst ernähren kann, bis zum 1. März. — **A. 9. 3. 3a.** — **Geinen.** Rechtsanwalt Heine, Rathenomerstr. 1. — **C. 100.** Wiederholen Sie die Frage unter genauer Angabe, was Sie untergelebes haben. — **Wuris.** Wiederholen Sie die Anfrage unter Beifügung der Abkommens-Quittung. — **M. 2. 100.** Verlangen Sie durch schriftlichen Antrag bei der Kasse schriftlichen Bescheid und kommen Sie mit demselben in meine Sprechstunde. — **G. 7. 107.** Ist nicht zum Abzug berechtigt. — **G. 7. 77.** Darauf steht Ihrer Schwester kein Anspruch zu. — **G. 102.** Ja, wenden Sie sich an das Polizeipräsidenten. — **Ein Streitfrage.** Frage ist nicht verständlich. — **W. 11. 5.** Nein. — **C. 23. 12.** Ja. — **G. 6. 126.** Wir müssen zunächst wissen, für welche Zeit die Beiträge gefordert werden. Dies muß aus der Klage hervorgehen. — **M. 6. 1007.** Sie müssen zahlen. — **J. R. 100.** Welche sind verpfl. Widerspr. ist also zwecklos. — **Rixdorf 100.** Wiederholen Sie die Anfrage. — **A. 3. 1.** Nein, ist verpfl. — **G. R. 27.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **G. 6. 10.** In 1: Nein. In 2: Ja. — **A. 3.** Soweit der Nachlaß der Mutter in Betracht kommt, erben Sie zu gleichen Teilen mit den Geschwistern. Vom Ueberbater erben Sie nicht. — **Helvetia.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **G. R.** Kann nicht vom Lohn abgezogen werden. — **B. 163.** 1. Ist zu empfehlen. 2. In zehn Jahren. Dies kann jedoch durch Meldung bei dem Konsul an dem betreffenden auswärtigen Ort vermieden werden. In 3 und 4 müssen Sie bei dem amerikanischen Konsulat anfragen. — **G. R.** Ja. In 2: Es bedarf dazu keiner Anmeldung, sondern auch ohne solche stellt Ihnen der Anspruch kraft Gesetzes zu. — **Arm 1903.** Anzugeben beim Offenbarungsbild ist alles. Jedes Verschweigen ist mit schwerer Strafe belegt. Die notwendigen Sachen können aber sämtlich nicht gehandelt werden, ebenso kann die Ehefrau wegen ihres Eigentums intervenieren. Sie bleiben an sich wahlberechtigt.

Witterungsübersicht vom 3. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer humb. min.	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C. p. g. = F. g.	Stationen	Barometer humb. min.	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C. p. g. = F. g.
Ewinende.	757	SWB	5	bedeckt	2	Naparanda	740	WS	4	heiter	-6
Damburg	759	SWB	4	halb.bb.	2	Petersburg	749	WS	1	bedeckt	1
Berlin	760	WS	4	Regen	1	Coet	771	WS	2	halb.bb.	7
Kranf./B.	768	WS	2	heiter	10	Hberdeen	—	—	—	—	—
München	768	WS	4	Schnee	-1	Paris	773	WS	1	wolkent.	-2
Wien	764	WS	2	bedeckt	2						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 4. Februar 1903.
Jüngst auffarend, etwas kälter bei mäßigen westlichen Winden, (später neue Ermärmung, Trübung mit geringen Niederschlägen.

T Waarenhaus Hermann Tietz
Leipzigerstrasse 46-49 — Krausenstrasse 46-49

Weiße Woche! Wir bringen in dieser Woche Waaren aller Art, welche eigens für diesen Zweck aufgestapelt, zu enorm billigen Preisen

soweit der Vorrath reicht.

Damen-Handschuhe

Ein Posten weisse Glacé-Handschuhe 75 Pf. (zum Theil mit kleinen Fehlern)

Weisse Glacé-Handschuhe 1,10 1,45 1,80 M.

Weisse Körper-Handschuhe 18 Pf.

Weisse Zwirn-Handschuhe 2 Druckknöpfe 33 Pf.

Swed. imit. Handschuhe 2 Druckknöpfe 55 Pf.

Baumwollwaaren noch eingetroffen

Ein Posten abgepasste Damast-Garnituren mit Bordüre feinste Qualitäten 1 Deckbett 2 Kissen regulärer Preis 9,00 jetzt 6,50 Mk.

Damen-Confection

Mull-Blusen weiss und écu 1,95 M.

Alpaca-Gloria-Blusen in Säumchen mit Taffetblenden u. elegant m. Taffet garnirt ganz gefüttert 7,65 M.

Cheviot-

Tischwäsche noch eingetroffen

Tischtücher 180 150 165 cm lang h'leinen, gesäumt 90 Pf. 1,20, 1,60 M.

Ein Posten Tischzeuge vom Stück besonders für Restaurateure zu empfehlen, 140-175 cm breit, Reinfleinen und h'leinen Mtr. 1,35 1,85 2,25 2,50 Mk. bis 33 1/3 % unter Preis.

Ein Posten Gartendecken statt 2,25 1,50 M.

Hochelegante, reinseidene

*** Taffet-Bluse ***

— ganz auf Futter — reich in Säumchen mit Entredeux 9,35 M.

Untertailen Jaconet 95 Pf., Seide 3,85 M.

Kleiderröcke Prima Piqué, siebentheilig od. mit Volant 4,35 M.

Voile-Kleiderrock gefüttert, m. Zwischen-satz und Volant 12,50 M.

Strümpfe

Weisse Damenstrümpfe gewebt, engl. lang, ganz durchbrochen 65 Pf.

Weisse Fil d'Ecosse, durchbrochen 95 Pf.

Weisse Corsetschoner 33 16 9 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 4. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhaus. Feuerst. Bajagl. (Pagliacci)
Schauspielhaus. König Laurin. Deutsches. Donna Anna. Berliner. Alt-Helbergh. Lesing. Der blinde Passagier. Neues. Die Kluge. Residenz. Luit.
Thalia. Charleys Tante. Vorher: Calliope Pascha.
Weiten. Der Fresschuh. Central. Madame Schertz. Belle-Alliance-Theater. Am Telephon. Hierauf: Cupido u. Cie. Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Meister von Palmyra.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Heimat.
Carl Weich. Alle Römer. Bunte. System Aubert. Luitzen. Der Pfarrer von Kirchfeld. Kleines. Nachtschl. Trianon. Die Liebeshaudel. Apollo. Spezialitäten. — Frau Luna.

Metropol. Renefeld! Mitternachts! Casino. Cavalleria rusticana. Pascha. Berliner Luft. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Steitner Säng. Steidl. Steidl-Sänger. Passage-Theater. Spezialitäten. Passage-Panoptikum. Spezialitäten. Urania. Taubenstrasse 48/49. Das Land Tirol.

Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater
Heute: 2 Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr, halbe Preise. Jeder Erwachsenen ein Kind frei.
Schneeweissen und Rosenrot. Weihnachtsspiel mit Gesang und Tanz in 4 Akten.
Abends 7 1/2 Uhr:
Nur noch wenige Vorstellungen:
Madame Sherry.
Operette in 3 Akten von Hugo Feltz.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr.
Charleys Tante.
Guido Thielhager als Charleys Tante. Vorher: Cassis Pascha.
Freitag, 6. Februar zum erstenmal:
Der Camellonenkel. Komödie mit Gesang u. Tanz u. Leon Leipziger.

Luisen-Theater.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Schauspiel des Theaters des Westens: Das Nachtlager von Granada.
Freitag: Zum Besten der Hinterbliebenen des Oberregiments Rhodens-Gelling. Zum erstenmal: Der Meineidbauer.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.

Nachtschl.
Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeshaudel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater
Burgstrasse 22. Früher: Feen-Palast.
Grösster Erfolg der Saison!
8 1/2 Uhr. **Novität!** 8 1/2 Uhr.
Berliner Luft.
Gr. Operettenpasse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von H. Rosse.
Kauf von Plakaten.
Zwickel. Dir. R. Winkler.
Das Februar-Programm
Alles neu!
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Ende 50 Pf.

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Carmen.
Donnerstag: Eine Posse als Medizin.
Freitag: Mit neuen Dekorationen! Mit verstärktem Personal: **Die Räuber.**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Der Meister von Palmyra. Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen von Adolf Wilbrandt.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Das Geheimnis der Gilde.
Freitag abends 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.)
Mittwoch abends 8 Uhr:
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Renaissance.
Freitag abends 8 Uhr:
Heimat.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Abends 8 Uhr. Barfili 1 M.
Ilse Römer.
Schauspiel in 3 Akten u. 5. Mittelstück. Regen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Die Henne mit den goldenen Eiern.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Glöckner von Notre Dame.

Metropol-Theater.
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes!
Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer.
Gastspiel Julius Spielmann.
Emil Thomas a. G., Henri Bender, Frid Frid, Fl. Siding, Hans Reichsborg. 300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Cirkus Busch.
Mittwoch, den 3. Februar 1903, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey. Elefanten - Schauspiele.
Boeren als Kunstschützen und Lassowerfer. Tartakoff-Truppe und Seelöwen.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:

Das Land Tirol.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Neu! Die tatarische Schönheit **Miss Karri**
in ihren klassischen lebenden Bildern.

Neu! OTTO REUTTER
Neu! Wiener Damenkapelle **Kranz.**
Gr. Promenaden-Konzert.

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr, Ende 11 Uhr

AGA die schwebende Jungfrau.
Mysteriöses Theaterstück in 1 Akt.
The two Devils: Die Fahrt im Todesring.
Willy Prager prolongiert. 14 neue erstklass. Nummern.

Belle-Alliance-Theater.
Heute und folgende Tage:
Am Telephon.
Hierauf:
Cupido & Cie.
Sonnabend, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, 1. Vorstellung: Neue deutsche Bühne: „Kapellenberg.“ Schauspiel in 4 Akten von Robert Thomalla.

Buntes Theater
Künnickerstrasse 66.
Abends 8 Uhr:
System Aubert
Die angewandte Philosophie.

Casino-Theater
Lothringenstr. 37.
Keine Parodie! Original!
Cavalleria rusticana.
Neues Programm „Lehmann“.
Bischofsplatz 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Sonntagnachmittag 4 Uhr zum letztenmal: Lenore, die Grabesbraut. Dazu sämtliche Spezialitäten.

Residenz-Theater.
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Zum 6. Male:
Lutti. (Loute.)
Schauspiel in 4 Akten von Pierre Deber. Deutsch von Max Schöner.
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Abends 8 Uhr. Barfili 1 M.
Ilse Römer.
Schauspiel in 3 Akten u. 5. Mittelstück. Regen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Die Henne mit den goldenen Eiern.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Glöckner von Notre Dame.

Metropol-Theater.
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes!
Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer.
Gastspiel Julius Spielmann.
Emil Thomas a. G., Henri Bender, Frid Frid, Fl. Siding, Hans Reichsborg. 300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Cirkus Busch.
Mittwoch, den 3. Februar 1903, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey. Elefanten - Schauspiele.
Boeren als Kunstschützen und Lassowerfer. Tartakoff-Truppe und Seelöwen.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Cirkus Schumann

Mittwoch, den 4. Februar 1903, abends 7 1/2 Uhr:

Ausserordentlich gr. Vorstellung.
Neue Debuts.
Die Kanadier Vermette und Dionne. Die unerreichbaren **Billard-Künstler Les Brunins.**
Geschw. Jungmann, neuester Drahtseil-Akt.
Die lustigen Heidelberger.
populärste Pantomime.
Nur noch kurze Zeit! **the Loop.**

Sanssouci
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Säng. Nach jeder Sotze: Tanz-Kränzchen. Gott ist dot.
Sensationsparodie. Sale zu Festlichkeiten.

Apollo-Theater.
— Abends um 8 Uhr: —
Frau Luna
in Garbins Elektrischem Ballett. Um 9 1/2 Uhr: Die neuen Spezialitäten: **Robert Steidl** auf dem Hängeboden. Vindobonna. + Cobby und Shirker. Wundergrotte. + Meisters Kosmograph. Donnerstag: Raffels Hochzeit. Freitag: Frau Luna.

Steidl-Theater
Linienstrasse 192. Dranienburger Thor. Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Steidl-Sänger
u. a.: Die Jubiläum - Komödie: **Familie Humbert.**
Entree 50 Pf. (Vorverkauf 40 Pf.) Sperrst. 1 M.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variete Kommandanten - Straße 77/79. Direktion: Carl Kaverland.
Täglich: **Gr. Vorstellung.**
Das grosse amüsante **februar-Programm.**
Nur allererste Kunstkräfte. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung: **TANZ.**

Königstadt-Casino.
Holzmarkt, 72. Ecke Alexanderstr. Täglich erstl. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnab. und Sonntag Tanzkränzchen. Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Bekanntmachung.
Von jetzt an treten folgende **Tarifermässigungen** in Kraft:
1. Nachttarif für Beleuchtung.
Der Preis der Elektrizität für Beleuchtung in den Nachtstunden zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens wird für diejenigen Abnehmer, die sich zu einer jährlichen Stromentnahme während dieser Nachtstunden von mindestens 1000 M. verpflichten, auf 35 Pf. für die Kilowattstunde ermässigt.
2. Fahrstuhl-Beleuchtung.
Elektrizität zum Betriebe der in den Körben und Motorräumen der Fahrstühle angebrachten elektrischen Lampen wird künftig nach dem derzeitigen Krafttarif von 15 Pf. für die Kilowattstunde berechnet, sofern diese Lampen an den Zähler für den Fahrstuhl-Motor angeschlossen werden.
Anträge werden in unserem Bureau Luisenstrasse 35 entgegen genommen, woselbst auch jede Auskunft bereitwilligst erteilt wird. Berlin, im Februar 1903. 515L*

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.
Berliner Elektrizitäts-Werke.

Stenographie

Stolze-Schrey.
Neue Unterrichtskurse in der vereinfachten Stenographie beginnen im Arbeiter-Stenographenverein: **Dienstag, 10. Februar**, bei Rottschky, Reichenbergerstr. 19. **Mittwoch, 11. Februar**, bei Lehmann, Schulstr. 29. **Freitag, 13. Februar**, bei Gruppe, Annenstr. 16. 1900b. Anfang 8 1/2 Uhr. Unterrichtsgeld 4 Mark. Die erste Stunde ist kostenfrei!

WINTERGARTEN
Vollständig neues Programm: **Yvette Guilbert.**
Spanische Tänze. Die 3 Missouri. Engl. Exentrics. Alfred de Bessol, Blitz-Modellier. „Das Mädchen mit dem goldenen Haar“ eine Vision. Charles Prellé, Ventriloquist. Amoros Werner-Truppe, Pantomime „Beim Flirten erwischt“. Les Darios, Pariser Tänzer. Otto Reutter, Humorist. The Uessoms, akrob. Produktion. Pariser Luft, Ballett. Der „Slogograph“.

Reichshallen.
Stettiner Säng. Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.
Sonnabend, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, 1. Vorstellung: Neue deutsche Bühne: „Kapellenberg.“ Schauspiel in 4 Akten von Robert Thomalla.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.
Grosser Bock-Truhel
um 10 Uhr abends
Einzig Gambrius mit Gefolge.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus Franz.-Hudholz.
Heute: Bockbierfest.
Im Kaiser-Saal: Norddeutsche Säng. und Tanz.

Paul Horst und Frau
geb. Dittmann
SO. 16 Berlin, Gesellschaftshaus.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Orts-Krankenkasse der Handschuhmacher
u. verw. Gewerbe zu Berlin.
Die 8. Abänderung des Statuts, die laut Generalversammlung vom 30. November 1902 angenommen, ist vom Bezirksausschuss durch Beschluss am 13. Januar 1903 genehmigt worden. Berlin, 4. Februar 1903. Der Vorstand. A. H.: Herrn. Ding.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Masken- u. Theater-Verleih-Institut.
Größtes im Norden f. Damen u. Herren. Historische Nationaltrachten; Tyroler; eleg. Dominos; Hochzeitsklöder. **Volenthafer Thor** C. Gromall, Ring Eisassorstr. 971.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **August Küter**

am 1. Februar nach langen schweren Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 4. Februar, nachmittags um 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserhofes in der Wilhelmstrasse aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung. 78/6

Junungs-Frankenkasse der Schneider-(Zwangs-)Junung zu Berlin.
Die Herren Vertreter obiger Kasse werden hierdurch zu der **ausserordentlichen General- u. Versammlung am Donnerstag, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Evangel. Vereinshaus, Kronenstrasse 106, Saal II,** eingeladen und gebeten

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung. Dienstag, den 3. Februar. 11 Uhr.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben.

Die zweite Etatsberatung wird beim Etat der indirekten Steuern fortgesetzt.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Ich ergreife an dieser Stelle die erwünschte Gelegenheit, um mich über den Sachverhalt der Dienstentlassung des Provinzial-Steuerdirektors Löhring in Posen zu äußern. Die Angelegenheit ist vor kurzem im Reichstag zur Sprache gekommen. Ich habe mich mit voller Abicht an der Erörterung im Reichstage nicht beteiligt, denn es handelt sich hier um eine rein interne preussische Angelegenheit, die in keiner Weise zur Zuständigkeit des Reichstages gehört. (Sehr richtig!)

Die Vorwürfe, die mir in der Öffentlichkeit und in der Presse gemacht worden sind, betreffen zunächst darin, daß ich diesen Beamten zum Ausscheiden aus dem Staatsdienst gedrängt habe, weil er die Tochter eines Subalternbeamten geheiratet hätte. Eine solche Kränkung des gesamten Standes der Subalternbeamten ist mir nie in den Sinn gekommen. Ich werde nie verkennen, daß die Tochter eines Subalternbeamten einen höheren Beamten heiratet. Ich habe ausdrücklich ausgesprochen, daß ich mich über die Verlobung jedes Urteils enthalte, und habe lediglich geäußert, daß der betreffende Beamte mir von seiner Verlobung keine Anzeige gemacht hat. (Hört! hört! rechts.)

Bezüglich der Feldwebeltochter kann ich mich den Ausführungen des Kriegeministers im Reichstage vollkommen anschließen. Die Feldwebeltochter ist bei meinem Vorgehen überhaupt nicht in Betracht gekommen. Ich habe erst aus den Zeitungen davon Kenntnis erhalten, daß Herr Coccius früher ein Feldwebel war. (Hört! hört! rechts.)

Zur mir ist lediglich die politische Gesinnung dieses Beamten maßgebend gewesen. Die unangenehme Lage in Posen macht bei unsren Beamten ein besonderes Interesse für nationale Dinge notwendig. (Zustimmung rechts.) Kein Mensch wird von unsren Beamten verlangen, daß sie stumme Diener der Regierung seien. Was wir aber verlangen, ist, daß die Beamten die Gesamtinteressen der Regierung billigen. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung muß in ihren Beamten eine Stütze finden, sie dürfen ihr nicht passiv entgegenstehen. (Zustimmung rechts.) Diese Pflicht ist den Beamten ausdrücklich eingeschärft worden. Der Provinzial-Steuerdirektor hat aber in seiner Gesamthaltung bekundet, daß er der Politik der Staatsregierung in sehr wesentlichen Punkten widerstrebt. Schon vom Abgeordneten v. Jagdewell ist der Fall in Frankfurt gestreift worden. In dieser Stadt wurde in der Stadtverordnetenwahl ein Pole gewählt und zwar weil sich 80-90 Proz. der Kommunalbeamten nicht an der Wahl beteiligt hatten. Ein Steuerbeamter hat sogar für einen Polen gestimmt. (Hört! hört! rechts.) Die Wahl wurde aus irgend welchen Gründen für ungültig erklärt. Nur wurde den Beamten vom Landrat eingeschärft, bei der Nachwahl ihre nationale Pflicht zu erfüllen. Darauf erklärte der Provinzial-Steuerdirektor: „Der Landrat verlangt von mir eine verfassungswidrige Handlung.“ (Lebhafte Zustimmung links. Unruhe rechts.)

Man kann keinen Beamten verlangen, wenn er einen Polen wählt, auch die Minorität muß vertreten sein. (Große Unruhe rechts. Lebhaftes Sehr richtig links.) Warum soll nicht auch ein Pole Stadtverordneter sein? Wir müssen von einem künftigen Beamten ein klares Bekenntnis in nationalen Fragen verlangen; er muß unter allen Umständen deutsch wählen. (Sehr richtig! rechts.) Ein Beamter, der nicht einen Deutschen wählt, hat das Recht vermisst, im Osten tätig zu sein. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Der Provinzial-Steuerdirektor hat weiter erklärt, er verdamme den Ostmarkenverein. (Hört! hört! rechts), also einen Verein, der sich zur Aufgabe gestellt hat, die gesamten deutschen Interessen dort zu vertreten. Der Minister verliest eine Reihe von Ausagen, in denen Beamte erklären, daß Löhring sich gegenüber der Polenpolitik der Regierung passiv verhalten habe. Auf den Entschluß des Finanzministers, daß alle politisch unzuverlässigen Beamten aus dem Osten entfernt werden sollen, hat der Provinzial-

Steuerdirektor erklärt, solche Dummheiten mache er nicht mit. (Große Unruhe und lebhaftes Hört! hört! rechts.)

Der Provinzial-Steuerdirektor hat auch keine Bedenken getragen, seine abweichende Auffassung seinen Untergebenen einzuflohen. Er hat gesagt: „Man solle die Polen reden lassen, wie Ihnen der Schnabel gewachsen wäre.“ (Sehr richtig! links.) Er löste sich für die jegliche Strömung nicht begeistern. Ich hätte mich einer Untreue gegen die Ostmarkenpolitik schuldig gemacht, wenn ich diesen Beamten an der Spitze jener Verwaltung gelassen hätte. (Bravo! rechts.) Ich konnte ihm nach Kenntnis dieser Thatsachen auch keine andere Stelle im Staatsdienst übertragen, und habe ihn nahegelegt, seine Pensionierung nachzusuchen. (Sehr richtig! rechts.) Wie sollen wir das Polentum bekämpfen, wenn wir uns nicht auf unsere eignen Beamten verlassen können? Nur mit einer treuen, zuverlässigen Beamenschaft werden wir die großen nationalen Aufgaben im Osten lösen können. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Rindler-Poseja (fr. Sp.):

Wenn es sich bloß um die Verlor Löhrings handelte, so würde ich die Verteidigung seinen konservativen Freunden überlassen; er ist nämlich ein streng konservativer Mann. (Lachen rechts.) Seine Entlassung hat aber weit über die Grenzen Preußens hinaus Aufsehen erregt. Dem Exposé des Herrn Löhring ist in keinem Punkte widersprochen worden. Wir haben auch keinen Grund, an der Glaubwürdigkeit des Herrn Löhring zu zweifeln. Redner giebt hierauf noch den ihm vorliegenden Exposé eine eingehende Darstellung des Falles. Aus dieser Darstellung geht also hervor, daß die Verlobung bei der Pensionierung in den Vordergrund gestellt worden ist. Ich gebe zu, daß Herr Löhring nicht recht daran that, seine Pensionierung selbst abzuwarten, zumal er als nicht politischer Beamter nicht einfach zur Disposition gestellt werden konnte. Der ganze Vorgang zeigt, daß immer noch ein Mandarientum unter den Beamten besteht, wie es nicht sein sollte und dieses Mandarientum wächst leider je mehr man vom Westen nach dem Osten kommt, mit jedem Grade der Stumpfheit und die Schmeichelei, die durch das Respektosystem großgezogen wird. Ueber die Zurücksetzung des Bürgerturns ist den östlichen Provinzen könnte man viel erzählen. In einem Provinzial-Osten im Neuen Museum in Posen wurden zum Beispiel die freistehenden Abgeordneten überhaupt nicht geladen, wahrscheinlich weil sie noch nicht einmal Klasse III. Klasse waren. — Was Löhring außer seiner Verlobung vorgeworfen wurde, könnte höchstens zu seiner Verlegung, niemals aber zu seiner Pensionierung führen. Landräte, die für den Land der Landwirte agitieren, sind bisher stets unbehelligt geblieben, und ich glaube, sie werden auch unbehelligt bleiben, trotzdem jetzt das Tischgespräch zwischen Land und Herr v. Pöbbecke zerstimmt ist. Und Löhring war gar kein politischer Beamter. Die Versicherungen zur Polenpolitik sind erst nach seiner Verlobung in die Baggage geworfen worden. Es zeigt nicht gerade von einem schönen Charakter der Untergebenen des Herrn Löhring, daß sie ihn denunziert haben. Es kam nicht bezweifelt werden, daß die Verlobung die Ursache der Verabschiedung Löhrings war, wenn es auch bestritten wird und wenn es auch vielleicht nicht die Absicht des Herrn Ministers war. Ferner kommen auch staatsrechtliche Bedenken gegenüber dieser Pensionierung eines durchaus noch rüstigen Beamten in Betracht. Wenn jeder Beamte pensioniert werden sollte, der irgend einmal eine Aenderung gegen die Maßnahmen der Regierung macht, dann würde unser Pensionsfonds außerordentlich anschwellen. Der letzte Punkt ist die von Löhring verlangte Wahlbeeinflussung. Die Abgabe des Stimmzettels bei der Wahl kann unmöglich als Wahlagitierung bezeichnet werden und nur eine solche kann dem Beamten verboten werden. Löhring hatte durchaus recht, wenn er ein öffentliches Einverständnis gegen den betreffenden Beamten ablehnte. Durch derartige Wahlbeeinflussungen wird nur das Demunziatentum großgezogen, das ja bei diesem ganzen Fall leider eine große Rolle spielt. Ich will hoffen, daß die Regierung in Zukunft doch etwas vorsichtiger sein und den Beamten ihre freie Meinung gönnen wird. (Bravo! links.)

Abg. Graf Limburg-Stürum (L.): Auf alle Einzelheiten will ich nicht eingehen. Die Dinge liegen nicht ganz klar. (Hört! hört! links.) Mit dem, was der Herr Finanzminister über die Frage der Verlobung und ihren Einfluss auf die Verabschiedung gesagt hat, stimme ich überein. Im allgemeinen kann die Frau eines Beamten sehr wohl auf die Stellung eines Beamten schädigend einwirken, wenn sie die notwendigen Eigenschaften des Geistes und des Herzens vermissen läßt. Ob sie aber aus niederen oder höheren Kreisen stammt, kommt dabei gar nicht in Betracht. — Was die Entlassung des Herrn Löhring anlangt, so gebe ich dem Herrn Minister darin recht, daß die Entlassung erfolgen mußte, wenn Herr Löhring in seiner exponierten Stellung nicht die Politik der Regierung vertrat. Dagegen kann ich mich nicht damit einverstanden erklären, daß die Gründe der Entlassung in diesem Hause zum Gegenstand der kontradictorischen Erörterung gemacht werden. Man kann wohl allgemeine Grundsätze für die Anstellung und Entlassung der Beamten hier aufstellen, aber es vertritt sich nicht mit der Privilegien der Krone, daß die Regierung in jedem einzelnen Falle der Beamtenentlassung über ihre Gründe hier zur Rechenschaft gezogen werden kann. — Schließlich möchte ich noch meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß die Regierung ihre Ostmarkenpolitik ernst nimmt. (Bravo! rechts.)

Abg. Frhr. v. Jeditz (fr. Sp.):

Zunächst muß ich dem Minister danken, daß er im Reichstage nicht über den Fall Löhring gesprochen hat. Hätte der Minister direkt mit Löhring verhandelt und nicht durch Mitteloperationen, so wäre die Legendenbildung von der Feldwebeltochter unmöglich gewesen. Nach der heutigen Erklärung des Ministers scheidet die Verlobung mit der Tochter des Feldwebels als Grund für die Entlassung Löhrings vom Amt vollständig aus. Ich stimme den Worten des Kriegeministers über die Verlobung eines Offiziers oder höheren Beamten mit der Tochter eines Subalternbeamten vollständig bei. Wundern muß ich mich nur, daß der preussische Staat so spät erst erkannt hat, wie gänzlich ungeeignet Herr Löhring zur Bekämpfung einer höheren Verwaltungsstelle war, die eine starke Hand erfordert. Er sollte eine Beamtenenschaft im schwersten nationalen Kampfe im Sinne des preussischen Staatsgebantens führen und hat dabei ganz verlegt. Das allein machte ihn gänzlich ungeeignet für den Posten eines Provinzial-Steuerdirektors. Herr Löhring hat die Legendenbildung, daß seine Verlobung mit der Tochter des Feldwebels den Grund seiner Entlassung gegeben habe, in geradezu raffiniertester Weise gefördert. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Sein Weggang ist kein Verlust für den preussischen Staat. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Kirck (Centr.):

Dem Reichstage muß das Recht gewahrt bleiben, bezügliche wichtige Angelegenheiten wie den Fall Löhring, die weit über den Rahmen des Einzelstaates hinausreichen, vor sein Forum zu ziehen. Nach meiner Auffassung ist auf beiden Seiten gescheit worden, sowohl von Herrn Löhring wie von der Finanzverwaltung. Es ist erfreulich, daß der Herr Finanzminister in so positiver Weise erklärt hat, daß der Beirat eines höheren Beamten mit der Tochter eines Subalternbeamten nichts im Wege stände. Daß man aber zunächst anderer Meinung sein konnte, dafür sprach zweierlei: erstens das zeitliche Zusammentreffen der Verlobung oder der Heirat mit der Entlassung und zweitens der Umstand, daß die Regierung so lange mit der Abfertigung gezögert hat. Das dienstliche Verhalten Löhrings kann für seine Pensionierung keinen Grund gegeben haben, es handelte sich immer nur um Versicherungen Löhrings in Privatgesprächen über die Polenpolitik. Formell mag Graf Limburg-Stürum recht haben, wenn er meint, daß die

Entlassung eines Beamten nicht vor das Forum dieses Hauses gehört. In diesem Falle entspricht aber die Art, wie dieser Beamte hingerichtet worden ist, seine Pensionierung nachzusuchen, nicht dem Geiste des Pensionsgesetzes. Ein Disziplinarverfahren ist gegen Herrn Löhring niemals eröffnet worden. Der eine Beamte wird wegen seiner ablehnenden Haltung in der Kanalfrage entlassen, der andere wegen seiner Stellung zur Polenpolitik. Aber die politische Haltung eines Beamten sollte niemals Anlaß zu seiner Abfertigung geben. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Auf die Reden im Reichstage sollte der Herr Minister immer sofort im Reichstage erwidern. Sonst gehen die Anklagen ohne Widerlegung ins Land hinaus. Ich habe lebhaft behauptet, daß der mir persönlich bekannte Provinzial-Steuerdirektor Löhring die Hand dazu geboten hat, daß sein Fall in der Presse erörtert wurde. Viel Gutes ist dabei nicht herausgekommen. Diese öffentlichen Erörterungen lagen nicht im Interesse des Beamtenstandes, nicht im Sinne des Deutschturns und nicht im Sinne der preussischen Staatsidee. Ich freue mich, daß der Herr Minister sich so energisch von den thörichten Ideen des Kastengeistes losgesagt hat. Wenn die junge schöne Dame den alten Herrn zum drittenmale heiraten wollte (Stürmische Heiterkeit), so war das eine Privatsache. Leider scheint der Oberpräsident von Posen von diesem Kastengeist nicht ganz frei zu sein. Ebenfalls kann ich das Verfahren des Landrates von Frankfurt gutheißen, der Herrn Löhring veranlassen wollte, einen seiner Beamten bei einer Wahl zu beeinflussen. Andreis bin auch ich der Meinung, daß nur ganz zuverlässige Beamte, die die Staatsregierung aus vollem Herzen in ihrem Kampfe gegen die Polen unterstützen, in die östlichen Provinzen entsandt werden. Aber auch die Regierung ist verpflichtet, die Beamten mit Vorsicht und Umsicht auszuwählen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schröder (Pole): Wir haben keinerlei Beziehung zu Herrn Löhring und urteilen über diesen Fall vollkommen objektiv. Der Beamte kann wie jeder Staatsbürger seine freie Willensmeinung verlangen. Wir leben doch nicht in einem byzantinischen Staat? In den Zeitungen wird immer nur das erzählt, was gegen uns vorgebracht wird. Was wir sagen, lassen die Herren Berichterstatter in der Regel fort. (Zur Journalistentribüne.) Ich bitte die Herren, in Zukunft etwas objektiver zu verfahren. (Heiterkeit.) Gewissen Leuten scheint es sehr unangenehm zu sein, daß es Polen überhaupt giebt. (Beifall bei den Polen.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Die Mehrzahl der Redner hat das eingeschlagene Verhalten ja gebilligt. Ich stimme mit dem Grafen Limburg darin überein, daß man nicht in die Rechte der Krone eingreifen solle. Es war aber notwendig, heute den Fall Löhring hier zu besprechen, weil sich sonst in der Bevölkerung die Legende festsetzen würde, als ob in Preußen eine Scheidewand zwischen höheren und niederen Beamten bestände. Herr Schröder hat wieder eine der üblichen Polenreden gehalten, die vollständig unbewiesene und unbeweisbare Behauptungen enthält. (Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Defer (fr. Sp.):

Die Ansicht, daß Herr Löhring wegen seiner Verlobung mit der Tochter eines Feldwebels entlassen wurde, was ganz allgemein verbreitet. Der Minister hätte viel zur Beruhigung der Bevölkerung gesagt, wenn er die Erklärung, die er heute hier abgegeben hat, schon in vorigen Semestern veröffentlicht hätte. (Zustimmung links.) Hoffentlich sehen die Herren, die heute hier für die Subalternbeamten so schöne Reden gehalten haben, ihre schönen Worte in Thaten um. Wir werden Sie bei der Aufbesserung der Gehälter zerknirschend unterstützen. (Sehr richtig! links.) — Ich komme nun zu dem Etat der indirekten Steuern selbst. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den zölfreien Veredelungsverkehr lenken. Es ist sehr bedauerlich, daß diese Zollfreiheit nur fakultativ eingeführt ist.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Beim zölfreien Veredelungsverkehr stehen sich verschiedene wirtschaftliche Interessen gegenüber. Gewiß bekommen durch Zulassung der Zollfreiheit zahlreiche Arbeiter lohnende Beschäftigung, andererseits vermindern wir bei einer großen Reihe Betriebe die Rentabilität. In diesen wirtschaftlichen Kampf einzugreifen ist nicht Aufgabe des Finanzministers. Vielmehr wendet sich der Vorredner mit seinen Wünschen an den Handelsminister.

Abg. Hirsch (fr. Sp.) glaubt nicht, daß die Frage des zölfreien Veredelungsverkehrs länger Hand bei dieser Erörterung gelöst werden könne, und verteidigt die Kartelle und ihre Preispolitik gegen die Angriffe des Abg. Dr. Defer.

Abg. Gothein (fr. Sp.) behandelt gleichfalls die Kartellfrage. Die Kartelle nehmen den inländischen Konsumenten so falsche Preise ab, daß sie unter den Produktionskosten nach dem Auslande verkaufen und den Verlust aus dem inländischen Gewinne decken können.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Ich würde dem Abg. Gothein dankbar sein, wenn er mir sein Material zur Verfügung stellen würde, denn ich habe das lebhafteste Interesse daran, die Angelegenheit abzuschließen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr. (Etat der Gehaltsverwaltung; Etat der direkten Steuern.)

Ein Kurpfuscher-Prozeß.

Zweiter Tag.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Müller eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.

Die von dem Angeklagten Mardenkötter für seine Haftentlassung erforderliche Kaution von 15 000 M. ist inzwischen gestellt worden.

Der umfangreiche Betrieb des Angeklagten ergiebt sich u. a. aus der größeren Anzahl von Personen, die darin beschäftigt waren. Außer dem Expedientenpersonal waren noch drei Korrespondenten beschäftigt, die die Eintragungen in die Patientenbücher besorgten und mit Hilfe von drei Schreibern die Korrespondenz mit den Patienten führten, selbständig Rechnungen anordneten und selbständig Rezepte ausgaben, obgleich sie nie ein medizinisches Examen abgelegt hatten. Bezeichnend für die Geschäftsführung des Angeklagten ist, daß er auf Befragen des Präsidenten erklärt, er habe die Korrespondenzen für eine derartige Thätigkeit für befugt erachtet, „da er sie ja drei Monate in der Geschäftsführung unterworfen habe“. Der Vorsitzende hält dies für ganz unrichtig, zumal die Korrespondenzen bei dem umfangreichen Betrieb des Geschäftes, der doch jährlich mindestens auf 100 000 M. zu bemessen sei, auch sonst noch alle Hände voll zu thun hatten. Bei dieser Gelegenheit wird auch zur Sprache gebracht, daß nach der Behauptung des Angeklagten mitunter in den Apotheken Rezepte angefertigt worden seien, die keine Unterschrift trugen, sondern den Vermerk hatten:

„Unterschrift folgt.“

Der Vorsitzende bezweifelt, daß ein solches Verfahren bei den Apothekern möglich sei, der Angeklagte behauptet aber, daß dies in der „Salomon-Apothek“ geschehen sei; die ärztliche Unterschrift sei auch am nächsten Tage nachgeliefert worden. — Präsi.: Wie konnten Sie nur den Rat haben, Preise zu fordern, die läßt bis zu 120 M. für eine Kur hinaufgehen? Sie haben dafür meist unter 2 M. Objekt geliefert. Einem armen Dienstmädchen haben Sie 94 M. abgenommen, einem erblindeten Arbeiter 98 M., einem andern Patienten, den Sie durch falsche Behandlung schwer geschädigt haben, 75 M. Es ist eine ganze Anzahl von Zeugen vorhanden, die durch Ihre Behandlung in ihrer Gesundheit arg zurückgekommen sind. Eine ganze Anzahl Ihrer

Patienten ist inzwischen auch gestorben. — **Angellagter** (Lächelnd): Das passiert auch den Patienten von Verzeihen. — **Präf.:** Sie scheinen die ganze Sache burschlich aufzufassen, obwohl Ihnen doch durch Ihre geistige Verfassung der Ernst Ihrer Lage klar geworden sein sollte. Sie thäten in Ihrem Interesse besser, Ihr hochfahrendes Wesen und Ihre Ueberhebung beiseite zu lassen. — Der Angellagte erklärt zu den hohen Preisen, die er berechnet: er habe doch auch große Anstöße gehabt, das Personal, die Ärzte bezahlen müssen und auch auf jeden Patienten einen Betrag von 15 M. anrechnen müssen, denn er habe 4—5000 M. im Monat für Reklamen ausgegeben. Außerdem habe er ja auch viele Stoffenachlässe genährt und die Medizin umsonst geliefert. — **Präf.:** Die letztere repräsentiert einen

Wert von etwa 1 Mark.

Der Vorsitzende geht dann dazu über, wie der Angellagte sich berechtigt halten könnte, alle die vielen Krankheiten, gegen die er sich anpires, auf brieflichen Wege zu heilen. — Der Angellagte behauptet, daß dies sehr gut möglich sei. Auf Grund der Fragebogen könne er sich sehr gut ein Bild von der Krankheit machen. Auch viele Ärzte kurierten ja doch brieflich. — **Präf.:** Welches „Bild“ Sie sich machen, zeigt ein später noch zu besprechender Fall. Da hatte sich eine 50jährige Frau an Sie gewandt, die, ohne es zu ahnen, in geeigneten Umständen sich befand und später eines gewissen Knabenlebens genas. Die Frau hatte einige aus diesem Zustande herrührende Beschwerden und Sie haben nun flüchtig mit Ihren Medikamenten drauf los kuriert. Die Beschwerden waren sehr bald verschwunden und die Frau glaube sogar von Ihnen geheilt worden zu sein. Sie haben dann aber auch noch von ihr eine Nachkur verlangt und als sie sich dessen weigerte, haben Sie ihr vorgehalten, daß sie den Fragebogen unterschrieben und sich damit in Ihre Hand gegeben habe. Das ist doch geradezu unerhört. — Der Angellagte schließt diesen Fall in anderer Weise. — **Präf.:** In Ihren Rezeptbüchern befindet sich auch ein Rezept gegen Krebs. Sie scheinen sich also auch mit dieser Krankheit beschäftigt zu haben. — **Angell.:** Das ist durchaus nicht der Fall. — Sachverständiger Dr. Störmer stellt fest, daß der Angellagte an einem Kranken, der an Krebs litt, vier Monate lang herumkuriert habe. Schließlich habe er der Frau den Rat erteilt, doch lieber in eine Klinik zu gehen und von dem Arzt eine bestimmte Diagnose stellen zu lassen. Der Angellagte habe also vier Monate lang eine krebsleidende Frau, bei welcher er selbst im Patientenbuche sofort die Zwischenfrage „Krebs?“ hinzugefügt hatte, herumlaufen lassen. — **Angell.:** Ich habe die Frau zunächst nur versuchsweise angenommen. — Dr. Störmer: Das ist eben das Unerhörte. Lebrigens wird ein noch viel krasserer Fall zur Sprache kommen. — **Präf.:** Charakteristisch ist auch, daß der Angellagte den brieflich behandelten Patienten mitunter vier Rezepte, in einem Falle sogar 11 Rezepte auf einmal überfandte. Das sagt von der Sicherheit seiner „Diagnose“. — Auf eine Frage erklärt Dr. Störmer, daß der Angellagte im Jahre 1899 über

92 000 Mark Einnahmen

gehabt habe. — **Präf.:** Was verstehen Sie nun unter Ihrem „neu kombinierten“ Heilverfahren? — Der Angellagte erwidert, daß ihm während seiner sechsjährigen Thätigkeit als Apotheker Tausende von Rezepten durch die Finger gegangen sind. Er habe nun auf Grund dieser Erfahrungen seine Medikamente vielfach durch Kombination des Naturheilverfahrens mit dem medikamentösen Verfahren hergestellt. — Dr. Störmer: Der Angellagte hat seine Rezepte nach dem Grundsatz zusammengeschrieben: Wer Vieles bringt, wird alles etwas bringen! — Der Vorsitzende hebt noch hervor, daß die „Korrespondenten“, denen der Angellagte die Anordnungen über die Nachkur usw. überließ, hauptsächlich damit beschäftigt waren, aus den Büchern die „Rezepte“ herauszufinden und Nachdrücke zu fertigen. Aus dem Geschäft des Angellagten sind täglich 15—20 Pakete verschickt worden, wozu noch 7 bis 8 Pakete täglich aus Freilager verschickt kamen. — Die Vernehmung Kardentötters ist hiermit beendet.

Der Angellagte Miesper

erklärt sich für nichtschuldig. Sein Schwager Kardentötter habe seiner Zeit die Heilanstalt Sudausch unter ärztlicher Leitung betrieben. Er habe ihm damals durch seine Vermittlung den billigen Bezug der notwendigen Rohstoffe von einer Engros-Firma verschafft. Als Kardentötter nach Berlin übersiedelte, habe er ihm dieselbe günstige Gelegenheit verschaffen wollen und an die Firma Miedel geschrieben, daß er selbst die durch Kardentötter zu beschaffenden Rohstoffe beziehen und verarbeiten wolle. Herr Miedel hat, wie der Präsident aus der Korrespondenz feststellt, zunächst Bedenken gehabt, ist dann aber in die Verbindung eingetreten, nachdem Kardentötter ihm wahrheitswidrig die Versicherung abgegeben habe, daß die Rohstoffe sofort nach Freilager weiter gefandt und in Berlin nicht verarbeitet werden würden. Die Firma Miedel hat über 4000 M. Medikamente geliefert. Angellagter Miesper behauptet, neugierig zu haben, daß Kardentötter selbst nur die für den Verleche frei gegebenen Rohmaterialien verarbeitet. Zum Mai 1899 sei Kardentötter nach Freilager gekommen und habe ihn gebeten, den Versand seiner Medikamente von Freilager aus zu übernehmen. Er habe anfangs die Medikamente zunächst selbst angefertigt, gebe aber zu, daß Kardentötter ihm zur Erleichterung später schon fertige Medikamente zur weiteren Verschickung zugesandt habe. Er behauptet aber, daß dieselben unschuldiger Natur, wie Chinainfektur, verdünnte Salzsäure und Bismutpräparat, waren; Giftige und zusammengepackte Arzneien waren nicht dabei. Er behauptet, daß er den ihm zugesandten Medikamenten schon ihren Charakter ansehen und event. ankommen konnte, denn es seien im wesentlichen immer dieselben gewesen. Er will bei der ganzen Arbeit, für welche er 50 M. pro Monat erhielt, nur Geld zugerechnet und Karger und Verdruß gehabt haben, und als er wegen der Ueberbürdung die ganze Sache niederlegen wollte, habe ihm sein Schwager gedroht, ihn regreßpflichtig zu machen, wenn er ihn in Stich lasse. Er habe nur die Rezepte angefertigt, die er anfertigen durfte und sei immer der Meinung gewesen, daß nur er den ganzen Versand habe. Wenn hinter feingemühten Mäuden auch von Berlin ein Versand stattfand, so sei er dafür nicht verantwortlich. — Erster Staatsanwalt Pelz betont: Der Versand der Pakete durch den Angellagten sei so auffallend gewesen, daß die Polizei in Freilager der Sache näher getreten sei. — Der Angellagte behauptet, daß dies ein Konkurrenzmandat gewesen sei. Er habe den Versand ganz offen betrieben und auch die Freilagerer Ärzte, die sich wegen Einstellung des Versands an ihn gewandt, abschneidend beschieden. Er habe von der ganzen Sache keinerlei Vorteil gehabt.

Auch der Angell. Dr. Kronheim bestreitet seine Schuld. Auf Befragen bekundet der Angellagte, daß es seine Aufgabe war, die vorbereiteten Fragebogen zu prüfen, die Krankengeschichte durchzulesen, die Diagnose zu stellen usw. Das alles machte er in der Zeit von durchschnittlich einer Stunde, die er täglich bei Kardentötter zubradete. Er erhielt dafür 150 M. monatlich. Er gibt zu, daß mitunter Rezepte in die Apotheke von Variel in der Prenzlauer Allee gekommen und erst später von ihm unterschrieben worden seien. — Sachverständiger Dr. Störmer hat festgestellt, daß unter den mehreren Tausend Rezepten ein paar Hundert, die stark wirkende Mittel vorordnen, ununterschiedlich in die Apotheken gekommen sind. — Der Angellagte meint, er könne sich dies nicht erklären, denn er glaube, daß es sich nur um wenige ununterschiedliche Rezepte handeln könne. — **Präf.:** Das ist doch auf alle Fälle eine Pflichtvergessenheit. Sie haben außerdem sich mal dahin geäußert, daß Ihnen bei gewissen Geschlechtskrankheiten schon die Angabe einer Kleinigkeit genüge, um die Diagnose zu stellen. — **Angellagter:** Ich habe über die Mittel mit mehreren Apothekern gesprochen und diese haben anerkannt, daß die Mittel sehr gut seien. Nach meiner Meinung hat in jedem Falle

Der Apotheker eine bessere Kenntnis über die Wirkung einer Arznei, wie der Arzt.

(Weiterkeit im Publikum.) Sowohl, denn der Arzt hat nur ein Gemisener Arzneischere zu hören während

jahren mit den Arzneien zu thun haben. — **Präf.:** Die Ärzte werden sich für das Urteil, welches Sie über diese fällen, bedanken! Nach Ihrer Ansicht müßte also ein Arzt, der die Diagnose auf geschwollene Leber stellt, erst zum Apotheker laufen und mit diesem beraten, welche Arzneien wohl zu verschreiben wären. Das Publikum müßte dann statt eines Arztes immer zwei Personen zu seinen Diensten haben. — **Angell.:** Ich habe die Mittel für gut befunden und sie auch in meiner ganz netten Privatpraxis mit Erfolg zur Anwendung gebracht. — **Präf.:** Wüßten Sie nicht, daß eingehende Befragungen einfach vernichtet wurden und daß viele Patienten dem Angellagten Kardentötter schrieben, seine ganze Methode sei einfach lächerlich? — **Angell.:** Nein, das ist mir nicht bekannt. — **Präf.:** Haben Sie auch Krebs und Tuberkulose brieflich behandelt? — **Angell.:** Krebs nicht und Tuberkulose nur in solchen Fällen, wo die Leute darauf bestanden. — **Präf.:** Sind die Ihnen eingehenden Sputum-Probieren untersucht worden? — **Angell.:** Nein. — **Präf.:** Sie sind also einfach weggekommen worden. — Sachverständiger Dr. Störmer: Hält der Angellagte eine briefliche Behandlung von Bluthusten für zulässig? — **Angell.:** Unter Umständen ja: Wenn ein Patient schreibt, er sei schon von so und so vielen Ärzten an Bluthusten erfolglos behandelt worden und wolle nun auch meine Mittel probieren, so halte ich briefliche Behandlung für zulässig. — **Präf.:** Waren Sie bezüglich der Diagnose dem immer derselben Meinung wie Kardentötter? — **Angell.:** Nein, manchmal streich ich an seinen Beobachtungen, er war darüber manchmal ärgerlich, schließlich siegte ich aber im wesentlichen immer mit meiner Ansicht. — **Präf.:** Billigten Sie auch, daß die Patienten Quecksilber durch den Magen zugeführt erhielten? — **Angell.:** Ursprünglich hatte ich Bedenken dagegen, die Weibchode hat sich aber sehr gut bewährt. — Erster Staatsanwalt Pelz: Hat der Angellagte als approbierter Arzt nicht Anstand genommen, zu einem Arzt wie Kardentötter zu gehen? Wenn ein Jurist bei einem Winkelschulmeister arbeiten wollte, müßte er doch schon vollständig herunter sein. Schließlich müßte doch

das Ständebewußtsein

eine gewichtige Rolle spielen. — **Angell.:** Nein. — Staatsanwalt: Nicht? Na, dann danke ich schon! Sie haben in der Voruntersuchung auch die klaffende Aufgabe gemacht: Ihnen als Arzt hätten doch die „reichen Erfahrungen“ des Kardentötters zur Seite gestanden. — **Angell.:** Ich habe das in der ersten Aufregung bei meiner ersten Vernehmung gesagt. Was das Ständebewußtsein betrifft, so habe ich in verschiedenen Zeitungsartikeln stets den Standpunkt vertreten, daß ich der Ärztelehre namentlich auch in Bezug auf das Ständebewußtsein nicht die Autorität abwilligen kann, die sie beansprucht. Auch bei berühmten Ärzten passierten manchmal Dinge, die den kleinen Ärzten als Vergehen gegen die Ständebeschere zur Last gelegt wurden. Des ärztlichen Standes unwürdig ist es, wenn Kassenärzte sich mit 25 Pf. für die Konsultation ablösen lassen. Der Dienstmann, der das Rezept nach der Apotheke bringt, beansprucht mehr. Ein solches Verfahren ist standesunwürdig. — Rechtsanwält Dr. Davidsohn: Wie viele Ärzte haben sich wohl auf die Annonce des Angellagten Kardentötter gemeldet? — **Angell.:** Kardentötter: Ich habe nur eine einzige Annonce veröffentlicht, wonach ein Institut mit brieflicher Behandlung einen Arzt zur Nebenbeschäftigung suchte. Darauf sind 78 Offerten eingegangen. — **Präf.:** Wüßten Sie, wie Kardentötter die sekundäre Frage erledigte? — **Angell.:** Die von den Patienten geforderten Honorare halte ich garnicht für zu hoch, ich kann höchstens behaupten, daß mein Honorar nicht hoch genug ist. Zur Begründung einer eignen Praxis habe er seiner Zeit keine Mittel gehabt. Wenn er die Stelle bei Kardentötter niederlegte, fände letzterer hundert Ärzte, die sie annehmen. Er wisse ganz genau, daß sich Ärzte zu Stellen für 30 M. monatlich melden.

Hierauf beginnt die Vernehmung. Der erste Zeuge ist der Freiseur Schott, der unbewußt plötzlich zum Inhaber des „Verandhauses Schott“ geworden ist, davon aber gar keine Ahnung hatte. Er hat auf Bitten seiner Frau, der Aufsichtsratsmitglied, mal etwas unterschrieben, woraus ihm ein Profit von monatlich 30 M. erwachsen sollte, ist aber dann von Berlin weggegangen und hat sich um die ganze Sache nicht weiter bekümmert.

Kriminalkommissar Müller II hat die Hausdurchsuchungen bei Kardentötter vorgenommen. Er hat in der Wohnung große Kisten Gift vorgefunden und beschlagnahmt. Die Flaschen mit Gift haben wir durcheinander gestanden, bei vielen war die Giftbezeichnung losgelöst, die Flaschen standen in buntem Gemisch mit Säuregeschärf, die Anordnung war kolossal. Die Vorräte hier und in dem „Verandhaus“ Keller seien so reich gewesen, daß zwei Arbeiter bis abends zu thun hatten, um diesen

Vorrat an starken Giften auf einen Rollwagen

zu laden. Der Angellagte habe sich bei der ganzen Beschlagnahme ziemlich gleichgültig gezeigt. Es schien ganz zweifellos, daß die Giftflaschen schon geöffnet und benutzt sein mußten.

Ein Fabrikant M. hat sich an den Angellagten A. gewandt, um ein lokales Uebel los zu werden, hat sich auch persönlich nach der Wohnung Kardentötters begeben. Dort hat ihn ein junger Mann (ein Schreiber) ganz oberflächlich beschäftigt und dann habe er zwei Büchsen mit Salbe per Nachnahme geschickt erhalten. Nach der Anwendung derselben sei er so krank geworden, daß er dann einen Arzt zu Rate ziehen mußte. Ueber die schließlich von ihm geforderten Auslöser sei er sehr erstaunt gewesen und habe sich geweigert, sie zu bezahlen.

Zeuge Apotheker Heiser ist infolge einer Annonce, durch welche für ein pharmaceutisches Institut ein Apotheker gesucht wurde, mit dem Angellagten in Verbindung getreten. Er ist kurze Zeit bei ihm thätig gewesen, hat aber bald gemerkt, daß es sich um Kurpfuscherei handelte. Wenn Briefe von Patienten eintrafen, die sich für betrogen hielten, hat sich

der Angellagte darüber in christlicher Weise lustig

gemacht. Die Harnproben, die dem Angellagten von den Patienten regelmäßig zugesandt wurden, wanderten einfach in die Ede. Die ganze Sache wurde nach Schema F behandelt. In einem Falle wurde von einem Dresdenener Patienten eine Urinprobe verlangt, er erhielt aber das Medikament schon zugesandt, noch ehe er die Urinprobe überhaupt abgeschickt hatte (Weiterkeit).

Ein Zeuge v. M. a. n. o. v. s. i. ist etwa 8 Tage bei dem Angellagten Kardentötter als Stenograph thätig gewesen und war sehr bald aufs höchste empört über den Geschäftsbetrieb. Die Behandlung der Patienten geschah auf die vaguesten Vermutungen hin und jedermann mußte sofort sehen, daß

das ganze Geschäft Schwindel und auf Anbiederung des Publikums beruhte war, namentlich konnte dies einem Arzt, der längere Zeit bei ihm arbeitete, nicht im geringsten zweifelhaft sein. Das Geschäft ging glänzend, denn die Frau ging täglich mit einem großenbeutel zur Post, um die Postumschlagsgelder abzuholen. Der Zeuge erwähnt einen Fall, in welchem ein Gymnasiast sich an den Angellagten gewandt hatte. In ganz verzweifelter Weise hat er dem Angellagten geschrieben, wo er denn das Geld herbekommen solle; er habe schon seine ganzen Ersparnisse geopfert, all sein Taschengeld hingegeben und müßte nun gerade seinen Vater beschlehen. Eine andre alte Frau wurde mit Zahlungsaufforderungen so drangsalirt, daß sich der Gemeindevorstand ihrer annahm. Einem Patienten hat der Angellagte Zahlungsnachschuß versprochen, „wenn er ihm Patienten nachweise“. Einer der wenigen Patienten, die sich persönlich vorstellten, kam gerade dazu, als über eine Zahlungsaufforderung gesprochen wurde. Da hat dann der Angellagte mit leiser Stimme gesagt, man solle doch ruhig sein, denn wenn der Patient von Zahlungsaufforderung höre, würde er wegbleiben. — Der Zeuge trägt eine ganze Reihe von Einzelfällen vor, die teils Heiterkeit, teils Entrüstung hervorrufen.

Hier wird die Verhandlung abgebrochen und auf Mittwoch 9 1/2 Uhr vertagt.

Der Gerichtshof beschäftigt, den Angellagten Kardentötter, nachdem die Kaution von 15 000 M. gestellt worden, aus der Untersuchungshaft zu entlassen.

Ueber Kardentötters Einnahmen geht dem „Berl. Tagbl.“ folgende Mitteilung zu:

Der Chemiker Kardentötter hat im letzten Jahre ein Einkommen von 160 000 M. versteuert. Unter den medizinischen Berufen Berlins giebt es nur 2, die ein höheres Einkommen aufzuweisen haben; und nur 4 kommen mit einem Einkommen von 140 bis 160 000 M. den Einnahmen des Kurpfuschers annähernd gleich. Ueber 160 000 M. Einkommen haben in Berlin überhaupt nur elf Ärzte. In Charlottenburg übersteigen die ärztlichen Einkommen überhaupt nicht die 90 000, und über 50 000 M. haben nur neun Ärzte. In Schöneberg beträgt das ärztliche Höchsteinkommen 30 500 bis 35 000 M., in Niedersiedow nur 10 500 bis 18 500 M. Im übrigen Teil des Potsdamer Regierungsbezirks giebt es einen Arzt mit 120 000 bis 140 000 und einen mit 60—70 000 M. Einkommen, und im Regierungsbezirk Frankfurt haben die vier höchstbesteuerten Ärzte ein Einkommen von 20 500—30 500 M. Noch im Vorjahre gab es in Berlin einen Arzt mit 225 000 M. Einkommen, er ist in seinen Einkommensverhältnissen neuerdings aber etwas „zurückgekommen“, soll aber immer noch zum Leben genügt haben.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Am Dienstag, den 10. Februar, finden in den sechs Berliner Reichstags-Wahlkreisen Versammlungen statt, in welchen die Aufstellung der sozialdemokratischen Reichstags-Kandidaten erfolgt. Die Wichtigkeit dieser Versammlungen rechtfertigt die Bitte an die Vorstände der Gewerkschaften und Vereine, zum 10. Februar thunlichst keine Versammlungen anzuberaumen. Die Vertrauenspersonen.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 15. Februar. Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokalkommission von Berlin und Umgebung, Änderungen und Renaufnahmen bis spätestens Freitag, den 6. Februar 1903, einzusenden zu wollen, und zwar für:

- „Teltow-Bezirk“ an den Genossen Hermann Schliebig in Bries, Jahnstr. 2;
 - „Nieder-Barnim“ an den Genossen Otto Riebe in Friedrichsfelde, Victoriastr. 4;
 - „Potsdam-Ost-Haveland“ an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstr. 9;
 - „Diverse Orte“ an den Genossen Gustav Bellwood, Eberswalde, Eisenbahnstr. 67;
 - Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 68, S. 14.
- Man wolle die Mitteilungen umgehend besorgen, da spätere Einsendungen nicht mehr berücksichtigt werden können. Vieles ist es in den letzten Wochen vorgekommen, daß Zuschriften in „Lokal-Angelegenheiten“ an die Redaktion des „Vorwärts“ gesandt worden sind; wir ersuchen daher die Genossen, alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Berlin S. 14, Prinzenstr. 68, zu richten und nicht an die Redaktion.

Die Parteiblätter der genannten Kreise werden um Abdruck ersucht. Die Lokalkommission.

Wilmerdorf. Heute, Mittwochabend 8 1/2 Uhr, hält Reichstags-Abgeordneter Rosenow in der in Wittes Volksgarten, Berlinerstraße 40, stattfindenden Versammlung des Wahlvereins einen Vortrag. Zahlreicher Besuch ist geboten.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer Sitzung am Donnerstag nachmittag 5 Uhr u. a. folgende Gegenstände der Tagesordnung zu erledigen: Verichterstattung über die Vorlagen, betreffend: den Verkauf einer an der Nopenhagener Straße belegenen städtischen Bauarzelle und den Vorentwurf zum Neubau des Andreas-Realschulhauses auf dem Grundstücke Stapenstr. 75/76. — Vorlagen, betreffend: die Frequenz in den Gemeindefschulen am 15. November 1902, — den Etat des Besuchs-Verwaltungs- und Unterstützungs-fonds für das Etatsjahr 1903, — den Jahresabschluss über die Verwaltung des Hafens am Urban für das Etatsjahr 1901, — die Erhaltung des einem Armenpfleger durch Diebstahl entwendeten Betrages, — Neupflasterungen auf dem Viehhof, — den speziellen Entwurf zum Neubau eines städtischen Untersuchungsamtes für Nahrungs- und Genußmittel, sowie Gebrauchsgegenstände in der Fischerstr. 39/42, — den Vorentwurf zum Neubau des Volkshauses in der Gerlachstraße, — den Austausch einer Parzelle des Gassenhaltungsgrundstücks zu Tegel, — die Erteilung des Zuschlags auf Uebernahme der Reichs- und Schneefahrte für 1. April 1903—1906, — den Ausbau des Stadtbahnhofs 407 in der Lüneburger Straße zu einem Straßentrainings-Depot, — die Teilung des Bezirks der 196 E. Armenkommission, — den Neubau der Grünstraßenbrücke, — die Bewilligung eines Zuschusses zum Bau einer Vismarckwarte auf den Riggelbergen, — den Etat für den städtischen Hafen am Urban für das Etatsjahr 1903, — die nachträgliche Genehmigung einer Eisbahnverbreiterung bei Specialverwaltung 36, — die Trasse des Dendrobruchs des Radialsystems XI und den Anlauf von Ländereien, — den Anlauf der Wahlzeit eines Bürgerdeputierten bei der Armen-Direktion — und die Anstellung sowie Befestigung der Gehälter des technischen Personals bei der örtlichen Straßenbau-Polizei-Verwaltung, Abteilung II (Kanalisation). Außerdem findet am Beginn der Sitzung die Einführung und die Verpflichtung des zum Stadtverordneten gewählten Kaufmanns Groß, Blumenstr. 69, statt.

Berlin und die ärztliche Wissenschaft. Eigenthümliche Gesichtsien plaudert ein Arzt in der „Medizinischen Reform“ aus. Es handelt sich in dem Artikel der Zeitschrift u. a. um die Ausdehnung der Stelle eines Assistenzarztes für das mit dem Städtischen Ldbach verbundene Krankenhaus in der Fröbelstraße. Die „Med. Reform“ berichtet nun:

Einem Privatdocent wurde von einem Stadtrat empfohlen, sich um die Stelle in der Fröbelstraße zu bewerben. Auf die Frage, ob auch ein ausreichendes Laboratorium vorhanden sein würde, erhielt er zur Antwort, für den Bau eines solchen ständen 50 000 M. zur Verfügung. Der Privatdocent ging zum Vorsitzenden der Kommission, schied seine Karte herein und wurde, ohne daß sich der Stadtrat vom Stuhl erhob, ohne daß dem Besucher ein Stuhl angeboten wurde, ohne weitere Erörterung in ein andres Zimmer gewiesen, woselbst er „alles erfahren würde“. Dies „alles“ bestand in einer Benennung der einzelnen Mitglieder der Kommission. Er trat seine Louche an. Fast überall entgegenete man ihm, sobald er das „Wissenschaft“ aussprach, „wir wollen keine wissenschaftlichen Ärzte“. Der eine sagte: „Wir wollen nicht, daß die alten Leute zu Versuchsdingen werden.“ Bei einem andern: „Sind Sie Professor? Einem Professor gebe ich principieell nicht meine Stimme.“ Ein andres, dem Kandidaten sehr wohlgegnenes Mitglied erklärte von vornherein seine Aussichten für sehr geringe, denn für die Mehrheit der Mitglieder sei er viel zu wissenschaftlich.

Die „Med. Reform“ bemerkt hierzu: Das ist derselbe Geist der Berliner Stadtverwaltung, aus dem heraus Mitte der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts Ludwig Traube die Uebertragung einer Armenarzstelle und die Erlaubnis, Auskultation und PerkuSSION zu lehren, verweigert wurde (vergl. Vergegen, „Medizinische Reform“, 1818, Nr. 36). Ludwig Traube, der später einer der ersten Kliniker und Ärzte aller Zeiten wurde. Einige Jahre später richtete man ihm in der Charité eine eigene Abteilung ein, damit er als erster in Berlin die neuen Methoden erforschen und lehren konnte, die seitdem zum ABC eines jeden Arztes gehören. Sind es nicht dieselben Bürger der Stadt, die der Armenarzt und die der Charité-Arzt behandelt?

Die Klagen über die Unsauberkeit im Bäckereibetriebe sind den Herren Bäckereimeistern denn doch unangenehm geworden und so wollen sie, einem Beschluß ihrer Innungen gemäß mit „Reformen“ vorgehen. Reformen sind in der Nachfolge gleichbedeutend mit Keulenschlägen. Diese Tugend soll aber nicht im dunklen Schmutz der Verleumdung in die Erscheinung treten, sondern nach außenhin,

Man so thun, sagt der Verleger. Die Zeitung thut kund und so wissen, daß vom 1. April ab sämtliche Gesellen und Lehrlinge sowohl im Betriebe wie auf Geschäftsgängen nicht allein mit weichen Schürzen, sondern auch mit weichen Taschentüchern versehen sein müssen. Wer diese nützlichen Sachen nicht besitzt, dem schafft der Meister sie an und bringt die Ausgaben dafür vom Lohn in Abzug.

In der betreffenden Zimmerversammlung wurde auch wieder lebhaft über die Anregung debattiert, die Gesellen von Zeit zu Zeit auf ihren Gesundheitszustand ärztlich untersuchen zu lassen. Die Meinung ging jedoch dahin, daß dieses Vorhaben wie schon früher, so auch jetzt an dem Widerstande der Gesellen scheitern dürfte.

In Gesellenkreisen macht sich allerdings eine starke Abneigung gegen die geplante Gesundheitskontrolle geltend, jedoch nicht etwa aus angeblichem Mangel an Unreinlichkeit, sondern wegen der voraussichtlich sehr einseitigen Handhabung des Kontrollsystems. Soll schon eine ärztliche Untersuchung stattfinden, so müßte sie auch notwendigerweise auf die Herren Bäckermeister ausgedehnt werden, denn die ständige Verührung mit den Gesellen oder den von diesen benutzten Arbeitsgeräten läßt eine Übertragung von Krankheitskeimen, etwa der Väterkrähe, keineswegs als unmöglich erscheinen. Vor allem aber tragen die Meister in erster Linie die Schuld an den elischen Hautkrankheiten der Gesellen und Lehrlinge, insofern als sie verbohrt an überlebten patriarchalischen Einrichtungen festhalten. Sie sträuben sich mit aller Macht gegen die Aufhebung des Kost- und Logiswesens, weil sie den Gesellen stets unter Aufsicht haben wollen. Für die Reinlichkeit der Betten aber sorgen sie nur in der allermangelhaftesten Weise, und die überlange Arbeitszeit bringt es sehr häufig mit sich, daß der Geselle von Müdigkeit überwältigt, die Reinlichkeit des eignen Körpers vernachlässigt. Ein Geselle, der nicht beim Meister, sondern in Privatlogis schläft, ist schon gezwungen, sich beim Nachtaufkommen gründlich zu reinigen, wenn er sich bei seinen Logiscollegen oder Hausgenossen nicht unmöglich machen will. Wenn also die Meister den Forderungen der Gesellen in dieser Hinsicht genügend entgegenkommen würden, so wäre die ärztliche Gesundheitskontrolle im Wäldergetriebe ebenso überflüssig wie in anderen Betrieben. So lange also die Bäckermeister nicht auch in eignen Heim reformieren, kann man ihrem Schürzen- und Taschentüchereis nur mit dem bekannten Sprichwort begegnen: „Auchen hui und innen pui!“

In der gestrigen Sitzung der städtischen Gas-Deputation machte der Vorsitzende Stadtrat Namslau interessante Mitteilungen über die Gaspreise, die mit der Einführung der Gasautomaten (sogenannten Mänggasmeser) in Berlin erzielt worden sind. Trotz der kurzen Zeit, die seit der Einführung dieser für die meisten Berliner Familien praktischen und daher empfehlenswerten Neuerungen in der Abgabe von Gas, erst verfloßen ist, sind schon rund 10 000 Automaten in der städtischen Gaswerke im Gebrauch und liegen zahlreiche neue Gesuche zur Aufstellung solcher Apparate vor. Nach den bisherigen Erfahrungen wird sich der durchschnittliche Konsum für jeden dieser Gasmeser für das Jahr auf 500 Kubikmeter Gas stellen, wodurch die gehegten Erwartungen übertroffen werden. In derselben Sitzung wurde beschlossen, einen Starlichtgas-Bandelaber an dem Treffpunkt der Spandauer- und Königsstraße auf einem Inselferron, der dort errichtet werden soll, aufzustellen. Die Kochhausstraße soll bessere Beleuchtung und die Straße Unter den Linden an der Streuzung eine neue elektrische Vogenlichtlampe erhalten.

Ein Vermächtnis in Höhe von ca. 100 000 Mark ist dem Stiftungsfonds der Stadt Berlin zugefallen. Der vor etwa vierzehn Tagen verstorbene Apotheker Karl Worf, der Begründer der Firma Gras u. Worf, hat in seinem letzten Willen zur Eröffnung gelangten Testament bestimmt, daß von seinem 120 000 M. betragenden Vermögen 1500 M. der Vorussia-Vogel Nr. 2 von Brandenburg J. O. O. F., welcher der Dohingeschlechte 32 Jahre angehört, ferner verschiedene Legate entfernter Verwandten zufließen. Der Rest in Höhe von etwa 100 000 M. ist dem Stiftungsfonds des Magistrats zur Begründung einer „Worf-Stiftung“ überwiesen. Die Zinsen derselben gelangen zu je einem Drittel zur Beteiligung an das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhaus zu Berlin, an die Große Berliner Ferienkolonie und an die Berliner Ddd-Fellow-Ferienkolonie.

Gefährliche Aborteinrichtungen. Das Reichs-Gesundheitsamt hat den Ministern des Innern und dieser die Polizeibehörden in Berlin und den Vororten veranlaßt, für die Zukunft streng darauf zu sehen, daß nur solche Bauten polizeilich abgenommen werden, deren Leitungs- und Abflusssysteme der modernen Technik entsprechen. Eine Kommission, bestehend aus Ärzten und Sachverständigen hat festgestellt, daß sowohl in Berlin als in den Vororten ein sehr bedeutender Teil der Klosetts keine besondere Abflusssysteme hat, die sie von der Wasserleitung trennt. Man hat mehrfach solche Klosetts verstopft und durch gefärbtes Wasser festgestellt, daß das Wasser aus solchen verstopften Abflüssen in die Wasserleitung gehen muß. Es wird, da das Reichs-Gesundheitsamt darin eine der größten Gefahren zur Verbreitung event. Epidemien sieht, jetzt auf Abstellung der Uebelstände gesehen. Auch die Besitzer alter Häuser mit den bezeichneten unvollkommenen Anlagen sind in großer Zahl zur Abstellung der Uebelstände angefordert worden. In Schöneberg ist der Grundbesitzerverein der Ansicht, daß an Kosten der Besitzer keine Minderung der früher polizeilich abgenommenen Anlage zu erfolgen braucht und ist beschloffen worden, es auf eine Klage ankommen zu lassen. Was kümmert diese Herren auch die Gesundheit der Mieter?

Wegen der Erbauung einer Schwebbahn nach dem Grunewald ist die Continental-Gesellschaft für elektrische Unternehmungen nunmehr an den Ministern für Landwirtschaft, als den zunächst beteiligten Ressortministern herangegetreten. Zweck des Planes, der absichtlich vor der Hand nicht in Einzelheiten hineingeht, ist die Erschließung des Grunewaldes von der städtischen Seite her. Mit der neuen Schnellbahn wird man vom Mittelpunkt Berlins bis in den Grunewald in etwa 20 Minuten gelangen. Besonderer Wert soll auf häufige Fahrzeitpunkte gelegt werden. Es wird beabsichtigt, die schnelle Aufeinanderfolge der Züge auch bei schwachen Betrieben durchzuführen. Eine solche Betriebsart ist bei der Schwebbahn um so leichter durchführbar, als sie nur Motorwagen verwenden wird, die in beliebiger Zahl zu Zügen verbunden werden können. An Wochentagen ist mindestens ein 10 Minutenverkehr, an schönen Nachmittagen, Sonntag und Feiertagen ein 5 bis 2 1/2 Minutenverkehr vorgesehen. Die schnelle Abwicklung des Betriebes ist durch Anlage von Müllschleifen an den Endpunkten der Bahn, so daß die Züge in ständiger Zielrichtung verkehren, sowie auf der Grundlage des in Elberfeld glanzvoll bewährten automatisch-elektrischen Modells sichergestellt. Die Bahn soll an einem bequem zu erreichenden Bahnhof einer der bestehenden Schnellbahnlinien Anschluß erhalten, wobei auf die Möglichkeit einer selbständigen oberirdischen oder unterirdischen Weiterführung in das Stadtinnere Bedacht genommen wird. Die Gesellschaft hat sich zunächst an eine bestimmte Linienführung nicht festgelegt, obgleich es an Anerbietungen von interessierter Seite nicht fehlt. Maßgebend für die Linienführung in einzelnen werden vielmehr sein die Wünsche, die von den jeweiligen Gemeinden als Anlieger der Bahn ausgesprochen werden, und das Entgegenkommen dieser Gemeinden bei der Erbauung der dem Projekt etwa entgegenstehenden Schwierigkeiten.

Die Landes-Vericherungsanstalt Berlin hatte im Jahre 1902 (bezgl. im Vorjahr 1901) von Invalidenrenten-Anträgen zu erledigen 5727 (4506) neue, 547 (215) übernommen, zusammen 6274 (4821). Bewilligt wurden 5134 (3930) Invalidenrenten, abgelehnt 390 (275) Anträge, anderweit erledigt 134 (59), noch nicht erledigt 618 (547). Hiernach stieg von 1901 zu 1902 die Zahl der neuen Anträge um 24,6 Proz., der Bewilligungen um 30,6 Proz., der Ablehnungen aber um 41,8 Proz. Abgenommen hat die Zahl der Altersrenten-Anträge. In 1902 (bezgl. 1901) gingen 298 (335) Anträge neu ein und wurden 23 (17) übernommen, so daß im ganzen 321 (402) zu erledigen waren. Erledigt wurden 290 (330) durch Bewilligung, 27 (34) durch Ablehnung, 7 (4) anderweit, 27 (33) noch nicht. Es verminderten sich

mithin von 1901 zu 1902 die neuen Anträge um 22,8 Proz., die Bewilligungen um 23,3 Proz., die Ablehnungen um 20,6 Proz. Der Anteil der Frauen an den Bewilligungen stellte sich 1902 bei den Invalidenrenten auf 148, bei den Altersrenten auf nur 42, d. h. dort auf 28,9 Proz., hier auf nur 16,2 Proz. aller Bewilligungen. An den 510 Krankenrenten, die sich unter den Invalidenrenten befinden, waren die Frauen mit 164, d. h. mit 32,2 Proz. beteiligt.

Ein furchterliches Brandunglück, dem jedenfalls mehrere Menschenleben zum Opfer fallen, erfolgte gestern Dienstagmittag in der Michaelsstraße. Wa. Das Duergebäude dieses Grundstücks enthält in seinen Räumen zwei getrennte, Celluloidfabriken, eine Kunstankast, eine Fabrik für Stidereien und Fabrikationräume der bekannten Wurmischen Liqueurfabrik. Das Feuer kam gegen 4 Uhr im ersten Stockwerk aus, in der Celluloidfabrik von Schwarz und zwar in dem Sortiererraum für Abfälle. Im Nu schlugen die Flammen durch die großen Fenster bis zur Dachhöhe, sodah, als der erste Feuerruf erscholl, das Feuer schon seinen Weg durch den Fahrstuhl nach den obersten Stockwerken genommen hatte. Den Arbeitern in den verschiedenen Fabrikräumen war der Ausgang über die Treppe sofort abgeschnitten. Die Arbeiter der Wurmischen Liqueurfabrik kletterten sämtlich durch die Bodenläufe auf das Dach und brachten sich über die Nachbardächer in Sicherheit. Am schlimmsten erging es dem Arbeiterpersonal der im dritten Stockwerke befindlichen Celluloidfabrik von Priester u. Co. Bei dem Versuche, sich zu retten, wurden sie von den Flammen immer wieder zurückgetrieben. Vier Personen stürzten in ein abseits belegenes Zimmer und wurden später von der Feuerwehr teils im ohnmächtigen Zustande heruntergeholt. Dagegen stürzten drei Personen auf ihrer Flucht nieder. Ein Laufburche der Firma Priester u. Co. war bereits tot, als er von der Feuerwehr aufgefunden wurde, während die Arbeiterinnen Maria Bethmann und Gertrud Hofrichter zwar noch lebten, aber so schwere Brandwunden davongetragen hatten, daß sie schleunigst von der Feuerwehr nach dem Krankenhaus Bethanien geschafft werden mußten, wo sie bedenklich krank darnieder liegen.

Als der erste Löschiug unter Brandinspektor Dransfeld am Brandplatz erschien, bildete das vierstöckige Fabrikhaus ein einziges Kaminmeer. Bei der ungeheuren Aufregung, die auf dem Fabrikhofe herrschte, war ansangs gar nicht zu übersehen, ob sich noch Leute in dem brennenden Gebäude befanden. Brandinspektor Dransfeld gab jedoch sofort Weisung, daß die später ankommenden Löschiüge in erster Linie in der Wusterauenerstraße-Auffahrt zu nehmen hätten, um von der Midschite her das brennende Gebäude anzugreifen. Es war dies um so notwendiger, weil man ansangs infolge der enormen Hitze und der starken Verqualmung nicht gut auf den zweiten Hof gelangen konnte. Die gefährdeten Arbeiter hatten sich aber jedenfalls nach den hinteren Räumen geflüchtet. Zur Vorsicht ließ er zwei Sprungtücher ausbreiten, schickte aber gleichzeitig Löschiimannschaften über Gabelleitern und Treppen vor. Auf den vordem angeführten Personen wurden dann noch etwa ein Duzend über die Treppen herabgeholt, sie haben aber, soweit bisher festgestellt ist, keine oder nur geringe Verletzungen davongetragen.

Die Tätigkeit der Feuerwehr war so anstrengend, wie sie nur immer bei einem Großfeuer erforderlich ist. Auf dem Hofe der großen Delmühle in der Wusterauenerstraße waren Dampfsprizen und mechanische Leitern in Tätigkeit und von der Michaelsstraße aus landten zehn Schlauchleitungen ihre Wassermassen in die Flammen. Trotzdem dauerte es fast zwei Stunden, bis das Feuer erlosch und mit den Aufräumarbeiten begonnen werden konnte. Das Fabrikgebäude ist in allen Stockwerken total ausgebrannt. Die Hitze war so groß, daß der Fuß von den Wänden des Vorderhauses sich ablöste und die Fensterscheiben zerbrachen. Die Wohnungen des angrenzenden Seitenflügels waren stark bedroht und mußten von außen selbständig unter Wasser gehalten werden. Branddirektor Giersberg leitete längere Zeit die Löscharbeiten. Das Feuer hatte Tausende von Zuschauern nach den benachbarten Straßen gelockt.

Drei schwere Unfälle haben sich im Straßenbahnbetriebe zugetragen. Gestern nachmittag gegen 2 Uhr fuhr ein unbekannter etwa 10-jähriger Herr auf einem Zweirade die Seidelstraße entlang und verfuhr vor dem Hause Nr. 29 einem Geschäftswagen auszubiegen. Er bemerkte dabei, daß auf dem Straßenbahngelände ein Motorwagen der Linie 9 (Schlesische Bahnhof—Kobitz) herannahte und bremste, um nicht mit jenem zusammenzuprallen, die Maschine. Bei dem plötzlichen Stillen stürzte der Herr über das Vorderrad seines Gefährts hinweg mit dem Kopfe gegen die Vorderplattform des Motorwagens und erlitt einen Schädelbruch. In bestimmungslosigen Zustand wurde der Schwerverletzte, dessen Personalien nicht festgestellt werden konnten, nach der Charité gebracht.

Gegen 3 Uhr nachmittags fuhr in der Altonaerstraße der dortselbst Nr. 10 wohnende Kaufmann Schulz feillich gegen die Vorderplattform des ihm entgegenkommenden Straßenbahnwagens Nr. 1635 der Linie 19 (Kobitz—Großschönheide). Bei dem Anprall wurde Schulz von dem Rad geschleudert, stürzte mit dem Kopfe gegen einen dort haltenden Kohlenwagen, während die linke Hand auf das Straßenbahngelände geriet. Der Kaufmann erlitt eine schwere Quetschung des Kopfes, außerdem wurde ihm der kleine Finger der linken Hand abgequetscht.

Gegen 8 Uhr abends lief an der Ecke der Staligerstraße der in der Urbanstraße 81 wohnende Klempner Adler, einem Arbeitsführer ausweichend, rückwärts gegen die Vorderplattform eines Motorwagens der Linie Schlesisches Thor—Zoologischer Garten und wurde zu Boden geschleudert. Er erlitt, wie im Krankenhaus Urban festgestellt wurde, eine Gehirnerschütterung und Wunden am Hinterkopf und an der Stirn.

Ein Sittlichkeitsverbrechen gegen ein sechsjähriges Mädchen hat ein Soldat des Garde-Rülfier-Regiments, der bei der 12. Compagnie stehende Müller II. verübt. Während er gegen 6 Uhr nachmittags auf dem Gärtnacher an dem nach der Scharnhorststraße führenden Thor auf Posten stand, lockte er das Mädchen von seinem Bruder, mit dem es gespielt hatte, fort und führte es in das Schilderhaus, wo er die That beging. Als das Kind weinte und sagte, es werde seinem Vater alles erzählen, meinte der Patron, wenn ihr Vater käme, würde er ihm mit dem Kolben den Schädel spalten. Der Vater, ein Unteroffizier, hat aber sofort Anzeige erstattet, worauf Müller auch alsobald chrümmte, daß er mit der Kleinen sich zu schaffen gemacht habe, aber Böses hätte er ihr nicht zugefügt. Der Soldat, der jetzt einer strengen Bestrafung entgegensteht, dient im zweiten Jahre. Er stammt aus Saarburg und ist von Beruf Gärtner.

Polizeilich als vermisst gemeldet wurden im Monat Januar 15 Personen, von denen sich sieben wieder bei ihren Angehörigen eingefunden haben. Vier der Vermissten wurden als Leichen aufgefunden, während über den Verbleib von zwei Personen noch kein Anhalt zu gewinnen war. Der Kaufmann Doms aus der Köpenickerstraße, der neuzentrat in, hat wahrscheinlich Selbstmord verübt, während die Frau des Gastwirts Lanz, die bereits im Juli vorigen Jahres verstarb, wovon jedoch der Polizei erst Anfang Januar dieses Jahres Mitteilung gemacht wurde, sich vermutlich anverhüllt aufhalten dürfte. Wöllig unangekündigt ist noch das Verschwinden zweier junger Mädchen, die vermutlich Seelenverkäufern in die Hände gefallen sind, und zwar der 15-jährigen Betty Wörfla, die seit dem September vorigen Jahres vermisst wird, und der jetzt 16-jährigen Auguste Schmidt, nach deren Verbleib die Polizei schon seit Anfang vorigen Jahres forscht.

Kindesmord und Selbstmord verübte Montag die 39 Jahre alte Frau Pauline des Arbeiters Hillar, Eißendstraße 73, in Weh-

Reinholdsdorf. Der Ehe waren drei Kinder entsprossen, von denen eins tot ist, während sich zwei, die 6jährige Frieda und die 11jährige Martha, im Elternhause befinden. Hillar, ein nüchternes und solider Mann, der auf dem Neubau der städtischen Gaswerke in Ziegel beschäftigt ist, kam gestern abend, wie gewöhnlich, um 6 Uhr nach Hause, und wurde von seiner 11-jährigen Tochter Martha erwartet, die mittags von der Schule zurückkehrend, vergeblich Einlaß zur elterlichen Wohnung gesucht hatte. Die Kleine wartete geduldig vor der Thür in der Annahme, daß die Mutter mit der Schwester nach Berlin gefahren sei, um Einkäufe zu machen. Da jedoch die Frau sich weigerte, wenn der Mann von Arbeit kam, zu Hause bestand, so ließ Hillar die verschlossene Wohnungstür öffnen. Die Mähe, welche die Eindringenden zunächst betraten, sowie die angrenzende Wohnstube war leer. Als sich jedoch H. in das Schlafzimmer begab, bot sich ihm ein furchterlicher Anblick. An einem Halen des Thürrahmens hing die bereits erstarbte Leiche der Frau Hillar, während in einer Blutlache auf ihrem Betische mit durchschämter Nadel die Kleine Frieda lag. Das scharfe Küchenmesser, mit welchem die Frau die That begangen, wurde am Erdboden aufgefunden. In einem zurückgelassenen Schreiben dankte die Unglückliche ihrem Mann für seine der Familie stets bewiesene Güte und Sorgfalt und erklärte, daß sie ihre Tochter und sich selbst töten müsse, um sie der bösen Welt zu entziehen. Aus allem geht hervor, daß Frau Hillar, die schon öfter Spuren von Schwermut gezeigt, die That in einem Anfall acitiger Unmachtung begangen hat.

„Die Meisterfinger“ lautet das Thema für den 8. Volkstanzabend der Stadt Charlottenburg am Sonntag, den 8. Februar, abends 7 Uhr. In Vortrag, Dichtung und Musik, welche durch erziehnisliche Kräfte vermittelt wird, soll versucht werden, ein Bild der historischen Bedeutung und des Schaffens der „Meisterfinger“ wie Hans Sachs, Behaim u. a. zu geben. Der zweite Teil ist ausschließlich Richard Wagner und seinen „Meisterfingern von Nürnberg“ gewidmet.

Das Casino-Theater in der Lohringerstraße trat gestern mit einigen Angleichen auf den Plan. Die Einleitung des Abends war hochtragisch. Es wurde Vergas Cavalleria rusticana gegeben, jenes einaktige Drama, in dem Leonora Duse sich in ihrer Größe gezeigt und das Mascagni zu seiner populär gewordenen Oper begeistert hat. Wir gingen mit der Erwartung ins Theater, daß die Schauspieler an unsern Mitteln appellieren würden. Um für angenehmer war die Enttäuschung, als wir ein durchweg vorzügliches Spiel konstatierten konnten und das Mitleid sich auf einen Teil des Publikums beschränken mußte, der offenbar nicht im Stande war, der Handlung zu folgen und daher den andächtigen Teil der Zuschauer durch Geplauder störte. Doch die Aufnahmen im Parterre blieben nur der sizilianischen Gaunerreihe gegenüber geteilt. Schon im zweiten Teil des Programms, der den Spezialitäten galt, kam man überhin in dem Urteil, daß sowohl eine Gesellschaft von Drahtkünstlern als auch der Humorist Vomo ihren Mann standen; vor allem mußte der junge Coupletstänger mit seinem Liede von der Elektrischen die Volksseele in der Lohringerstraße zu weden. Mehr aber noch zog die Bosse „Lehmann“, deren Held ein Unteroffizier mit drei Bräuten ist, von denen die treue Seele am Schluß sogar eine heiratet. Der aus anfrächtigen Herzen kommende Beifall, den das Publikum spendete, galt sowohl dem immerhin beachtenswerten Sieg der Jugend, mit dem das Stück endigt, als auch dem vorzüglichen Spiel, in welchem namentlich Herr Wendt als Lehmann und Herr Direktor Verg als Dienstmann glänzte.

Aus den Nachbarorten.

Adlershof. Heute abend 8 Uhr spricht Frau Dr. David in Arthur Lons Gesellschaftshaus über: „Die Frau im Dienste der Genossenschaft“. Bei dem regen Interesse der Parteigenossen für die Konsumgenossenschaftsbewegung wird zahlreiches Erscheinen erwartet.

Aus der Schöneberger Stadtverordneten-Sitzung. Ziemlich drei Stunden lang beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der Aufhebung der Gehälter von Lehrpersonen an Mittel- und Volksschulen. Der Magistrat hatte beantragt, die Erhöhung des Lehrereinkommens bis zum 1. April 1904 zu verlagern und eine gemischte Kommission einzusetzen, welche bis zum Juli dieses Jahres den städtischen Körperschaften Vorschläge dahingehend machen soll, daß die Befoldungsordnung für die Lehrpersonen der Mittel- und Volksschulen sowohl formell als materiell derjenigen Berlins bzw. Charlottenburgs möglichst genähert wird. Einen schweren Konflikt in dieser Angelegenheit glaubt der Stadtverordneter-Vorsitzer Müller darin zu finden, daß bereits ein Beschluß vom 5. Mai v. J. besteht, wonach der Magistrat um eine Nachprüfung der seit 1908 bestehenden Befoldungsordnung ersucht wird. Die Schuldeputation hatte vorgeschlagen, die Alterszulagen um 25 M. zu erhöhen. Diefem Beschlusse ist der Magistrat nicht beigetreten; er hatte sich vielmehr auf obigen Antrag geeinigt. Bürgermeister Dr. Gerhardt hatte erklärt, die Vorteile sollten, auch wenn die Aenderung der Gehaltsstala erst im nächstjährigen Etat zur Einstellung gelangt, den Lehrern nicht verloren gehen. Die entsprechende Mehrbelastung im Betrage von 10 400 Mark könne man zwar noch ganz gut vertragen, man müsse jedoch Rücksicht auf die eventuelle Zwangslage nehmen, wenn die Erhöhung des Grundgebhalts im Laufe der Zeit staatlich festgelegt werde. An diese Möglichkeit wollten jedoch sämtliche Redner nicht glauben, um so weniger, als bei der jetzigen Zusammenfassung des preussischen Landtages eine Fürsorge für die Volksschullehrer ausgeschlossen scheint. Die Mehrheit einigte sich denn auch auf den Vorschlag des Vorsitzers Müller, unter Ueberweisung des Magistratsantrages an den Staatsaudschuß, die Einsetzung der erhöhten Stala noch in den diesjährigen Etat zu fordern.

Ueber die Asphaltierung der Sedonastraße zwischen Zogauer- und Leuthenstraße ist es mit einem Teil der dort angelegenen häßlichen Eigentümler zu einem kleinen Fortschritt gekommen. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage einstimmig zu mit der Maßgabe, daß im Frühjahr mit den Arbeiten noch begonnen wird.

Ueber die Tätigkeit der Gesundheitskommission in Friedrichshagen wird uns geschrieben: Seit der im Juni 1901 von der Gemeindevorstellung vollzogenen Wahl der Kommission hat dieselbe die durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen vierteljährlichen Sitzungen pflichtgemäß abgehalten. In der ersten diesjährigen Sitzung erstattete der Vorsitzende, Amts- und Gemeindevorsteher Stut, über die Ausführung der letzten Kommissionsbeschlüsse Bericht. Wegen der Wachtung einiger Jagden des königlichen Forstreviers zu Erholungsplätzen der Entscholmer ist er mit der Forstbehörde in Verbindung getreten. Diese habe vorläufig von der Verpachtung weiterer Forstflächen abgesehen, sie sei aber geneigt, nach erfolgter Aenderung von Waldwegen und der Chauffierung von Straßen der Verpachtung zuzustimmen. Den Beschluß der Kommission, die Gemeindevorstellung zu ersuchen, zur Anschaffung eines Krankenwagens die nötigen Mittel in den nächsten Etat einzustellen, hat der Gemeindevorstand abgelehnt. Die aus Berlin oder Köpenick requirierten Krankenwagen würden sofort zur Stelle sein, der Gemeinde würden jedoch durch die Beschaffung, Unterhaltung und Unterbringung eines Krankenwagens ganz erhebliche Kosten erwachsen. Die Kommissionsbeschlüsse, den Geschäftsinhabern von Lebensmittelhandlungen und den Gastwirten und Restaurateuren bei Vermeidung geeigneter polizeilicher Maßnahmen aufzugeben, Grunde in ihren Geschäftsbüchern nicht zu dulden, sowie den Wäldern den Transport unepackter Wäldwaren zu untersagen, sind in ortsüblicher Weise bekannt gemacht. Zwischendurch sind dem Vorsitzenden bisher nicht zur Kenntnis gekommen. Bei der von der Kommission festgesetzten Befolgung der Ränne, in denen Bier auf Flaschen gefüllt wird, sind Mängel festgestellt worden. Der Vorsitzende wird die betreffenden Gewerbetreibenden auffordern, für die Befolgung der Mängel unverzüglich Sorge zu tragen. Zur Feststellung etwaiger Mängel in den Schlächtereien wird der Vorsitzende die Ergutsbeamteten beauftragen, in diesen Betrieben eine Revision vorzunehmen. Von dem Resultat derselben wird der Kommission später Mitteilung gemacht.

